ERWIN SCHÖNBORN

LOS VON AMERIKA

Eine nationaldemokratische Analyse

E. BIERBAUM VERLAG

Gesamtherstellung: Roka-Druck, Oberursel (Taunus)

ERWIN SCHÖNBORN

LOS VON AMERIKA

Eine nationaldemokratische Analyse

E. BIERBAUM VERLAG

ISBN 3-88043-000-4

Los von Amerika

Inhalt

Los von Amerika

Inhalt

Vorwort

> Verteidigt uns oder verteidigt uns nicht, aber verlaßt uns und überlaßt uns dem Chaos oder Gott!
>
> Mahatma Gandhi

Man wird sagen, dieses Buch sei provokativ — es soll provozieren! Man wird sagen, es sei ideologisch — es soll ideologisch sein! Man wird sagen, es sei unbequem — es soll unbequem sein! Nur ein Attribut lasse ich nicht zu, daß diese Bestandsaufnahme unehrlich sei. Wenn die Analyse national-demokratisch genannt wurde, dann ist damit gesagt, daß der Leser sich nicht mit den Ergebnissen abfinden soll, sondern daß daraus die Konsequenzen für das politische Handeln gezogen werden müssen. Das Buch bringt deshalb auch bewußt Anweisungen und Vorschläge für die politische Tat. Es soll auch Rüstzeug für den politischen Kampf bieten. Ganz bewußt wird deshalb mit der Vielzahl von Zitaten gearbeitet. Damit soll auch die absolute Objektivität betont werden, mit der die Positionen ganz gezielt bezogen und angewiesen werden. Was immer auch geschrieben ist, niemand soll etwas anderes daraus entnehmen, als den Willen, dem Frieden, der Freiheit und der Einheit Deutschlands und damit Europas zu dienen.

Ein solches Buch konnte natürlich nicht von proamerikanischer und durfte nicht von prokommunistischer Seite geschrieben werden. Es konnte und durfte nur von nationalbetonter Seite kommen, weil es nicht zuletzt für diese Kreise geschrieben ist. Es soll diejenigen aufscheuchen, die konservativ mit national verwechseln, die Denkfaulheit und Bequemlichkeit für Treue zu Volk und Nation halten, die mit dem an sich notwendigen Kampf für saubere Leinwand und puren Bildschirm glauben, ihr nationales oder vaterländisches Soll erfüllt zu haben und die glauben, allein ein Bekenntnis gegen den Bolschewismus sei der nationalen Weisheit letzter Schluß!

Es wäre nicht geschrieben worden, wenn ich es nicht für dringend notwendig hielte und wenn ich in den letzten fünfzehn Jahren irgendwo gesehen hätte, was geschehen mußte. Was bisher national geschah, war Tätigkeit am Rande, es war vergleichbar mit den Steinen, die ein pflügender Bauer beiläufig aus dem Boden entfernt. Es wurde kaum gepflügt, geschweige denn gesät, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die heute sogar Gefahr laufen, von falschen Bauern untergepflügt zu werden, um bei dem agrarischen Beispiel zu bleiben.

Dieburg, 31. März 1966

Erwin Schönborn

Einleitung

> Betätigung im Dienste der Öffentlichkeit ist die Krönung einer Laufbahn und am meisten des Ehrgeizes junger Männer würdig. Politik ist immer noch das größte und ehrenvollste Abenteuer.
>
> Lord Tweedsmuir

Für einen Mann mit Ehre, Charakter und Verantwortungsbewußtsein kann es in einem von fremden Truppen besetzten Land nur eine Aufgabe geben: für die Freiheit seiner Heimat zu kämpfen. Wenn diese These Allgemeingültigkeit besitzt, dann gilt sie vielfach verstärkt für das deutsche Volk, das nicht nur in einem besetzten, sondern gleichzeitig in einem mehrfach geteilten Land leben muß, in einem Land, durch das Stacheldrahtverhaue und Todesstreifen mit Minenfeldern und Wachttürmen laufen, mit einer Hauptstadt, durch die sich eine Mauer zieht, an der laufend Menschen brutal zusammengeschossen werden, weil sie von Deutschland nach Deutschland wollen.

In dieser Teilung und Besetzung des Landes liegt das ganze Dilemma der deutschen Situation seit 1945, aus dem es scheinbar keinen Ausweg gibt und das Tausende und Abertausende bester deutscher Männer und Frauen mehr und mehr in die Resignation trieb und treibt. Es kommt hinzu, daß die deutsche Frage, also die Aufgabe, das Deutsche Reich wiederherzustellen, von einer Reihe direkt und indirekt berührender Probleme beeinflußt, erschwert und verfälscht wird. Es ist notwendig, in Kürze auf diese Fragen einzugehen. Die wesentlichen Quellen, die vorliegen, wurden benutzt und haben dazu beigetragen, den Standpunkt zu entwickeln, der hier sichtbar gemacht werden soll. Jedes Mehr würde den Rahmen dieses Buches sprengen.

Aus jahrelanger, oft bitterer Erfahrung während des aktiven politischen Einsatzes in dem geteilten Deutschland ist an dieser Stelle noch folgendes zu sagen:

Die deutsche Frage kann nur gelöst werden, wenn die Deutschen lernen, einen Standpunkt anzuhören und zu ertragen, der nicht total mit dem eigenen übereinstimmt. So wenig, wie der Kritiker der amerikanischen Politik ein „Kommunist" oder der Antikommunist ein „amerikanischer Agent" sein muß, so wenig muß ein Gegner der Widerstandskämpfer ein „Nazi" und ein Anhänger der These von der deutschen Kriegsschuld ein „Landesverräter" sein. Es gibt in

unserer Lage nur einen Menschen, der unsere ganze Verachtung verdient: die Kreatur, die als Werkzeug der Besatzungsmächte, getreu dem uralten Grundsatz: „Divide et impera" Deutsche gegen Deutsche hetzt. Es gibt Legionen solcher Vertreter unseres Volkes, mit denen es keine Gemeinsamkeiten geben kann. Toleranz, als die entscheidende Grundlage jeder Demokratie, wäre hier fehl am Platze. Man wird verstehen, warum das so unmißverständlich erklärt wird.
Von den Problemen, die eine Lösung der deutschen Frage berühren und zum Teil bis zur Unerträglichkeit erschweren, werden die folgenden als die wichtigsten angesehen:

1. Die These von der deutschen Kriegsschuld;
2. Die These von der deutschen Kollektivschuld;
3. Die jüdische Frage;
4. Der 20. Juli 1944;
5. Der deutsche Osten;
6. Der Europa-Gedanke;
7. Das deutsche Wirtschaftswunder.

I. Probleme der Zeit

1. Die deutsche Kriegsschuld

> In der eigentümlichen Natur des Deutschen, seinen Sprachkenntnissen, seinem Verständnis für fremdes Volkstum, seinem kulturhistorischen Standpunkt liegt es, anderen Völkern gerecht zu sein, auch bis zur Ungerechtigkeit gegen sich selbst.
>
> Justus von Liebig

Seit 1945 hat sich zwar ein starker Wandel vollzogen, aber noch immer ist bei einem großen Teil der deutschen Bevölkerung die Ansicht virulent, Deutschland trage die Verantwortung – und zwar die alleinige – für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Jeder Historiker weiß, wie komplex und problematisch es ist, die Frage nach der Schuld zu klären, auf die ein Krieg zurückzuführen ist. Eines ist sicher: Der Sieger nach einem Krieg wird immer „unschuldig", der Besiegte immer „schuldig" sein. Niemand kann es Amerikanern, Russen, Engländern oder wer sich sonst noch zu den Siegern nach 1945 zählen mag, verübeln, wenn sie das uralte Recht der Sieger für sich beanspruchen; um so höher ist zu bewerten, wenn sich in diesen Völkern verantwortungsvolle, der Wahrheit verpflichtete Historiker und Schriftsteller finden, die diese Wahrheit verkünden. Man kann ein gewisses Verständnis dafür haben, wenn diese Wahrheitsfanatiker bei denjenigen ihrer Landsleute auf Widerstand stoßen, die für die gegenwärtige Politik verantwortlich sind und denen sie das Konzept der Siegerpolitik verderben. In den Bereich der Psychiatrie gehört es aber zweifellos, wenn sich die Besiegten, in diesem Fall die Deutschen, mit Händen und Füßen dagegen wehren, wenn ihrem Volk von ehemaligen Gegnern, also aus den Reihen der Sieger, die schwere Bürde der Schuld abgenommen werden soll. Es gehört deshalb zu den beschämendsten Episoden deutscher Geschichte, was sich bei dem Besuch des renommierten amerikanischen Historikers Professor David L. Hoggan in Deutschland abgespielt hat. Verleumdet und geschmäht von Presse und Rundfunk, lächerlich gemacht von offiziellen deutschen Stellen, mußte dieser Anwalt des deutschen Rechts fassungslos erkennen, wie verlogen die Welt ist, die sich brüstet, für Freiheit und Demokratie zu kämpfen. Die verhältnismäßig kleine Zahl anständiger Deutscher, die Hoggan für seine Haltung und für sein Werk ehrten und dankten, mildert den Skandal politischer Dummheit und nationaler Würdelosigkeit. Hoggan ist nur einer der ausländischen Historiker, denen wir Dank schulden. Er ist

nur deshalb von größerer Bedeutung als andere, wie die Engländer Grenfell und Taylor, die Amerikaner Beard und Freda Utley, die Franzosen Bardèche und Rassinier, weil sein Werk „Der erzwungene Krieg", bisher am umfassendsten und am genauesten die Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg widerlegte. Für viele Deutsche waren die Erkenntnisse nicht neu. Es lagen außerdem schon eine ganze Reihe Werke deutscher Historiker vor, die zu gleichen Ergebnissen gekommen waren wie Hoggan und die anderen Ausländer. Da sie aber Deutsche waren, konnten ihre Erkenntnisse nicht die gleiche politisch wirksame Durchschlagskraft besitzen; und darauf kommt es hier an. So unsinnig und hemmend es ist, wenn die Kriegsschuldfrage, so oder so, zum alles beherrschenden Thema politischer Diskussionen unter Deutschen gemacht wird, so eindeutig steht fest, daß die Politik der Sieger das verewigte Schuldgefühl des deutschen Volkes als ein wichtiges Element einkalkuliert. Nun ist zwar die Besatzungspolitik nicht von Gefühlen der Sympathie oder Antipathie zum deutschen Volk abhängig, sondern allein von politischer Zweckmäßigkeit; um die Besatzungsmächte aber in den Zustand zu versetzen, daß sie es als zweckmäßig ansehen, Deutschland zu verlassen und einer Wiedervereinigung zuzustimmen, braucht das deutsche Volk zum nationalen Selbstbewußtsein das Gefühl der Schuldlosigkeit an dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und an den Greueln, die im Gefolge des Krieges geschahen und über die noch zu sprechen sein wird.

Es wäre zu wünschen, daß auch die deutschen Historiker sich die Maxime zu eigen machten, die Hoggan verkündet:

> „Im Bereich der historischen Wahrheitsforschung haben Vorurteile und Leidenschaften nichts zu suchen. Denn sie erfordert hartes Arbeiten mit konkreten Tatsachen und Quellen. Die Ergebnisse solcher Forschungsarbeit müssen ausschließlich für sich selbst sprechen können und frei von dieser oder jener politischen Rücksicht sein."

Aus dem umfangreichen Werk Hoggans seien hier nur einige, besonders markante Stellen zitiert:

> Seite 628
>
> „. . . gab . . . Halifax einen Tag vor dem deutsch-sowjetischen Abkommen dem britischen Botschafter in Moskau die Weisung, den Russen zu versichern, er teile ihre Ansicht über die Unerläßlichkeit russisch-militärischer Operation in Polen und sei bereit, sie bei solchen Operationen in vollem Umfange zu unterstützen. Das war gleichbedeutend mit einer Zusage, sich hinter einen russischen Einfall in Polen zu stellen, und das zu einer Zeit, in der England dabei blieb, mit Deutschland Krieg anzufangen wegen Danzig, das den Polen gar nicht gehörte . . ."
>
> Seite 683
>
> „. . . Bericht des britischen Botschafters in Washington, Lindsay,

Roosevelt sei angesichts der Aussicht auf einen neuen Weltkrieg in Ekstase geraten..."

Seite 684

„... heiter und erfreut über eine Tragödie sein konnte, die alle Menschheitshoffnungen zu vernichten schien... Roosevelt sprach in einem Ton fast teuflischer Freude..."

Seite 747

„... Die Briten und die Polen hatten sich verschworen, den Verhandlungsplan, hinter dem Deutschland, Italien, Frankreich und der Papst standen, zu einer regelrechten Farce zu machen..."

Seite 789

„... Der zweite große Kampf zwischen Deutschland und dem britischen Empire hatte begonnen. Halifax hatte 1939 das Werk seines Oheims, Sir Edward Grey, von 1914 wiederholt und sein Volk in einen tragischen und unnötigen Konflikt verwickelt, der beide Male von der Führung Deutschlands tief bedauert wurde. Der erste Kampf schwächte das britische Empire und der zweite brachte unwiderruflich seinen Verfall..."

Frank Thiess hat das große Verdienst, Hoggan in Deutschland zum Durchbruch verholfen zu haben. Wir haben dem Schluß seiner eingehenden Besprechung nichts hinzuzufügen:

„... Dennoch, ich wiederhole, haben wir Hoggan für sein Werk zu danken, und auch die Verächter Hitlers sollten einer Leistung, die mit wissenschaftlicher Sorgfalt, seltener Noblesse und beispielhafter Gerechtigkeit *von einem Amerikaner für Deutschland* vollbracht wurde, ihre Achtung nicht versagen."

Es ist auch erfreulich, daß der Amerikaner Hoggan so eindeutig die Schuld Roosevelts betont, der die Vereinigten Staaten von Amerika veranlaßte, zum zweiten Male innerhalb einer Generation, Deutschland und Europa in ein Chaos zu stürzen.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die Geschichtsschreibung der Sowjetunion noch kein bekanntgewordenes Werk veröffentlicht hat, das dem deutschen Standpunkt entgegenkommt oder gar gerecht wird. Es müßte um so leichter fallen, als die Sowjetunion mit dem Vertrag vom 23. August 1939 die Einkreisungspolitik der Westmächte zerschlug und durchaus glaubhaft argumentieren könnte, man hätte auf diese Weise den deutsch-polnischen Konflikt lokalisieren wollen. Man könnte dann, wiederum glaubhaft, die gerade Linie der angelsächsischen Politik bis heute aufzeigen, wobei sich seit 1914 die Gewichte nur stärker von England nach Amerika verschoben haben. Zum dritten könnte man bei der Gelegenheit noch eine der wenigen richtigen Marxschen Thesen anführen, daß nämlich die liberalistisch-kapitalistische Wirtschaftsform entweder zur Krise oder zum Krieg führt.

Die Hauptverantwortung der Vereinigten Staaten am Zweiten Welt-

krieg ist unbestritten, weil ohne die direkten und indirekten amerikanischen Garantien an England dieses niemals so leichtfertig hätte sein können, Polen Blankovollmacht zu geben und es in das offene Verderben zu schicken. Wie wenig es England und im Hintergrund Amerika um den Bestand Polens ging und wie einseitig sich das angelsächsische Spiel vor und hinter den Kulissen allein gegen Deutschland richtete, zeigt ihr Verhalten gegenüber der Sowjetunion, die gemeinsam mit Deutschland Polen geteilt hatte.

Es gibt eine ganze Reihe von Beweisen für die verheerende Rolle, die der Präsident der USA Franklin Delano Roosevelt gespielt hat. So ist erwiesen, daß er den Geheimcode der Japaner kannte und somit wußte, wann die Japaner den Angriff auf Pearl Harbour starteten. Er gab keine entsprechenden Befehle an die bedrohte Flotte, sondern überließ sie kaltblütig ihrem Schicksal. Er brauchte das Symbol Pearl Harbour, um das friedliebende amerikanische Volk kriegsbereit zu machen. Der bekannte amerikanische Historiker Dexter Perkins schreibt hierzu in seinem Buch „Die amerikanische Außenpolitik":

> „Der Zweite Weltkrieg liegt erst wenige Jahre hinter uns, doch auch das Urteil über ihn ist bereits revidiert worden, und zwar durch die Feder eines unserer höchstgeachteten Gelehrten. Der verstorbene Charles A. Beard führt uns in seinem Buch ‚America and the Coming of the War' genau vor Augen, wie es geschah. Danach hatte Präsident Roosevelt sich in der Wahlkampagne von 1940 zu einer Friedenspolitik verpflichtet, hatte aber bis 1941 die Ereignisse schon so gestaltet, daß unsere Beteiligung am Kriege fast unvermeidlich wurde. Im Hinblick auf Deutschland sicherte er sich vom Kongreß die gesetzliche Unterstützung für den sogenannten Leih- und Pachtvertrag unter dem Vorwand, diese Hilfsmaßnahme für Großbritannien werde uns vor aktiver Teilnahme bewahren. Er erweiterte dann unser Vorgehen zur See zunächst durch Patrouillenfahrten der Marine und schließlich durch eigene Geleitzüge. Seine Befehle an die amerikanische Flotte umfaßten Maßnahmen, die fast mit Sicherheit die Deutschen zum Kampf gegen uns reizen mußten. Er stellte den bekannten Zwischenfall mit dem Zerstörer ‚Greer' fälschlich als eine Verteidigungsmaßnahme dar — das Schiff hatte, von einem deutschen U-Boot angegriffen, dieses verfolgt und seine Position an britische Schiffe und Aufklärungsflieger gemeldet — kurzum er ließ es gerade zu einer Zeit auf Biegen und Brechen ankommen, als er nach seinen Worten den Krieg zu vermeiden suchte, und so kam es denn auch zum Biegen oder Brechen."

Perkins ergänzt den Vorgang mit dem Zerstörer „Greer" später:

> „Präsident Roosevelt nutzte 1940 und 1941 seine Amtsgewalt über die Streitkräfte des Landes aufs äußerste aus, indem er Aufklärungsfahrten unserer Kriegsschiffe im Atlantik befahl und nach der Besetzung von Island (1941) Geleitzüge bis dorthin schickte. Wenn auch diese Maßnahmen uns nicht in den Krieg stürzten, so wirkten sie doch selbstverständlich provozierend. Als dann im September 1941 ein deutsches Unterseebot in verständlichem Ärger auf einen

amerikanischen Zerstörer, von dem es verfolgt wurde, feuerte und der Präsident jetzt anordnete, daß auf jedes U-Boot sofort bei Insichtkommen zu schießen sei, konnte das doch wohl nur als direkte Herausforderung Hitlers ausgelegt werden ..."

Es muß noch gesagt werden, daß es sich bei Dexter Perkins um einen völlig loyalen amerikanischen Historiker handelt, der mit seiner „provokativen Analyse der amerikanischen Außenpolitik", wie er sie nennt, eben diese zu rechtfertigen sucht.

Nach dem heutigen Stand der Geschichtsforschung kann also behauptet werden, daß die These von der Alleinschuld Deutschlands am 2. Weltkrieg und hier vor allem an der Auseinandersetzung mit den Westalliierten in sich zusammengebrochen ist.

Die Frontgeneration und die deutsche Jugend können sich mit erhobenem Haupt und in völliger moralischer Gleichberechtigung mit anderen Völkern der Aufgabe widmen, die ihnen gestellt ist: die Einheit Deutschlands wiederherzustellen.

2. Die deutsche Kollektivschuld

Man kann nicht die Fackel der Wahrheit durch das Volk tragen, ohne dabei jemand den Bart zu versengen.
Lichtenberg

Mehr noch als die deutsche Kriegsschuld belastet unser Volk die sogenannte Kollektivschuld oder auch Kollektivscham, die wir empfinden sollen für die Greuel, die — wie man in verbrecherischer Weise sagt — „im Namen des deutschen Volkes" begangen wurden.

Es ist eine Frage des Anstandes und der Ehre, sich von Verbrechen zu distanzieren, die womöglich noch an hilflosen Gefangenen, Frauen oder gar Kindern begangen wurden. Für einen nationalbewußten Menschen ist es dabei besonders schmerzlich, von solchen Verbrechen zu hören, die von Angehörigen des eigenen Volkes, an wem auch immer, verübt wurden. So habe ich keinen anständigen Deutschen getroffen, der nicht voller Abscheu die Dinge zur Kenntnis nahm, die während des letzten Krieges *gegen den Willen des deutschen Volkes* geschehen sind.

In der Ablehnung dieser Verbrechen, ganz gleich, wieviel dabei umgekommen sind, befinden wir uns in einem Geist mit den Anständigen aller Völker, die sich genauso scharf von den Verbrechen distanzieren, die auch nicht im Namen ihrer Völker, aber von Angehörigen ihres Volkes, begangen wurden, den Spaniern, die mit Entsetzen vernahmen, wie unter Cortez und Pizarro die Azteken und Inkas gemordet und geschändet wurden, den Franzosen, die Front machten gegen die Folterungen in Algerien, für die als trauriges Symbol Djamila Boupacha steht, den Engländern, die mit Abscheu von den Grausamkeiten erfuhren, die man an Indern und Buren verübte, den Christen allgemein, die von all den sadistischen Verbrechen hörten, die während des 30jährigen Krieges oder mit der Inquisition geschehen sind, den Juden, die an das Purimfest denken und den Israelis, wenn sie die Abscheulichkeiten vernahmen, welche die Terrororganisationen Irgun Zwei Leumi oder die Sternbande an Arabern begingen, den Amerikanern bei der Nachricht von dem größten Verbrechen unserer Zeit, dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki, und wenn sie erfuhren, wie Amerikaner deutsche Kriegsgefangene in Schwäbisch Hall oder Landsberg und heute Gefangene in Vietnam in grauenhaftester Weise foltern, den Polen, wenn sie von der Blutnacht in Bromberg, den Russen, wenn sie von Katyn oder den Schändlichkeiten beim Einmarsch ihrer Truppen in Deutschland hörten, den Tschechen, wenn sie Zeugen sein mußten, wie eine vertierte Masse Mensch in Prag und anderswo

Deutsche wie Vieh hinschlachteten, den Belgiern, wenn sie hörten oder lasen, mit welch grauenhaften Begleiterscheinungen die Afrikaner als Sklaven nach Amerika verschachert wurden.

So zieht sich wie eine Kette des Grauens durch die Geschichte fast aller Völker Mord, Folterung, Grausamkeit, Unduldsamkeit und Terror. Und wo liegt die Schuld? Nicht alle Unmenschlichkeiten mögen in Kriegen begangen sein, aber der Krieg und hier ganz besonders der moderne Krieg, der in seiner Totalität und angesichts der Massenvernichtungswaffen ein Volk vor das Sein oder Nichtsein stellt, zwingt zu Verbrechen und Unmenschlichkeiten, die keine Haager Konvention und keine Deklaration der Menschenrechte verhindern kann. Es muß deshalb der Krieg als solcher geächtet werden. Es muß ein revolutionäres Umdenken einsetzen, das jahrtausendealte Grundsätze und Maximen über den Haufen wirft. Die These des Heraklit, der Krieg sei der Vater aller Dinge, ist im Zeitalter der Wasserstoffbombe genauso falsch und wahnwitzig wie das Clausewitzsche Prinzip, der Krieg sei die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

Wenn man uns Deutschen wegen der zeitlichen Nähe der Ereignisse, und zwar aus durchsichtiger Zweckmäßigkeit, Verbrechen vorhält, alle politischen und wirtschaftlichen Verhandlungen damit belastet und mit direkt oder indirekt gekauften „Deutschen" unser Volk zu Flagellantentum und Masochismus zwingen will, dann provoziert man damit nicht nur Gefühle gegenteiliger Wirkung, sondern verhindert auf der internationalen Ebene eine Entwicklung, wie sie gerade von uns Deutschen dringend gewünscht werden muß. In diese Entwicklung gehört die Lösung der deutschen Frage, weil ohne die Wiedervereinigung Deutschlands keine dauerhafte friedliche Lösung möglich ist und sie zwangsläufig zu der Vereinigung ganz Europas führen muß. Es sind deshalb für einen Europäer, dessen Europäertum nicht an der Elbe endet, Binsenwahrheiten, daß die Spaltung Deutschlands gleichzeitig die Spaltung Europas ist und daß folgerichtig nur der ein Wegbereiter Europas sein kann, der sich tatkräftig für die Wiedervereinigung Deutschlands einsetzt und der alles vermeidet, was die Spaltung Deutschlands zementiert.

In dem Zentrum Europas kann und darf nun nicht ein Volk leben, das mit dem Makel behaftet ist, ein Volk von Verbrechern zu sein. So selbstverständlich es für einen Deutschen ist, alles, aber auch alles zu tun, sich von diesem Stigma zu befreien, so ist es auch eine Aufgabe für jeden Europäer, das deutsche Volk bei diesem Bemühen zu unterstützen.

Und wenn es zu einer deutsch-jüdischen Aussöhnung kommen soll, dann kann es nur geschehen, wenn dieser Akt radikal und schnell-

stens befreit wird von allen fiskalischen Überlegungen des Staates Israel, allen finanziellen Forderungen jüdischer Bürger in aller Welt und wenn sämtliche Möglichkeiten ergriffen werden, den alttestamentarischen Haß, der sich in allen Teilen der Welt zeigt, durch die Lehre des großen Juden aus Nazareth, Jesu Christi, zu ersetzen.

„Auge um Auge, Zahn um Zahn" erzeugt Haß, „Liebet Eure Feinde!" zwingt zur Liebe. Damit ist eine der entscheidenden Fragen unserer Zeit angeschnitten, der man nicht ausweichen kann, der man aber auch nicht ausweichen darf, wenn die Frage nach der deutschen Kollektivschuld geklärt werden soll: die jüdische Frage. Ich stimme hier überein mit einem bedeutenden Vorkämpfer für das Judentum, Friedrich Wilhelm Foerster, der, ohne selbst Jude zu sein, in dem Vorwort zu seinem Buch „Die jüdische Frage" schreibt:

> „... Doch ist die gründliche Auseinandersetzung mit dem jüdischen Problem eine unabweisbare Aufgabe für alle Völker. Sie alle haben sich zu fragen: Welches Geheimnis der Vorsehung steht hinter der Tatsache, daß hier ein Volk immer aufs neue durch den rätselhaften und unentrinnbaren Anspruch einer höheren Welt aus der Gewöhnlichkeit des geschichtlichen Prozesses herausgerissen wird, als sei dieses Geschehen, in dem die anderen Völker restlos und fraglos aufgehen, eine vollkommene Nebensache und habe hier hinter einer übergeschichtlichen Wirklichkeit und Verpflichtung zurückzutreten."

Bevor auf die historischen, theologischen und philosophischen Probleme der jüdischen Frage eingegangen wird, soll nur noch klargemacht werden, daß für das deutsche Volk nicht der geringste Grund gegeben ist, sich für Verbrechen schuldig zu fühlen, die unter absolutem Ausschluß der Öffentlichkeit von einer kleinen Clique von Verbrechern begangen wurden, die zu einem großen Teil nicht einmal zum deutschen Volk gehören. Es kommt hinzu, daß ein Teil der Verantwortlichen aus den Teilen des Deutschen Reiches von 1939 stammt, die heute zumindest nicht Teile der Deutschen Bundesrepublik sind. Man soll hier in der antideutschen Argumentation nicht großdeutscher sein als die Deutschen selbst. Es geht hier nicht um Fragen der Ethnographie und auch nicht um das Volkstum, sondern allein um die Tatsache, daß man vorwiegend von *den* Deutschen ein so vehementes Schuldgefühl verlangt, die in der wirtschaftlich prosperierenden Bundesrepublik leben. Hier merkt man die Absicht und wird verstimmt.

Die antideutsche Propaganda ist Siegerpropaganda, und terroristisch wird alles unterdrückt, was hiergegen aufzuklären versucht. Wir haben als ausländischen Hauptzeugen gegen die These von der deutschen Kriegsschuld den Amerikaner Hoggan genannt. In der Frage der deutschen Kollektivschuld können wir als wichtigsten

Zeugen den Franzosen Professor Paul Rassinier anführen, der als Sozialist, Internationaler Kriegsdienstgegner, Angehöriger der Résistance und Häftling in deutschen Konzentrationslagern mehrere Bücher geschrieben hat, in denen er gegen die KZ-Lügen vorgeht. Wir haben auch hier das beschämende Verhalten „deutscher" Kreise, die systematisch veranlassen, daß auch dieser hervorragende Anwalt der deutschen Sache, die für ihn eine Sache des Rechts und der Wahrheit ist, gehindert wird, in der Deutschen Bundesrepublik aufzutreten. Wenn man Rassinier daran hinderte, als Journalist und Experte für KZ-Fragen am Auschwitzprozeß teilzunehmen, dann dürfte hiermit deutlich das schlechte Gewissen der Verantwortlichen gesprochen haben. Rassinier hat mehrfach den Verfasser des Buches „Der SS-Staat", Professor Eugen Kogon, zur öffentlichen Diskussion aufgefordert. Kogon kneift beharrlich. Kogons Buch, das noch heute anerkannte Grundlage für Historie und Jurisdiktion ist, wurde von Rassinier weitgehend als unwahr widerlegt.

Neben unzähligen anderen Veröffentlichungen soll hier noch auf das Buch verwiesen werden, das von großer Bedeutung ist, weil sein Verfasser ein hervorragender Jude ist, „Schuld und Schicksal" von J. G. Burg. Auch folgende Zitate mögen zeigen, daß unser Volk nicht allein steht in seinem schweren Kampf für Wahrheit und Recht.

Burg schreibt:

„... Selbstredend wollten die Nazis die Juden aus Deutschland draußen haben. Sie wollten die Juden vertreiben. Aber von einer Vernichtung war damals keine Rede ..."

„... Es ist doch Tatsache, daß die Reichsregierung jeden Juden auswandern ließ. Warum es nur 120 000 waren? Das ist leicht zu erklären: Weil die Engländer nur diesen 120 000 die Einreiseerlaubnis nach Palästina gaben. Hätten sie für alle Juden Zertifikate ausgestellt, der Hitler wäre froh gewesen, sie loszuwerden ..."

„... Dr. Adenauer wußte genau, daß der Anschlag auf sein Leben (Ende März 1952) nicht, wie anfänglich verbreitet, aus kommunistischen oder nazistischen Kreisen kam, sondern aus zionistischen ..."

„... Israel kassiert nun Wiedergutmachung für Unrecht, das Bürger anderer Staaten, vor allem Polens, Rumäniens, Ungarns, der Tschechei und der UdSSR, erlitten haben. Wahrscheinlich wird die Deutsche Bundesrepublik bei kommenden Friedensverträgen auch dem Osten Vergütung leisten müssen für alle jene Bürger, für welche die Bundesrepublik bereits an Israel zahlt. So wird sie wahrscheinlich doppelt zahlen müssen.

Vor Jahren sagte mir ein Intellektueller aus Israel lächelnd: ‚Wir sind ganz froh, daß in der Partei Adenauers kein Jude tätig sein kann, da sie sich ja eine christliche nennt ... Ein deutscher Jude hätte wohl kaum das Wiedergutmachungsabkommen unterschrieben.' "

„Interessant ist jedenfalls, daß in anderen deutschen Staaten, z. B. der DDR und Österreich, wo Juden und Halbjuden in der Politik führend tätig sind, keine Bereitschaft besteht, mit dem Staat Israel ein Wiedergutmachungsabkommen zu schließen."

„Gruppenweise kassierte man für Nichtbezugsberechtigte, ja sogar auf den Namen Toter, Wiedergutmachungen ..."

„Man könnte nun sagen, daß ich mit der Feststellung dieser längst gerichtsnotorischen Tatsachen dem Antisemitismus wertvolles Material liefere, ... Dem ist aber nicht so! ... Ich glaube im Gegenteil, daß es notwendig ist, zu erfahren, daß wir Juden nicht nur politisch, sondern auch in der Frage der Wiedergutmachungsskandale keinesfalls eine Front bildeten und bilden. Wie allein das Beispiel ‚Fides' zeigt, wurden die armen Juden und die deutschen Steuerzahler von einer Clique jüdischer Krimineller gleichermaßen betrogen und bestohlen. Wir, die kleinen Juden, hatten genauso wenig Möglichkeit, uns gegen die Diktatur jener Clique zu wehren wie die Deutschen."

„... Vertan die einzige Chance, vor der Geschichte ein Zeugnis von dem inneren Wert und dem tiefen Verantwortungsbewußtsein des Judentums abzulegen ..."

„... Mögen wir als Juden niemals das bezahlen müssen, was uns eine gewissenlose Clique in Israel an Schuld auflud!
Bisher standen wir Juden vor der Welt als diejenigen da, die Gerechtigkeit zu fordern hatten. Nun hat man in Israel den Arabern gegenüber diese Gerechtigkeit vor aller Welt mit Füßen getreten ..."

Allzu viele bekanntgewordene Lügen haben dazu beigetragen, uns unser Selbstgefühl zurückzugeben: daß man in Filmen und Bildern die Leichen von Dresden und Pforzheim — Opfer alliierter Bombenangriffe — als Leichen von Buchenwald und Auschwitz ausgab, oder daß man in Bergen-Belsen Schilder anbrachte für Zehntausende KZ-Opfer, die sich dann, als man sie umbetten wollte, als „symbolische Opfer" herausstellten.

Die auch von der bedeutenden jüdischen Schriftstellerin Hannah Ahrend aufgegriffenen Ungeheuerlichkeiten, die in den amtlichen Dokumenten der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse nachzulesen sind, daß nämlich die Vernichtungen von Juden, zum Beispiel in Lublin, ausschließlich von Juden vorgenommen wurden, spricht die Verantwortlichen in oberster Instanz dafür nicht frei; es bedeutet aber einen vollen Freispruch des deutschen Volkes, weil sonst auch das Volk der Juden sich wegen der Handlangerdienste kollektiv mitschuldig fühlen müßte. Gilt hier der Befehlsnotstand, dann auch für die deutschen „Henker".

Wie mit Recht das jüdische Volk von damals und heute auf dem letzten Konzil der Katholischen Kirche von der Kollektivschuld am Tode Christi freigesprochen wurde, so ist auch das deutsche Volk

frei von Schuld an Verbrechen im letzten Kriege. Wie frei sich das deutsche Volk fühlen kann, macht eine Tatsache deutlich, die in den amtlichen Dokumenten der Nürnberger Prozesse berichtet wird: Als ein Vertreter des Reichssicherheits-Hauptamtes nach Lublin geschickt wurde, um *Mißstände in dem dortigen Lager zu untersuchen, stellte er fest, daß bis auf den Lagerkommandanten nicht ein einziger SS-Mann der Bewachungsmannschaft des Hauptlagers wußte, daß es ein Nebenlager gab, in dem Juden vernichtet wurden,* und zwar wie erwähnt, ausschließlich von Juden selbst. Welche Aufgabe für Historiker, die Wahrheit zu finden, wenn offensichtlich nicht einmal Angehörige des Reichssicherheits-Hauptamtes von den Vernichtungen wußten!

Ein überzeugenderes Dokument für die Schuldlosigkeit des deutschen Volkes kann es nicht geben, wenn man selbst in der Phase des Krieges, wo es um Sein oder Nichtsein der ganzen Nation und des Reiches ging, wo Millionen von Deutschen gefallen oder im Bombenkrieg umgekommen sind, man es nicht wagen konnte, Unmenschlichkeiten an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Hoffentlich gelingt es, die deutsche Jugend zu überzeugen, daß sie mit Stolz und mit erhobenem Haupt auf die Generation ihrer Väter schauen kann. Nur dann ist sie gefeit gegen Ideen des Herrenrassenstandpunktes und des Chauvinismus, den negativen Erscheinungen des Volkes, dessen aufgezwungenes Minderwertigkeitsgefühl zwangsläufig in den extremen Gegensatz pervertiert. Wie sehr die Judenfrage in diesen Komplex hineingehört, braucht nicht erläutert zu werden. In zwei ganz verschiedene Richtungen sei aber folgendes festgestellt:

Nichts ist gefährlicher und falscher, als die Fragen, um die es hier geht, zu vertuschen, sie nicht in aller Klarheit und Offenheit zu behandeln.

In die eine Richtung sei deshalb gesagt:

Hört auf, hinter verschlossenen Türen und vorgehaltenen Händen über die Judenfrage zu diskutieren und eine Jugend in Haß und Intoleranz zu erziehen! Es ist nicht nur feige, sondern auch unredlich. Wenn politische Organisationen ihren Mitgliedern befehlen oder empfehlen, die Judenfrage nicht öffentlich zu behandeln, da es „unklug" sei, dann ist das in letzter Konsequenz ein Verbrechen. Damit legt man Wurzeln für kommendes Unheil.

Und hört auf, denjenigen, die diese Fragen offen und frei und damit ehrlich behandeln, die Gefühle zu unterstellen, die ihr unausgegoren in eurem Innersten spürt!

Und in die andere Richtung sei gesagt:

Hört auf, die Judenfrage zu tabuisieren oder aber einen primitiven

„Philosemitismus“ zu predigen und zu verlangen. Hütet euch vor denen, die einer offenen Diskussion über diese Frage ausweichen! Und hört im Interesse des jüdischen Volkes endlich auf, das deutsche Volk immer dann mit ihren angeblichen Verbrechen zu konfrontieren, wenn Wirtschaftsverhandlungen mit dem Staat Israel bevorstehen oder aber, und das ist schlimmer, wenn Deutsche versuchen, mit Wort und Tat Lösungen für die deutsche Frage zu finden!

3. Die jüdische Frage

„Ein Jude, der nicht in Israel lebt, lebt im Zustand der Sünde."
David Ben Gurion

Die Gründung des Staates Israel am 15. Mai 1948 auf dem arabischen Territorium Palästina hat die jüdische Frage einerseits vereinfacht, andererseits kompliziert, weil in erheblichem Maße staatsrechtliche, außenpolitische, strategische und weltwirtschaftspolitische Probleme hineinspielen. Die dadurch gegebene arabisch-israelische Kontroverse macht auch eine wichtige terminologische Richtigstellung möglich; die Begriffe Anti- oder Philosemitismus als Ausdruck für Judenfeind- oder -freundschaft sind nicht mehr anwendbar, nachdem die Araber ethymologisch Semiten sind, also ebenfalls zur Sprachengruppe der Semiten gehören. Der Witz war nicht nur einmal zu hören oder zu lesen, wo vom Antisemitismus der Araber die Rede war, wenn man die Haltung derselben gegen die Eindringlinge in ihre Heimat charakterisieren wollte. Daß die jüdische Frage unlösbar mit Israel verknüpft ist, liegt an der Verfassung, die diesen neuen Staat ausdrücklich als „Staat der Juden" auffaßt und die allen Juden der Welt die israelische Staatsbürgerschaft zuerkennt. Diese Auffassung wurde auf dem vorletzten zionistischen Kongreß von Ben Gurion, dem damaligen Ministerpräsidenten und Mitbegründer Israels, ausdrücklich und radikal-theokratisch unterstrichen, als er feststellte:

„Ein Jude, der nicht im Staate Israel lebt, lebt im Zustand der Sünde!" Wenn sich hierauf unter den Juden, vorwiegend in den Vereinigten Staaten von Amerika, ein Sturm der Entrüstung erhob, dann trägt das genauso zur Klärung bei, wie die Tatsache, daß der erste zionistische Kongreß im Jahre 1897 nur deshalb in Basel und nicht, wie von Theodor Herzl gewollt, in München durchgeführt wurde, weil antizionistische, jüdische Kreise Münchens massiv gegen dieses Vorhaben protestierten.

Wir sehen, die Gründung des Staates Israel hat — unabhängig von den Fragen, die sich hieraus für die Araber ergeben — offensichtlich keine Lösung der jüdischen Frage gebracht, das heißt ganz konkret, der Frage: Warum werden Juden seit Tausenden von Jahren überall, wo sie sich in größerer Anzahl niederlassen, von den Gastvölkern verfolgt?

Es muß auch im jüdischen Interesse liegen, wenn gerade auch Nichtjuden mit Verantwortung vor der Humanitas und mit Gefühl für Gerechtigkeit, sich dieser Frage widmen. Nichts scheint mir einer vernünftigen Lösung abträglicher zu sein als die euphemistischen Lob-

gesänge auf das Judentum durch Nichtjuden, ganz besonders, wenn man dann noch die eigennützigen Motive durchschaut, die meist hinter diesem Verhalten lauern; Politiker, die Geschichte, Beamte, die Karriere und Ex-Nazis der Mittdreißiger Jahre, die in Mea Culpa, Mea Maxima Culpa machen wollen, um ihr antifaschistisches Alibi immer neu zu erbringen, mit dem gleichen Opportunismus, mit dem sie in die NSDAP eintraten, als es mit keinerlei Risiko verbunden schien.

Daß sich durch die Geschichte der Juden eine einzige Kette von Verfolgungen zieht, ist erwiesen. Es gibt fast kein Volk, soweit es mit Juden Berührung hatte, das nicht mit Judenverfolgungen in den verschiedensten Formen belastet ist. Tragisch ist zusätzlich die Tatsache, daß nicht nur Völker, sondern auch Kirchen mit diesen Sünden behaftet sind und hier vor allem die Katholische Kirche, deren Verfolgungen sogar nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit, sondern in aller Öffentlichkeit geschahen. Die oft angeführte katholisch-christliche Judenfeindlichkeit kann aber auch nicht als entscheidendes Motiv gelten, weil wir auch bei Luther stark antijüdische Tendenzen vorfinden, und die ausgeprägtesten Judenverfolgungen, die nämlich dieser Form von Xenophobie ihren Namen — Pogrom — gaben, erlebten wir in dem orthodoxen Rußland. Im höchsten Grade bestürzend sind die aktuellen Vorgänge in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo die bisher schärfsten Ausschreitungen der Farbigen — in Los Angeles 1965 — sich nicht gegen die Weißen allgemein richteten, sondern beinahe ausschließlich antijüdischen Charakter hatten. Wenn hierüber in der deutschen Presse nichts zu lesen war, dann kann das nicht über die Tragödie hinwegtäuschen, daß die Farbigen sich gegen Juden wenden, und man weiß, wieviel gerade Juden für die Emanzipation der Farbigen in den Vereinigten Staaten getan haben.

Versuchen wir also, wie Foerster es nennt, das „Geheimnis der Vorsehung" zu lüften, „daß hier ein Volk immer aufs neue durch den rätselhaften und unentrinnbaren Anspruch einer höheren Welt aus der Gewöhnlichkeit des geschichtlichen Prozesses herausgerissen wird . . ."

Wir können das in der Herder-Bücherei erschienene Werk von Friedrich Wilhelm Foerster „Die Jüdische Frage", das sich umfassend und gründlich um die Klärung bemüht, als Grundlage nehmen. Um aber Einseitigkeit zu vermeiden, sei ein Zitat eines führenden jüdischen Wissenschaftlers vorangestellt, das uns ohne Umschweife in die gesamte Problematik führt. In dem bei W. Fischer erschienenen Buch „Judenfeindschaft" schreibt Dr. Ernst Ludwig Ehrlich auf Seite 256:

> „. . . Die Eigenart des Juden läßt sich nicht allein in dem Begriff der Religion umschreiben, Judentum ist mehr als nur Religion; es ist auch nicht nur eine Schicksalsgemeinschaft, sondern in der Exi-

> stenz des Juden schwingt neben dem Religiösen, das im Judentum immer eine konstituierende Rolle gespielt hat, ganz entscheidend das Element des jüdischen Volkes mit, wenn dieses auch nicht ohne weiteres dem Nationalen der anderen Völker gleichzusetzen ist. Vor einer Begriffsbestimmung dessen, was das Judentum charakterisiert, versagte bekanntlich schon der Heide Bileam, wenn er meinte: ‚Da ein Volk, einsam wohnt es, unter die Erdstämme rechnet sich's nicht' (Num. 23, 9). In menschlich gewiß verständlichem Irrtum nahm eine geistig hochstehende Generation von Juden in Deutschland an, die Flucht aus der Einsamkeit, die Assimilation, würde Spannungen zur Umwelt beseitigen; der in diese integrierte Jude biete weniger Anlaß zu Angriffen, als der seiner nationalen und religiösen Eigenart bewußte."

In einer Fußnote verweist Dr. Ehrlich auf K. Wilhelm, „Erwählung Israels im jüdischen Denken" in der Monatsschrift für Pastoraltheologie S. 333 ff.: „Es ist die Gemeinschaft derer, die seit Jahrtausenden um eines universalistischen religiösen Ideals willen eine Sonderexistenz führen, die das universalistische Volk par excellence bilden." In der gleichen Weise wird bei Foerster argumentiert und die völlige Kongruenz von Volk und Religion unterstrichen, wobei es von ausschlaggebender Bedeutung ist, daß für die ethnische wie auch für die konfessionelle Gruppe das gleiche Wort, eben „Juden", steht.

Die Wirkung des Buches von Foerster wird noch dadurch verstärkt, daß der Verlag (Herder) diese Ansichten in seinem Vorwort unterstreicht. Wir zitieren, um noch mehr zu beweisen, daß es sich bei Foerster nicht um eine Einzelerscheinung handelt. Es heißt dort:

> „Der geschichtliche Schwerpunkt der jüdischen Frage besteht darin, daß dieses Volk der Juden von Gott auserwählt und berufen war, inmitten der Völkerwelt die Absolutheit der Herrschaft Gottes über seine Schöpfung zu bezeugen, damit in ihm einmal das Wunder seiner Erlösungstat geschehen könne. Diese Auserwähltheit und die mit ihr verbundene Verheißung bleiben ihm, nach den Worten des Apostels Paulus, bis ans Ende der Welt, wenn es heimgeholt werden wird. Es ist das einzige Volk der Welt, dem verheißen wurde, daß es bis zum Ende von den Stürmen der Geschichte nicht vernichtet werden wird... Kein Nationalismus, kein totales oder totalitäres System kann auf die Dauer ohne gewaltsame Judenverfolgungen bleiben. Keine Ideologie mit Glaubenscharakter, die ihre Werte absolut setzt und das Höhere und Höchste niedrigeren Werten und Zwecken unterwirft, kann dem durch die jüdische Existenz bezeugten Absolutheitsanspruch Gottes gegenüber tolerant sein. Aber auch die diffusen Ideologien eines nicht theoretischen, sondern praktischen Materialismus stecken ihrem Wesen nach voll eines geheimen Judenhasses. Hier ist einer der tiefsten Gründe für die Fremdheit des Juden in jeder natürlichen, nicht religiös durchformten Gemeinschaft, eine Fremdheit, die unendliche Leiden über das jüdische Volk gebracht hat und die nur durch die brüderliche Liebe derjenigen aufgehoben werden kann, die sich mit ihnen als die Kinder des einen Vaters verbunden wissen..."

Diese Ausführungen, die bereits die ganze Tragödie der Juden sichtbar werden lassen und die letztlich ein freisprechendes Plädoyer für alle Judenfeinde einer dreitausendjährigen Geschichte sein könnten, werden dann von Foerster konsequent untermauert, und nur mit Fassungslosigkeit kann man lesen:

Seite 15

„... meinen viele heutige Juden, sie hätten zwar ein religiöses Erbgut zu verteidigen, aber das sei nur eine geistige Tradition ... Es kommt ihnen nicht zum Bewußtsein, daß gerade sie — und heute mehr als je — dazu berufen sind, ein beiseite geschobenes Patrimonium von neuem in den Mittelpunkt ihres Lebens und ihres politischen Strebens zu stellen, ein Patrimonium, das sie allein fähig machen kann, ihrer gesamten Weltmission wirklich gerecht zu werden — nämlich die von der Gesetzgebung ihres Schöpfers abgefallene Menschheit zu dem ewig gültigen ethischen Testament zurückzurufen, in dem die Grundbedingungen für alle wirkliche Ordnung der weltlichen Dinge gegeben sind ... Immer wieder wurde ihm klargemacht: Du bist von Gott zu einer bestimmten Aufgabe berufen und hast darum andere Existenzbedingungen und Existenzverpflichtungen, als es diejenigen der anderen Völker sind. Du mußt die tiefsten geistigen Bedingungen deiner physischen Gesundheit, deines Ackerbaues und deiner Fortpflanzung verstehen — du mußt von oben leben, oder du kannst überhaupt nicht mehr leben. Nur in solchem Sinne kann eine wirkliche Einleitung in eine grundlegende Betrachtung über das ewige Problem des jüdischen Volkes geschrieben werden ..."

Beim Lesen dieser Zeilen habe ich förmlich das Grinsen der Streicher und Himmler gespürt, die mit allen antijüdischen Kreisen seit Menschengedenken fragen könnten: Haben wir jemals im Prinzip etwas anderes gesagt oder geschrieben, was Foerster von sich gibt, und warum mußten die, wie man sagt, gefälschten „Protokolle der Weisen von Zion" geschrieben werden? Foerster sagt es doch genauso, nur mit anderen Vorzeichen! Und eine andere Wirkung stellte ich als objektiver und um ehrliche Lösung bemühter Leser fest. Vor meinem geistigen Auge verschwanden mehr und mehr die Viktor Gollancz, Martin Buber, Jehudi Menuhin, Mendelssohn-Bartholdy, Spinoza oder Maimonides und wurden verdrängt von den Bela Kuhn, Kurt Eisner, Ilja Ehrenburg und anderen Massenmördern und Folterknechten der russischen Revolution, die nur noch von den Untaten der Irgun Zwei Leumi und der Sternbande in Israel übertroffen wurden.

Was bleibt da von dem, was Spinoza schrieb: „Es ist uns das seltene Glück beschieden, in einer Republik zu leben, in welcher *ein jeder* die Möglichkeit hat, *nach seiner eigenen Überzeugung* zu urteilen und *Gott zu ehren,* und *wo alle* die Freiheit für das köstlichste und süßeste aller Güter halten."?

Doch lassen wir Foerster weitersprechen, wie er an den Grundpfeilern aller staatlichen und kirchlichen Ordnungen rüttelt:

Seite 17

„... Nur zu oft aber machen sich solche Verteidiger des Judentums die Aufgabe allzu leicht und scheinen sich der ganzen Schwere des Problems nicht genügend bewußt zu sein. Sie sagen zum Beispiel: ‚War nicht Christus ein Jude und seine Mutter Maria eine Jüdin?'

Mit solcher Antwort aber wird man der ganzen Größe des Geheimnisses nicht gerecht. Die Vorsehung hat den Erlöser und seine vom Heiligen Geist gesegnete Mutter im Staubgewand der Menschheit erscheinen lassen und hat dazu die jüdische Rasse erwählt, weil kein anderes Volk in der Welt durch seine Geschichte eine so hochverfeinerte Empfangsstation für göttliche Wirklichkeit geworden ist wie das jüdische Volk. Es hatte es tausendmal verdient, der Schauplatz der Menschwerdung Gottes zu werden, auch wenn es das Mysterium nicht begriff und nicht annahm, als dasselbe lebendig in die Geschichte eintrat..."

Während man noch überlegt, wie diese Ideen mit bestehenden gewachsenen oder auch zukünftigen ethnischen, politischen, wirtschaftlichen und religiösen Ordnungen in Einklang zu bringen sind und sich Herzlsche Gedanken im zionistischen Sinne zwangsläufig aufdrängen, ohne dabei den Berg Zion wörtlich zu nehmen, also den Rechtsanspruch der Araber auf Palästina antasten zu wollen, da fährt Foerster fort, diese Illusion brutal zu zerstören. Er schreibt:

Seite 21

„... Das jüdische Volk ging immer wieder einen falschen Weg: Es wünschte das verführerische Beispiel der umgebenden Völker nachzuahmen, es berief sich gegenüber seinen religiösen Führern immer wieder auf jene Beispiele und wollte nicht erkennen, daß eine solche Nachahmung fremder Vorbilder die Juden stets zu Unheil führen mußte, eben weil sie für etwas ganz anderes geschaffen waren als die beneideten Nachbarvölker. Wenn jene fremden Institutionen und Prinzipien, also jene rein politischen Zielsetzungen, in die jüdische Lebensatmosphäre verpflanzt wurden, so nahmen sie dort sofort eine überhitzte Temperatur an und versetzten die ganze jüdische Nation in politische Rotglut. Die Juden erlagen immer von neuem der Versuchung, sich im Dienste äußerer Lebenserfolge auszugeben. Wer vom Absoluten ergriffen ist, der hat es schwer, sich mit der Welt der Kompromisse abzufinden, und hier liegt der Grund, warum im allgemeinen die Völker, die eine geistige Mission haben, politisch immer Schiffbruch erleiden, eben weil ihnen der nötige Realismus fehlt, um den falschen Weg rechtzeitig zu erkennen, statt Politik im gewöhnlichen, subalternen Sinne zu machen..."

In seiner Kritik an den politischen Maßnahmen der Juden führt er dann ein Beispiel aus der frühesten jüdischen Geschichte an, in einer Diktion, wie man sie bei Wortführern eines wüsten Antijudaismus nicht anders finden kann. Er schreibt:

Seite 22

„... Diese Richter beurteilten die politischen Notwendigkeiten von oben her, mußten aber schließlich nach stärkstem Widerstande dem stürmischen Verlangen des Volkes nach der Einsetzung eines Kö-

nigs nachgeben, aber nicht ohne all das vorauszusagen, was kommen mußte, und so haben die Klagelieder Jeremias nur das Klagelied Samuels fortgesetzt. Diese unbezwingbare Tragik wurde dann im Laufe der jüdischen Geschichte immer klarer, denn die Juden machten nicht etwa nur die nüchterne und realistische Politik der Heiden mit (vgl. hierzu Mommsens ‚Römische Geschichte'!), sondern sie folgten einer politischen Leidenschaft, der jeder Sinn für Proportionen und Realitäten fehlte, so daß dann endlich die besonnenen Römer, die sich selten zu Racheakten hinreißen ließen, in einzig dastehender Erbitterung Jerusalem so durchgreifend vernichteten und die Juden so in alle Windrichtungen auseinanderjagten, daß diese erst nach zweitausend Jahren immer erneuter Wanderung und Verfolgung es wagten, die Rückkehr in ihre Heimat zu unternehmen . . ."

Spätestens hier hätte man erwarten können, daß der Verfasser dieser Streitschrift gegen den „Antisemitismus", als die er sein Buch selbst auffaßt, seine Thesen überdenkt und von Widersprüchen entwirrt. Das Gegenteil geschieht. Anstatt die These von der Auserwähltheit eines Volkes, und zwar nicht nur als religiöse Gruppierung, sondern eben auch als ethnische Formierung, als „Rasse", als „Nation", wie die Juden mehrfach apostrophiert werden, als einzige Ursache allen Unheils zu erkennen, überspitzt er bis zur Lächerlichkeit, wenn er schreibt:

Seite 25

„. . . Alle Völker haben ihre besonderen Gaben; den Juden war es gegeben, die geistig-sittlichen Grundbedingungen des Menschenlebens zu erfassen . . ."

Niemand dürfte Zweifel an der Ernsthaftigkeit meiner Bemühungen hegen, beim Lesen dieser Hypertrophie war es mir jedoch nicht mehr möglich, ernst zu bleiben, und ich fragte mich, ob wohl Elisabeth Taylor, Brigitte Bardot, die Striptease-Lokalbesitzer und die Vertreiber des „Playboy" sowie die Verfasser anderer Pornographie die geistig-sittlichen Grundbedingungen des Menschenlebens erfaßt haben oder ob hier eine Begriffsverwirrung vorliegt oder ob es sich hier um eine besondere Form eines Happenings handelt.

Foerster läßt es nicht bei dieser Formulierung bewenden, sondern, unter Wiederholung des Einführungssatzes unterstreicht er erneut den Machtanspruch des Judentums, allerdings jetzt ganz konkret auch staatsrechtlich, wobei es ihn offensichtlich nicht stört, daß er den Juden vorher jede politische Befähigung abgesprochen hat. Er schreibt:

Seite 30

„. . . Alle großen geschichtlichen Völker haben ihre besonderen Gaben und Bestimmungen im Ganzen der menschlichen Kultur — das jüdische Volk aber scheint geschaffen, um hoch über alle bloße Kultur hinauszugehen und die Wirklichkeit Gottes über alle ande-

ren Wirklichkeiten zu erheben und Gottes Willen zu erforschen und zu erfüllen. Ihm galt kein Gehorsam, der nicht von diesem Gehorsam her geweiht worden wäre. Dies wurde dann Theokratie (Fußnote: Das Wort ‚Theokratie' wird hier nicht im theologischen Sinne gebraucht, sondern nur ganz allgemein als die Unterwerfung aller irdischen Ordnungen unter die Gotteswahrheit) genannt, und der Tag wird kommen, wo man verstehen wird, daß es auf die Dauer keine Demokratie ohne Theokratie in dem oben definierten Sinne geben kann — und daß die Welt, wie sie wirklich ist, nur von der Überwelt her regiert werden kann ..."

Man könnte die Ausführungen dieses überspitzten jüdischen Chauvinismus und theokratischen Sendungsbewußtseins als unseriöse Auslassung eines Einzelgängers abtun und im Interesse des Judentums bedauern, wenn nicht gleiche und ähnliche Ansichten entscheidende und zwingende Grundlage jüdischen Wesens wäre. Das zitierte Vorwort des renommierten Verlages wie auch das Zitat des bekannten jüdischen Wissenschaftlers machen es neben den offensichtlichen direkten und manchmal auch indirekten Erscheinungen jüdischer Wesensart notwendig, darauf einzugehen, und zwar weil hierauf das gesamte Dilemma der jüdischen Geschichte zurückzuführen ist.

Ohne Frage gibt es bei vielen Völkern ein ausgeprägtes Nationalbewußtsein, das sich bis zum Sendungsbewußtsein steigert. Wir brauchen hier kein Volk anzuführen, weil sich bei Völkern die Vernunft spätestens dann einstellte, wenn das völkische Selbstbewußtsein den Dämpfer bekam, den jeder Chauvinismus früher oder später erhalten muß. Da in keinem Fall Volk und Religion eine auch terminologische Einheit bilden, kann das angeschlagene Selbstgefühl nicht in Mythen und religiöse Seitenwege ausweichen und das Sendungsbewußtsein konservieren. Es kommt zur Besinnung. Ganz anders beim jüdischen Volk, wo politische und religiöse Normen, Regeln und Erscheinungen nicht getrennt sind und je nach Bedarf angewandt oder interpretiert werden können. Was immer als ultima ratio bleibt, ist die Auserwähltheit: Himmel und Hölle, Schild und Schwert, rettender Hafen und brodelnder Abgrund zugleich.

Zwar zieht sich durch die Geschichte des jüdischen Volkes ein interner Kampf, der sich in verschiedensten Formen äußert, den wir mit „Isolierung" oder „Assimilierung" umreißen können und der auch in der Auseinandersetzung zwischen Talmudisten und Chassidim oder neuerdings zwischen Zionisten und Antizionisten sichtbar wird.

Wenn auch schon die ältesten Bekundungen der jüdischen Geschichte das jüdische Volk als das von Gott auserwählte bezeichnen, man kann annehmen, daß alle diese Lehren nichts anderes sein sollten als psychologische Stützen; man wollte das jüdische Volk in bestimmten Situationen vor Verzweiflung und Selbstaufgabe bewahren. Alle Ver-

folgungen waren natürlich leichter zu ertragen im Gefühl der geistig-seelischen Überlegenheit gegenüber den Verfolgern. Wer will es den jeweiligen Führern der Juden verargen, irdische Qualen durch den Hinweis auf die Einmaligkeit vor Gott erträglich gemacht zu haben. Wer aber kann als Nichtjude dieses Übermaß an Toleranz aufbringen, das bis zur knechtischen Unterwürfigkeit gehen muß, um hinzunehmen, was widerspruchslos als selbstverständlich hingenommen werden soll.

Mit wieviel Widersprüchen und getarnter Unbehaglichkeit von philojüdischer Seite vorgegangen wird, kann wiederum bei Foerster gezeigt werden. Er bringt antijüdische Argumente, um sie dann zu entkräften, wie zum Beispiel:

> Seite 108:
>
> „Es muß aber hier auch darauf aufmerksam gemacht werden, daß jene Anwendung der nationalsozialistischen Rassenlehre auf die Judenfrage schon durch den modernen österreichischen Antisemitismus vorbereitet worden war, der nach dem Einbruch der aus dem slawischen Osten geflüchteten Juden in die österreichische Monarchie mehr und mehr eine führende Macht wurde. Dies kam unverkennbar nach der Eroberung der leitenden österreichischen Presse durch jüdische Intellektuelle immer deutlicher zum Ausdruck ..."
>
> Seite 115
>
> „Alfred Adlers Buch ‚Der nervöse Charakter', ... in welchem gezeigt wird, wie sich bei Menschen, die aus irgendeinem Grunde den Makel einer ‚Minderwertigkeit' an sich tragen bzw. von den anderen minderwertig beurteilt werden, ein krampfhaftes Bestreben nach Kompensation dieses Depressionsgefühles entwickelt; sie versuchen, durch alle möglichen oft krankhaften Bemühungen, sich wichtig zu machen, Macht über andere zu erwerben und die Bedeutung der eigenen Person ins Ungemessene zu steigern ... Was hier vom einzelnen Menschen gesagt ist, das gilt nun auch für getretene und mißachtete Völker ... Um nun aber alle jene Erkrankungen des Selbstgefühls zu verstehen, muß man sich die mehr als barbarische Geringschätzung und Mißhandlung vor Augen halten, die die Judenschaft als eine große Geschichte von Schmach und Entehrung mit sich herumschleppt und die in so starkem Gegensatz zu ihrer hohen Tradition und Begabung und ihrem dementsprechenden Stolze steht. Im Mittelalter wurde in vielen Städten regelmäßig am Ostersonntag ein Jude öffentlich geohrfeigt. ... Es ist noch lange nicht genug bekannt, wie rechtlos die Juden bis weit ins 19. Jahrhundert hinein geblieben sind ... Angesichts solcher Geschichte von Schmach und Elend ist es gewiß kein Wunder, daß es im 19. Jahrhundert wie ein Rausch über viele Juden kam, als sie aus dem Ghetto und all seinen Erinnerungen heraustraten und mittels aller der Gaben, die sie dort in der Schule des Talmud und des Gelderwerbes erworben hatten, nun in der Mathematik des Bankwesens und des Handels und im modernsten Schriftgelehrtentum die ersten Plätze errangen und zu gesellschaftlicher Macht und bürgerlicher Gleichberechtigung emporstiegen.

> Kein Wunder, wenn infolge einer merkwürdigen Mischung von berauschendem Machtgefühl und dem brennenden Verlangen, in die Kulturgesellschaft aufgenommen zu werden, sich jenes unsichere Selbstgefühl entwickelte, das leider heute noch für einen Teil des emanzipierten Judentums charakteristisch ist ..."

Diese entwicklungsgeschichtliche Milieutheorie wirft Foerster dann allerdings gleich wieder über den Haufen, wenn er sofort anschließend schreibt:

> „... mit einem weiteren Charakterzug des heutigen Judentums ... Ich habe hier den alles durchdringenden Erwerbsgeist im Auge, der bei dem oben definierten Typus des Judentums alle menschlichen Beziehungen durchdringt. Moses wußte nur zu genau, daß eine das ganze Leben erfassende Ablenkung vom weltlichen Vorteil eine Erziehung zu ununterbrochenen Opfern für Gott nötig sei, um der großen auf das Greifbare gerichteten Lebensenergie des Juden ein Gegengewicht zu schaffen ..."

Kaum hat er die „auf das Greifbare gerichtete Lebensenergie *des Juden*" als von Urzeiten überkommen dargestellt, flüchtet er erneut in die Milieutheorie und fordert gleichzeitig das, was ich an anderem Ort das Übermaß an Toleranz nannte:

> Seite 117
> „Man muß sich vorstellen, wie im Mittelalter die zerstreuten jüdischen Gemeinden in eine Umgebung eingekapselt waren, die an Kultur und geistiger Tradition oft weit unter ihnen stand, und wie sie sich begreiflicherweise ihrer Umgebung überlegen und zugleich als Todfeinde gehaßt, verachtet und bedroht fühlten. Der Jude hat sich dementsprechend in Jahrhunderten der Verfolgung geübt, seinem Gegner soviel wie möglich abzugewinnen und ihm so wenig wie möglich zu geben — eine frei ausströmende Gegenseitigkeit, eine wirklich sittliche Gemeinschaft mit dem Nichtjuden hat er erst viel später kennengelernt und hat dann auf dem Gebiete solcher wahren Gegenseitigkeit nicht weniger Vorbildliches geleistet wie die anderen Völker. Ist eine solche Betrachtungsweise nicht die einzige würdige Haltung, die man vom Standpunkt christlicher Kultur aus dem Judentum gegenüber einnehmen muß?"

Die alljüdische Idee, wie sie hier am Beispiel von Foerster gezeigt wird, die also nur „den Juden", ohne jede Differenzierung sieht, ist im Grunde der in Julius Streicher verkörperte Antijudaismus mit umgekehrten Vorzeichen. Selbst ein Eichmann mit seiner Untscheidung zwischen Zionisten und Nichtzionisten — man gestatte den makabren Vergleich — oder Göring mit der vielzitierten Äußerung „Wer Jude ist, bestimme ich!" läßt Lösungsmöglichkeiten der jüdischen Frage offen; Foerster läßt keine Alternative, das muß mit aller brutalen Offenheit gesagt werden, und nach allem, was bisher gesagt wurde und was noch zu sagen ist, soll an dieser Stelle nicht falsch verstanden werden, er läßt keine Alternative zwischen jüdischer Weltherrschaft und immer neuem Pogrom.

Es ist bestürzend, wie Foerster gerade als international anerkannter Sozialpädagoge konsequent alle Kompromißmöglichkeiten radikal beiseite schiebt, wie er gebannt der alljüdischen Idee nachhängt, indem er Talmud und Chassisim — Gegensätze wie Feuer und Wasser — beide isoliert als positive jüdische Erscheinungen würdigt, die Chassidim-Bewegung mit ihrem „Buch der Frommen" mit Recht, den Talmud als eine der wesentlichen Wurzeln allen Unheils zu Unrecht.

Wir sollten auch lesen, was Foerster hierzu sagt. Nachdem er bei der Prüfung und Darstellung von jüdischem Gesetz und jüdischer Frömmigkeit, von religiöser Lehre und religiösem Leben zugibt, daß „... die ‚Talmudisten' und die ‚Chassidim' nicht selten geradezu feindlich gegenübertraten...", schreibt er unsachlich und peinlich beschönigend:

> Seite 119
>
> „... Der Talmud, dessen Inhalt nur zu viele Kontroversen veranlaßt hat, war ein Versuch, die jüdische Theologie kasuistisch zu vervollständigen. Es ist eine Sammlung von Betrachtungen über das jüdische Gesetz und über die Folgerungen daraus. Er wurde in seinen wesentlichen Teilen bekanntlich bereits im 6. Jahrhundert nach Christi Geburt abgeschlossen. Die leider nur allzu weit verbreitete aber unpsychologische, ja oft geradezu absichtlich falsche Beurteilung der talmudischen Lehre stammt von Judengegnern und wurde von erprobten Talmudkennern aller Konfessionen stets einmütig abgelehnt. Ist es doch gänzlich unwissenschaftlich, Talmudstellen in tendenziöser Weise aus ihrem Zusammenhang herauszureißen und sie dann für ein Ganzes auszugeben ..."

um dann geradezu grotesk festzustellen:

> „... Nur an wenigen Stellen, nämlich dort, wo die Beziehungen der Juden zu den anderen Völkern erwähnt werden, sind diese ‚Heiden' als ‚Goim' bezeichnet. Es kommt eine begreifliche Abneigung der Juden gegen ihre Unterdrücker und Verfolger zum Ausdruck, eine Abneigung, die auf einer langen und in entfernte Zeiten zurückgehende Vergangenheit beruht ... "

Wann sonst sollte das Schimpfwort „Goim" gebraucht werden, als wenn man „von den andern Völkern" spricht? Es wird aber noch grotesker, wenn Foerster dann, kaum daß er den Talmud bis zur Selbstaufgabe verteidigt und jede Kritik am Talmud als „unpsychologische, ja oft geradezu absichtlich falsche Beurteilung" radikal zurückgewiesen hat, feststellt, es wäre

> „geradezu absurd, den heutigen Juden vorzuwerfen, was vor mehr als 1500 Jahren gesagt wurde und was im wesentlichen kasuistischen Zwecken dienen sollte ..."

Mit einer Sprunghaftigkeit, der man kaum noch folgen und an der man die große Unsicherheit erkennen kann, schreibt Foerster dann wieder in unmittelbarer Folge:

> „Trotz einzelner Sätze im Talmud, denen unverkennbar ein Ressen-

timent und ein Mangel an Objektivität zum Ausdruck kommen ..."
oder später:

„... Auch ist es wahr, daß es Talmudisten gab, besonders im späteren Ghetto, die sich einer Rabulistik ergaben, die dann auf den Charakter derjenigen zurückwirken mußte, die sich früh bis spät mit den Talmudtexten beschäftigten und manchmal so sehr auf Spitzfindigkeiten versessen waren, daß ihr Intellekt so von dieser Kasuistik verschlungen wurde, daß die Heilige Schrift, die Propheten und die Psalmen dabei ganz in den Hintergrund gedrängt wurden. So konnte es kommen, daß selbst ein bei seinen Glaubensgenossen so hochangesehener und verehrter Denker und Ausleger des jüdischen Gesetzes wie Maimonides bei seinen orthodoxen Glaubensgenossen geradezu als Ketzer galt und daß die Judengemeinde in Montpellier ihren Mitgliedern verbot, Maimonides' Werke zu lesen ..."

Lassen wir Foerster das Maß voll machen und zeigen wir noch einige Beispiele dafür, wie man die jüdische Frage nicht nur nicht löst, sondern im Gegenteil, wie man Antijudaismus, Völkerhaß, Rassen-, Volks- und Religionsüberheblichkeit fördert. Foerster behandelt als Abschluß seines Buches das „Rätsel der jüdisch-christlichen Verfeindung". Nicht unrichtig kritisiert er die Vermenschlichung Gottes, was zu einer gewissen Abwendung von Gott, einer Vernachlässigung Gottes führen mußte. Es ist müßig für uns, hier zu fragen, wie die Entwicklung nicht nur des Christentums verlaufen wäre, wenn nicht Athanasius, sondern Arius sich mit seinen Gedanken und Vorstellungen durchgesetzt hätte. Alle Ressentiments und alle Abwehrkräfte werden aber provoziert, wenn Foerster schreibt:

Seite 134:

„... wohl aber die christliche Verkündigung aller Jahrhunderte hat allzu ausschließlich vom *Gottmenschen* geredet und allzuwenig von dem, was den Juden ihre teuerste geistige Heimat und das Zentrum ihres Glaubens und ihres ganzen Gewissenslebens war, nämlich von dem *einen und einzigen* Gott ..."

um dann auf der einen Linie konsequent fortzufahren, alle Nichtjuden hineinpressen zu wollen in die Enge, neben der nichts bestehen soll und aus der jeder Terror, jede kolonialistische Unterdrückung, die Bomben auf die buddhistischen oder freisinnigen Vietkong genauso abgeleitet werden können, wie die Atombomben auf die nicht an diesen einzigen Gott glaubenden Einwohner von Hiroshima und Nagasaki. Umschrieben heißt das bei Foerster:

Noch Seite 134:

„... Endlich ... und hier liegt wohl der folgenreichste Fehler — hat die große Mehrzahl der Christen die ganze geistige und ethische Bedeutung des Judentums auch nicht entfernt in ihrer allgemeinen religiösen Tragweite zu würdigen vermocht, während sie doch gerade von dort aus den ganzen universalen Sinn der christlichen

Wahrheit und deren Anspruch auf die Beherrschung auch des politischen und wirtschaftlichen Lebens hätte begreifen sollen ..."

Fatal, um um kein böseres, treffenderes Wort zu benutzen, wird die Angelegenheit, wenn Foerster folgendes schreibt:

Seite 137:

„... Der berühmte florentinische Staatsmann Niccoló Macchiavelli hat einmal gesagt: ‚Das Christentum ist eine Lehre für Schafe in einer Welt voll Wölfen.' Seitdem dies gesagt wurde, haben die christlichen Völker reichste Gelegenheit gehabt, ihre politische Theorie und Praxis in Macchiavellis Sinn immer konsequenter nicht nur vom Neuen Testament, sondern auch vom Gottesgesetz des Alten Testaments loszulösen. Sie ersetzten das, was Macchiavelli als ‚Schafspolitik' betrachtete, durch eine immer tollere ‚Wolfspolitik', ja, sie setzten sogar den Schafen Wolfszähne ein und gelangten durch diese verblendete Praxis schließlich genau zu dem Resultat, das zu erwarten war, nämlich zu einer Sachlage, wo sich die Wolfspolitik konsequenterweise mit der atomaren Technik verband und wo der Selbstmord der Menschheit nur noch zu verhindern ist, wenn ein Wunder geschieht und den führenden Kreisen der Menschheit im letzten Augenblick die ganze Größe des Wahnes enthüllt, dessen Opfer wir alle zu werden drohen ..."

Auch auf die Gefahr hin, falsch verstanden zu werden, ist hier zu erwidern, daß es unverständlich ist, wie ein in den Vereinigten Staaten von Amerika lebender Wissenschaftler von Rang, der soviel Autorität beansprucht, ausgerechnet in einem Buch über die jüdische Frage versucht, den Kräften die Schuld an der atomaren Gefahr zu geben, die sich „vom Gottesgesetz des Alten Testaments" loslösten, wenn man weiß, daß der Bau der amerikanischen Atom- und Wasserstoffbombe in Idee und technischer Ausführung in den wichtigsten verantwortlichen Posten von Einstein über Oppenheimer und Teller genau von Angehörigen des jüdischen Volkes vollzogen wurde. Und der bisher einzige Abwurf von Atombomben, der ohne jeden militärischen Grund geschah, weil Japan bereits Friedensangebote an die USA gemacht hatte, der wurde von einer Regierung befohlen, in der mindestens so viele treu am Alten Testament und am Talmud hängende Mitglieder waren, wie davon losgelöste, wenn es solche überhaupt gab.

Daß William S. Schlamm, als Jude, sich mit seinem fanatischen Haß im Kampf gegen die Atomwaffengegner, gleichsam zum Anwalt des Atomtodes macht, läßt die Ausführungen Foersters noch makabrer erscheinen.

So kann die Anmaßung und geistige Überheblichkeit bis in die letzte Zeile des inkriminierten Buches verfolgt werden, wenn es im Schlußabsatz heißt:

Seite 139:

„Wer sich dies gründlich klarmacht, der wird die politische Aktuali-

tät der Betrachtungen begreifen, die wir in dieser Schrift der Notwendigkeit einer grundsätzlichen Verständigung zwischen Judentum und Christentum gewidmet haben, einer Verständigung, die allen anderen Verständigungen und Aussöhnungen vorangehen muß, weil in ihr allein die geistige Grundbedingung eines dauerhaften Friedens in der Welt gesichert ist."

„in ihr allein" schreibt er. Die rund 30 Prozent Christen (Katholiken, Protestanten und Orthodoxe) unter der absoluten Herrschaft der 0,4 Prozent Juden wollen also der Welt ihren Frieden aufzwingen. Da werden die 20 Prozent Buddhisten und Konfuzianer, die 15 Prozent Moslims und die 12 Prozent Hindus genauso ignoriert wie die rund 25 Prozent der gesamten Menschheit, die auch Kinder des einen Gottes sind, die aber andere religiöse Vorstellungen haben, als sie vor 2000 bis 3000 Jahren von Menschen für Menschen eines engen Lebenskreises geschaffen wurden. Die These „in ihr allein" ist in dieser Form nicht nur Ursache für das Dilemma des Judentums, sondern sie würde — realisiert — die ganze Christenheit und dann die ganze Menschheit in ein Chaos versinken lassen. Dieses Chaos kann von der Menschheit nur dann abgewendet werden, wenn dieser totalitären These die Antithese entgegengesetzt wird, die wir nicht nur bei Jesus Christus, sondern genauso bei Buddha, Lao-tse oder Mohammed finden. Die Welt muß lernen, daß es nicht nur Engel oder Teufel, Himmel oder Hölle, Schwarz oder Weiß gibt. Und der Absolutheitsanspruch einer Religion mochte noch vor einem Jahrhundert vertretbar gewesen sein. Im 20. Jahrhundert ist er eine Farce. Es ist hier nicht der Platz, eine Analyse des Konzils der Katholischen Kirche vorzunehmen. Nur soviel sei gesagt: wenn die in Gang gebrachte Entwicklung *in falsche Bahnen gerät,* wenn sie nicht zur Aussöhnung mit allen Weltreligionen führt, dann kann es geschehen, daß Papst Johannes XXIII. oder mehr noch der Kardinal Bea und seine einflußreichen Ratgeber als die Totengräber der Menschheit in die Geschichte eingehen.

Wir wollen anhand des Beispiels Foerster noch konkret die Frage untersuchen, die wir uns gemeinsam mit ihm gestellt haben. Mit Berechtigung wird von jüdischer und philojüdischer Seite darauf verwiesen, daß ein entscheidender Grund für die Kontroversen der Juden mit ihrer Umwelt in wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten zu suchen ist. Das Verbot der christlichen Kirche, Zins zu nehmen, zwang die Juden förmlich in das gesamte Finanzwesen der christlichen Länder hinein. Um jeden Verdacht zu beseitigen, die Tatsachen bei Chamberlain, Gobineau oder Fritsch also in antijüdischen Quellen gefunden zu haben, zitieren wir bewußt wieder Foerster:

Seite 54:

„... Das entwurzelte Volk wurde der gegebene Träger des inter-

nationalen Handels ..."

Seite 56:

„... Der Umstand, daß die Juden, wie wir immer wieder gesehen haben, gezwungen waren, auszuwandern und die Landwirtschaft zu verlassen, brachte sie dann dazu, im Gewerbe und im Handel ihren Lebensunterhalt zu suchen, und so finden wir im Mittelmeerbecken durch Jahrhunderte hindurch die Juden als Seidenzüchter und Seidenhändler und zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges vor allem im Norden im Tuchgewerbe tätig. Vom 16. bis zum 18. Jahrhundert waren sie die einflußreichsten Heereslieferanten, und zu Beginn der neuen Zeit galten Samt, Seide und Wolle geradezu als ‚Judenware' ..."

Foerster zitiert aus dem Buch „Die Juden und das Wirtschaftsleben" von Werner Sombart, wo es heißt:

„... Sollten sie es nicht lieben lernen, wenn sie mit seiner (des Geldes) Hilfe die Großen dieser Erde sich unterwürfig machen konnten? Das Geld wurde ihnen — und durch sie der ganzen Menschheit — zum Mittel, Macht zu üben, ohne selbst stark zu sein. Mit den feinen Fäden des Geldgeschäfts fesselte ein Volk von kleinen, in sozialem Sinne ganz unscheinbaren Menschen, den feudal-bäurischen Riesen, wie die Liliputaner den Gulliver banden ..."

Was Foerster über die Beherrschung der Presse in Österreich durch Juden schreibt, erweitert er dann auf Verkehr und Handel der ganzen Welt. Er schreibt:

Seite 57:

„... Als man dann mit der Steigerung des Weltverkehrs notgedrungen zum internationalen Tauschmittel des Geldes vorschritt, wurden natürlich die Juden die ersten großen Geldbesitzer, die dank dieser Machtquelle zu wachsendem Einfluß aufstiegen und dadurch naturgemäß Neid und Feindschaft erregten, und das um so mehr, als sie durch ihre religiösen Traditionen von jeder geistigen Gemeinschaft mit ihrer Umgebung zurückgehalten wurden ..."

Mit diesem letzten Zitat ist die ganze Problematik der Judenfrage gleichsam wie in einer Nußschale zusammengefaßt. Fragen wir also unter Berufung auf Foerster und unter gleichzeitiger Berücksichtigung aller historischen Fakten, wie sie in unzähligen Veröffentlichungen aller Richtungen bekanntgeworden sind, welche Ursachen für die Judenverfolgungen gelten, dann kommen wir eindeutig zu dem Ergebnis, daß ein wesentlicher Grund im eigenen Verhalten und im historischen Schicksal der Juden gesehen werden muß, ganz konkret:

1. die jahrtausendealte Heimatlosigkeit;
2. die These von der Auserwähltheit in Verbindung mit den jüdischen Gesetzen und den Lehren, besonders des Talmud;
3. die völlige, auch terminologische, Gleichheit von Volk und Religion;

4. die zum Teil aus diesen Gegebenheiten resultierende, bedingungslose Solidarität bei gleichzeitiger Integrations- oder Assimilierungsfeindlichkeit.

Wenn wir eingangs erkannten, daß die Gründung des Staates Israel als Heimstatt für alle Juden unser Problem positiv und negativ berührt, dann wird das jetzt deutlicher zu erkennen sein. Die Lösung könnte als ideal gelten, wenn die Heimstatt der Juden tatsächlich von allen Juden als solche anerkannt und diese sich an einem Punkt der Welt befinden würde, wo diese Neubegründung keine Gefahr für den umgebenden Raum und damit für den Weltfrieden bedeutete.

Dieser Judenstaat Israel müßte sich natürlich im Rahmen der Vereinten Nationen bewegen und jeder theokratischen Missionierung entsagen. Eine solche spektakuläre Lossagung von der Auserwähltheit, was nichts anderes wäre, als das Abwerfen einer entsetzlichen jahrtausendealten Bürde, müßte dann auch für alle nichtisraelischen Juden verpflichtend sein, die damit frei wären, sich stolz und selbstbewußt in dem jeweiligen Staat als echte Staatsbürger zu fühlen, frei vor allem von dem quälenden Zwiespalt der doppelten Loyalität, das heißt der gegenüber dem eigenen Staat und der zum Staat Israel. „Jüdisch" wäre sofort kein ethnischer oder staatsrechtlicher Begriff mehr, sondern nur noch die Kennzeichnung einer der Weltreligionen.

Diese Ideallösung liegt nun zur Zeit aber nicht vor, und zwar aus mehreren Gründen. Die Zionisten bestanden auf dem arabischen Palästina und verwarfen damit die Beschlüsse des 6. Zionistischen Kongresses, die der geistige Vater Israels, Theodor Herzl, mit den vernünftigen Delegierten mit großer Mehrheit durchgesetzt hatte. Im Einvernehmen mit dem englischen Außenministerium sollte — unter Beachtung der Rechte der Araber — nicht Palästina, sondern die ostafrikanische, damals englische Kolonie Uganda als Heimstatt der Juden gelten. Nach diesem Zionistischen Kongreß war Theodor Herzl gestorben, und beim nächsten Kongreß nach seinem Tode setzten sich die verantwortungslosen Kräfte durch und bestimmten wiederum Palästina als ihre zukünftige Heimstatt, ließen also dem Unheil seinen Lauf, wie wir es seit 1948 vor Augen haben.

Außerdem hat sich theologisch und damit im Verhalten von Juden zu Nichtjuden nichts sichtbar geändert; mit der zwangsläufig verlangten doppelten Loyalität wird sich dagegen das Dilemma des jüdischen Volkes wie eine unheilvolle Kette fortsetzen, das nun nicht nur mehr oder weniger individuelle Sorgen haben wird, sondern das konstant an allen Schwierigkeiten des fehlkonstruierten Staates Israel teilhaben muß.

Wenn die Tragödie des jüdischen Volkes ein für allemal beendet und wenn vor allem die größte Katastrophe verhindert werden soll, die ich hier voraussage , in Formen, die schlimmer sein werden als Kielce, Toledo, Auschwitz und die russischen Pogrome zusammengenommen, und zwar in den Vereinigten Staaten von Amerika innerhalb der nächsten 15 bis 20 Jahre, dann muß etwas Revolutionäres geschehen.

Folgender Vorschlag wird zur Diskussion gestellt, der gleichzeitig im Sinne der hier verfolgten Gesamtkonzeption ist, zu der auch die Normalisierung des deutsch-jüdischen Verhältnisses zählt:

a) Die Besetzung Palästinas wird als vorübergehend erklärt. Unter der Kontrolle der UNO und unter Mithilfe aller Völker, die für die Tragödie des jüdischen Volkes eine gewisse Mitverantwortung tragen, wird eine Heimstatt der Juden ausfindig gemacht, die kein neues Unrecht schafft, die dabei im Gegensatz zu dem räumlich engen Palästina genügend Raum und auch, im Gegensatz zu Palästina, ausreichende geologische und agrarische Voraussetzungen bietet, die der Tüchtigkeit und der Vitalität dieses Volkes entsprechen.

b) In einem festgesetzten Zeitraum — immer unter der Verantwortlichkeit der UNO — erfolgt die Um- und Neubesiedlung von Palästina nach dem neuen Israel.

c) Nach der Rückkehr der arabischen Palästinaflüchtlinge in ihre rechtmäßige Heimat wird den orthodoxen Juden eine von der UNO, den Arabern und allen Weltmächten bekräftigte Garantie gegeben, an besonderen geschichtlichen Plätzen Gedenkstätten zu erhalten, wo jene als Staatsbürger Palästinas verbleiben können.

   Auf Wunsch soll auch den vor dem Zweiten Weltkrieg in Palästina ansässigen Juden das Heimatrecht in ihrem Geburtsland zugestanden werden. Hier könnte auf die glänzende Epoche arabisch-jüdischer kultureller Zusammenarbeit in Spanien hingewiesen werden, für die Maimonides als Symbol steht.

d) Analog dem Konzil der Katholischen Kirche findet ein spektakuläres Konzil aller religiösen Sprecher des Judentums statt, auf dem die mosaische Lehre den Erkenntnissen des 20. Jahrhunderts angepaßt werden muß, auf dem — für alle Juden verbindlich — die Auserwähltheit für ewig und alle Zeiten abgelegt wird.

   Damit wird die demokratische Gleichstellung aller Völker genauso betont wie die Gleichrangigkeit aller Weltreligionen.

   Es muß festgelegt werden, daß der Begriff „Jude" ausschließlich konfessioneller Terminus ist und als ethnischer Begriff nur noch die Bezeichnung „Israeli" gilt.

Eine Lösung in diesem Sinne wäre die Ergänzung aller Beschlüsse des Katholischen Konzils, soweit sie sich mit der Stellung der Kirche zu den Juden befaßt haben.

Es könnte dann auch unter günstigeren Voraussetzungen eine deutsch-jüdische Aussöhnung stattfinden, die nötig ist und die um so leichter sein müßte, als es in Deutschland, nämlich in Preußen, war, wo den Juden erstmalig volle Freiheit garantiert wurde.

4. Der 20. Juli 1944

> Im Jahre 1939 äußerte Vansittard: „England braucht in Deutschland keinen secret service mehr; die Deutschen selbst kommen in Scharen zu uns und erzählen alles".
>
> Margaret Boveri

Was für die bisher behandelten Themen gilt, hat in gleichem Maße für diesen Komplex Gültigkeit. Es wird in diesen Tagen besonders deutlich, wie aus den widersprüchlichen Berichten über die verschiedenen dramaturgischen Bearbeitungen dieses tragischen Tages unserer Geschichte hervorgeht. Es wird noch jahrelanger Forschung und Prüfung bedürfen, um dann — auch keine letzte allgemeingültige These zu erarbeiten; es spielen bis heute und wahrscheinlich noch auf lange Zeit zuviel subjektive Faktoren in das Geschehen hinein.

Es soll hier anhand der Fülle von Tatsachen und Betrachtungsmöglichkeiten versucht werden, neben dem rein Historologischen, aufzuzeigen, welche Zusammenhänge zwischen dem 20. Juli 1944 und der Spaltung Deutschlands bestehen, um daraus die Konsequenzen zu ziehen, die gezogen werden müssen.

Wir sind seit Jahren Zeugen von Verratsverhandlungen in Westdeutschland, die nicht immer Schlagzeilen machten, wie die Fälle John und Frenzel, die zum Teil nicht einmal in die Öffentlichkeit gelangten, weil es aus verständlichen Gründen inopportun erschien, denn fast alle Akteure waren während des letzten Krieges sogenannte Widerständler gewesen. Gerade diese ihre Tätigkeit hatte sie in der Nachkriegszeit für ihre hohen oder höchsten Positionen legitimiert.

Bis auf den heutigen Tag ist die Haltung zur Regierung des Deutschen Reiches und entsprechender Organe vor 1945 ausschlaggebendes Kriterium jeder Personalpolitik. Von jüngeren Kräften verlangte man dementsprechend ein Bekenntnis zu dem „Geist der Leute vom 20. Juli". Das galt nicht nur für das Personal der Bundeswehr, sondern genauso für alle wichtigen Posten in Exekutive, Legislative und, wie wir ja mehrfach vor Augen geführt bekamen, in der Gerichtsbarkeit. Trotz wiederholter Versuche, von offizieller oder kompetenter Seite den „Geist des 20. Juli" oder den „Geist der Leute des 20. Juli" umreißen zu lassen, ist es bisher nicht gelungen, eine solche Klärung herbeizuführen. Man läßt alles im emotionalen, heterogenen Status. Es muß erwähnt werden, daß von sowjet-deutscher Seite aus hin und wieder Licht auf den Fall geworfen wurde, ohne aber ernsthaft klärend zu wirken, um so weniger, als hier, wie gewohnt, un-

wissenschaftlich vorgegangen wird, indem nur die passenden Fakten der eigenen Politik dienstbar gemacht werden.

Notwendigerweise muß ausdrücklich festgestellt werden, daß die Behandlung dieser Frage nichts zu tun hat mit einer Rehabilitierung oder gar Restaurierung eines vergangenen Systems. Hierüber hat die Geschichte ihr unerbittliches Urteil gesprochen, brutal unerbittlich, wie die Geschichte ist, für die allein das harte Wort gilt: Der Erfolg ist entscheidend.

Wie bereits angedeutet, ist das Problem kein rein historisches, sondern dadurch ein hochpolitisches, daß man es zum personalpolitischen Kriterium gemacht hat und als solches aufrechterhält, und zwar trotz aller Erfahrungen, die man mit Verrätern machte. Wie notwendig eine Klärung ist, macht ein aktueller Fall deutlich, den wir kurz behandeln wollen, um an diesem Beispiel zu zeigen, wie man den gesamten Komplex sehen muß. Ich meine den „Fall Wehner" vom Frühjahr 1966.

Was den Fall so widerwärtig macht, sind die Begleiterscheinungen, die Methoden des Heckenschützen-Kampfes innerhalb der SPD gegen Wehner, dessen Wert oder Unwert für Deutschland hier nicht zur Debatte stehen soll. Es sind aber nicht nur die Heckenschützen innerhalb der SPD, auf die man schauen sollte. Die Randbegebenheiten in dieser Angelegenheit bestätigen die Behauptung, daß Verräter immer Verräter bleiben. Wer sein Vaterland verraten hat, verrät auch seine Freunde oder seine Partei. Da ist alles dunkel, hintergründig, unklar, verschwommen. Da verwischen sich alle Konturen. Da werden Bindungen aus der Emigration wach, kollidieren mit den Interessen der jetzigen eigenen Partei, und zum Schluß hat man alle verraten, seine Kameraden von früher und seine Freunde von jetzt.

Der „Fall Wehner" ist gut geeignet, zur Klärung des „20. Juli" beizutragen, besonders in seiner aktuell-politischen Bedeutung. Die Sozialdemokratie hat eine besondere Rolle im Widerstand gegen Hitler und den Nationalsozialismus gespielt. Bedingt durch die ideologischen Gegensätze, aber noch mehr durch die charakterlichen Unterschiede innerhalb der SPD, sind drei Richtungen im sozialdemokratischen Widerstand zu erkennen:

1. *die charakterstarken Vertreter*, die zum Teil schwerste Verfolgungen auf sich nahmen oder ihren Widerstand mit dem Leben bezahlen mußten. Hier steht neben Julius Leber, Theo Haubach und Adolf Reichwein vor allem Kurt Schumacher, der es ablehnte, den Kerker zu verlassen unter der Bedingung, sich nicht politisch zu betätigen. Ohne Rücksicht auf die politischen und ideologischen Ansichten, kann man dieser Haltung menschlich nur mit größtem Respekt begegnen.

2. *die West-Emigranten*, die auf verschiedenen Wegen, größtenteils über die Tschechoslowakei und Skandinavien, in England landeten und hier mit einer Reihe anderer, auch nichtsozialistischer Emigranten in ihrer Mehrzahl eine umstrittene, für Eingeweihte allerdings sehr eindeutige, Rolle spielten. Sie stellten sich der feindlichen Propagandamaschine zur Verfügung. Unter der Leitung des berüchtigten Deutschenhassers Sefton Delmer wurde unter anderem der Soldatensender Calais betrieben. Das Lager Ascot wurde Sammelpunkt für eine Gruppe von Deutschen, die nach 1945 nicht nur in der SPD eine führende Rolle spielten.

3. *die Ost-Emigranten*, die sich entweder aus geographischen, kriegsbedingten, seltener aus ideologischen Gründen in die Sowjetunion begaben, dazu Kommunisten, die nach 1945 zur SPD konvertierten.

Die Ascot-Kameraderie auf der einen Seite und der ideologische und emigrations-historische Gegensatz zu der dritten Gruppe ließ in der Nachkriegsgeschichte mehrfach personelle Spannungen auftreten, die mehr und mehr zunahmen, wie sich die Ost-West-Spannung verstärkte. Nach der durch die Gründungen von DBR und DDR äußerlich sichtbaren deutschen Spaltung kam es zu gewissen personellen Klärungen, die zumeist ideologischen Hintergrund hatten. In Mitteldeutschland tätige Westemigranten verließen ihre Heimat und „emigrierten" erneut, diesmal von Deutschland nach Deutschland. Umgekehrt verließen auch West-Emigranten aus ideologischen Gründen Westdeutschland und fanden als überzeugte Kommunisten ihre Heimat in der Sowjetzone. Prominentester dieser Wanderer zwischen den beiden Halbwelten war Karl Eduard von Schnitzler, der auch Ascot-Lagerist war und heute meistgehaßter Publizist in der DDR ist.

Wie bereits erwähnt, treten bei diesem Vorgang im Halb- oder Ganzdunkel, wie es Heckenschützen und Verrätern gemäß ist, neben personellen Gegensätzen auch ideologische Unterschiede zutage. Die Unterschiede brechen auf, die der fanatische Gegensatz zu Hitler und dem Nationalsozialismus überdeckt hatte. Es ist hier auf der deutschen Emigrations-Ebene der gleiche Vorgang zu beobachten, der sich auf weltpolitischer Basis seit 1945 gezeigt hat, als die natürlichen ideologischen, geopolitischen, wirtschaftlichen und strategischen Gegensätze zwischen den USA und der UdSSR den Panzer durchstießen, der sie in die antideutsche Gemeinsamkeit gepreßt hatte.

Aus bestimmten Hinweisen geht eindeutig hervor, daß die Angriffe gegen Wehner aus solchen Emigrantenkreisen stammen. Das ist allerdings nur für Eingeweihte zu erkennen. Um keine Unklarheiten aufkommen zu lassen, muß hier eine persönliche Anmerkung vorgebracht

werden: Durch einen seltsamen Zufall kam ich im Gefängnis schon 1955 in Berlin mit einem ehemaligen deutschen Soldaten zusammen, der im Lager Ascot alle die prominenten Nachkriegsdeutschen kennenlernte. Er gab mir später einen Bericht, der mich jederzeit in die Lage versetzt, die diesbezüglichen Vorgänge mit allen Personalien recht klar zu sehen.

Ich habe keinen Grund, mich zum Anwalt des Re-Remigranten Wehner zu machen. Genauso wenig Grund habe ich, um das Schicksal der SPD besorgt zu sein. Es bleibt nur zu hoffen, daß die vielen braven, treuen und opferbereiten Mitglieder und Anhänger dieser Partei endlich verstehen, warum wir Vertreter der Frontgeneration den Standpunkt einnehmen, daß eine Partei sich niemals gesund entwickeln kann, in deren führenden Positionen sich Männer befinden, die einmal ihr Vaterland zugunsten eines anderen Landes verrieten, die also als Landesverräter mit dem feindlichen Ausland zusammengearbeitet haben. Man muß auch verstehen, daß eine solche Partei niemals die deutsche Schicksalsfrage lösen kann, weil sie zwangsläufig unter den moralischen Minderwertigkeitskomplexen ihrer Führung leidet. Dieses Minderwertigkeitsgefühl zeigt sich nicht nur in den Gerichtsverfahren, die gegen diejenigen Deutschen angestrengt werden, die in Wort oder Schrift wahrheitsgemäß auf den Verrat hinweisen, was man als Verleumdung oder Beleidigung auffaßt; zwangsläufig müssen sich Mitarbeiter feindlicher Nachrichtendienste oder gegnerischer Propagandainstrumente gegenüber ihren ehemaligen Herren gehemmt fühlen. Sie werden folgerichtig immer für eine unterwürfige Rolle Deutschlands plädieren müssen, das heißt heute, sie werden niemals für eine deutsche Lösung eintreten, die sich nicht mit den Interessen ihrer „Alliierten" im Kriege deckt. Es ist ganz natürlich, daß — im Gegensatz zu den Hochverrätern — die Emigranten und Landesverräter die konsequentesten Verfechter des Status quo der deutschen Spaltung sind. Hierüber können Deklamationen für die Wiedervereinigung Deutschlands nicht hinwegtäuschen. Sie werden nur von politischen Dummköpfen ernst genommen. Auch und gerade in der Politik zählt nicht das Wort, sondern die Tat.

Machen wir nach diesem praktischen Beispiel die Problematik noch deutlicher:

Mit dem Attentat Stauffenbergs am 20. Juli 1944 wurde das Datum gesetzt, das dem gesamten Widerstand gegen Hitler Namen und Nimbus gab. Die Breite des Widerstandskreises, die sich vor allem in der heterogenen Zusammensetzung des Kreisauer Kreises zeigte, der neben den Kontakten zum Militär und zur Verwaltung auch solche zu den Kirchen, den ehemaligen Gewerkschaften bis hin zu kommunistischen Zirkeln hatte, ließ es zu, daß nach 1945 allzu viele

Charakterlumpen von dem gewissen Idealismus eines Stauffenberg und der gewissen Würde eines Beck profitieren wollten. Viele „Verfolgte des Naziregimes", die nicht aus politischen Gründen eingesperrt waren, sondern wegen Devisenschmuggels, Schwarzschlächterei, Verdunkelungsdiebstahl und wie die mit Recht geahndeten Verbrechen alle hießen, wurden zu „Widerstandskämpfern im Geiste der Leute des 20. Juli". Tragikomisch wurde der Fall mit zunehmender Ost-West-Spannung, wenn von personengleichen Gremien Gedenksteine für die „Opfer des Stalinismus" und für die „Helden des 20. Juli" gesetzt wurden, wenn man also auch die „20.-Juli-Leute" Harro Schulze-Boysen oder Günter Weisenborn ehrte, die mit der „Roten Kapelle" ihren eigenen sowjetischen Spionagering als Kampfinstrument gegen Hitler und für Stalin hatten.

Wenn wir einmal die erwähnten ausgesprochen kriminellen Elemente ausnehmen, mit denen sich keiner solidarisch fühlen will, dann sind aber unwidersprochen und bisher in Westdeutschland eindeutig erkennbar, neben den Hochverrätern und moralisch nicht angreifbaren Widerstandskämpfern sowohl die westlichen als auch die östlichen Landesverräter von dem Begriff „20. Juli" erfaßt. Es wird zwar bei entsprechender Gelegenheit nicht in der Form artikuliert, aber doch praktiziert, indem man in den zuständigen Kreisen alle Versuche radikal und konstant ablehnt, den „20. Juli" von den belastenden Elementen zu säubern.

Zugegeben, daß mit einer solchen Prozedur schwerwiegende Probleme angerissen werden; aber hier müssen die Wahrheits- und Rechtsfanatiker der Frontgeneration unerbittlich bleiben und noch konsequenter wird die so skeptisch, kritisch und nüchtern erzogene deutsche Jugend sein, die genauso, wie die Vertreter der Frontgeneration wissen will, wer nun richtig handelte, derjenige, der an der Front und in der Heimat arbeitete und kämpfte, um die Einheit und den Bestand des Deutschen Reiches zu verteidigen oder derjenige, der gemeinsam mit dem feindlichen Ausland das Deutsche Reich zerschlug. Es wird sich dann sehr wohl zeigen, daß es hier nicht nur die beiden Pole Plus und Minus gibt; man wird gerade beim „Widerstand" sehr wohl die Nuancen der Skala erkennen, die von Rommel, den Geschwistern Scholl und Pastor Niemöller auf der einen Seite bis zu Canaris, Oster und Sorge auf der anderen Seite reicht.

Es hat sich auf der politischen Nachkriegsebene mehrfach gezeigt, daß keinerlei Schwierigkeit besteht, sich von der Frontgeneration her mit Widerstandskreisen zu verständigen und sogar zu gemeinsamer, in die Zukunft gerichteter politischer Aktion zu kommen, soweit beide Seiten in sauberer Gesinnung dort standen, wo sie standen.

Es ist die gleiche moralische Basis, die auch Soldaten einnehmen, die im Krieg als Feinde gegeneinander kämpften und nach dem Krieg sich ohne Haß gegenübertreten. Unversöhnlich werden sich aber bis ans Ende ihrer Tage die Landesverräter und die Vertreter der Frontgeneration gegenüberstehen, genauso unversöhnlich wie die anständigen und sauberen Kreise des Widerstandes den Verbrechern gegenüberstehen, die ohne Skrupeln Morde begingen und den deutschen Namen genauso beschmutzten wie die Kreise, die ihr Land an den Feind verrieten. Hier wie dort stehen die Toten — die Gefallenen und die Ermordeten — zwischen ihnen als unübersteigbare Barriere.

Erst wenn die Klärung erfolgt ist, wenn man also weiß, wo die zahlreichen, aktiv im politischen Geschehen unserer Tage stehenden Minister und Abgeordneten, Gewerkschaftsfunktionäre und sonstigen Exponenten des öffentlichen Lebens standen und stehen, kann die Lösung der deutschen Frage mit Erfolg erreicht werden, das heißt ohne die fürchterliche Gewißheit, daß die ausländischen Nachrichtendienste auch in einem wiedervereinigten Deutschland bis in die höchsten Spitzen der Gesellschaft ihre Agenten und ihre Kontakte haben.

Auch die ausländischen Partner, die mit Deutschen verhandeln, müssen wissen, daß sie es nicht mit Angehörigen eines verfilzten und kreuz und quer kontaktierten Agentenapparates zu tun haben, sondern mit unabhängigen, nur ihrem Land und ihrem Gewissen verpflichteten Patrioten. Mit solchen Deutschen — und nur mit solchen — können Lösungen erhandelt werden, die im Interesse aller liegen, die also die Garantie bieten, daß weder die Westmächte noch die östlichen Staaten befürchten müssen, ihre deutschen Verhandlungspartner seien ehemalige und damit ewige Mitarbeiter der Nachrichten- und Spionageorganisationen der Gegenseite. Hier ist auch in einem Renegaten oder Konvertiten, der also von einer Seite zur anderen wechselte, nicht unbedingt ein Positivum zu sehen, wie man vielfach glaubt. Es hat sich gezeigt, und das ist ein historisch vielfach untermauertes Phänomen, daß Konvertiten meist unversöhnliche Feinde werden, deren Haß blind macht für objektive Wertungen. Für unsere deutsche Frage heißt das, daß es gerade die ehemaligen Kommunisten und Marxisten sind, die als Komplicen des rheinbündischen Separatismus einer friedlichen Lösung der deutschen Frage hindernd im Wege stehen.

Das Wort vom Verrat, den man liebt, und dem Verräter, den man verachtet, hat auch heute und in alle Ewigkeit seine Gültigkeit. Solche Verräter an ihrem Vaterland werden natürlicherweise von ihren Auftraggebern genauso verachtet, wie von ihrem eigenen Volk. Sie

waren nur schmutzige Werkzeuge, die man nach ihrer Benutzung angewidert von sich wirft. Selbst wenn sie als Verhandlungspartner im weitesten Sinne akzeptiert würden, die in den Geheim-Archiven ruhenden Personalakten über ihre frühere Tätigkeit macht sie für jede Erpressung empfänglich und schon aus diesem Grunde untragbar für eine führende Position in einem unabhängigen, besatzungsfreien Staat.

Wenn es in dieser Frage eine innerdeutsche Versöhnung geben und damit auch die in obigem Sinne notwendige Voraussetzung für Wirkung nach außen geschaffen werden soll, dann müssen sich die Betroffenen auf folgende Thesen einigen:

a) Der „20. Juli 1944" als Begriff für den Widerstand gegen Hitler und den Nationalsozialismus ist vielschichtig und ohne Klärung in personeller Hinsicht weder positiv noch negativ zu bewerten.

b) Der „20. Juli 1944" umfaßt: Landesverräter aus Überzeugung und Landesverräter aus Egoismus, Hochverräter aus Überzeugung und Hochverräter aus Egoismus.

   Landesverrat jeder Form ist schimpflich. Landesverräter haben rücksichtslos aus jeder Öffentlichkeitsarbeit auszuscheiden. Hochverräter aus Egoismus, das heißt karrieremäßig Zurückgebliebene oder persönlich Verärgerte, von denen dieser Tatbestand bekannt ist, sind auch nicht tragbar. Hochverräter aus Überzeugung gelten als voll rehabilitiert.

c) Der „20. Juli 1944" umfaßt Mitarbeiter ausländischer Nachrichten- und Spionageorganisationen. Ohne Rücksicht, ob „Rote Kapelle", Secret Service, CIC oder Sûreté und ganz gleich, ob vor oder nach 1945, erkannte Mitarbeiter irgendeines ausländischen Nachrichtendienstes sind untragbar für jede Öffentlichkeitsarbeit.

d) Die Untersuchung, Klärung und Deutung des „20. Juli 1944" soll intensiv betrieben werden, besonders in den Schulen, den historischen Fakultäten der Universitäten und in den Volkshochschulen.

e) Die Ausschaltung der negativen Kreise des „20. Juli 1944" soll lautlos ohne zusätzliche Diskriminierung geschehen. Es soll ihnen die gleiche Toleranz entgegengebracht werden, die, mit der Forderung nach Generalamnestie für Kriegsverbrecher, denjenigen gezeigt wurde, die zum Teil ähnlich tragisch in Handlungen verstrickt wurden, die ihrem Charakter nicht unbedingt entsprachen.

5. Der deutsche Osten

> Als eine Nation haben wir den Deutschen politisch, wirtschaftlich oder kulturell keinen Schaden zugefügt, aber wenn nur ein einziger Pole in der Geschichte es tat, dann haben wir Grund, um Vergebung zu bitten.
> Aus dem Hirtenbrief der polnischen Bischöfe (März 1966)

Was jahrelang als das schwierigste Problem bei der Lösung der deutschen Frage wie heißer Brei umgangen wurde und nur sehr umschrieben und sporadisch bei Heimattreffen oder vor Wahlen in Flüchtlingskreisen rein emotional angesprochen worden ist, rückte jetzt durch die „Denkschrift der EKD" in das Zentrum politischer Diskussion: Die Frage nach den deutschen Ostgebieten besonders im Zusammenhang mit der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands. So viel auch für oder noch mehr gegen die EKD-Denkschrift gesagt werden kann, die Tatsache, daß diese wichtige Frage deutscher nationaler Politik von einer Kirche so vordergründig und zwingend behandelt wird, ist vernichtend für die politischen Parteien, die Parlamente und die Regierungen in Westdeutschland und wirft ein bezeichnendes Licht auf die Unwilligkeit dieser Kreise, ernsthaft an die Lösung der deutschen Frage zu gehen. Es ist deshalb auf jeden Fall grundsätzlich zu begrüßen, daß irgendwelche deutschen Stellen diesem politischen Immobilismus zu Leibe rücken, den wir nun seit vielen Jahren konstatieren müssen und der den Status quo der deutschen Spaltung mehr und mehr zementiert hat. Es ist auch unsachlich und unfair, wenn aus an sich kompetentem Munde erklärt wird, die Kirche sei für diese politische Frage nicht zuständig, gewissermaßen unter dem Motto: Pastor, bleib bei deiner Bibel! Die Aktion der Kirche war ja nur möglich, weil die zuständigen Stellen ihre Kompetenz durch jahrelanges Schweigen aufs Spiel gesetzt haben.

Wie wertvoll die Diskussion der bewußten Fragen ist — mit welchem ersten Ergebnis auch immer —, zeigt die Reaktion der polnischen Bischöfe, deren Brief an das deutsche Episkopat ohne Frage eine Re-Aktion war; dazu war der Zeitpunkt zu eindeutig. Eine spektakuläre Diskussion der Fragen ist schon deshalb richtig und wichtig, weil die deutsche Position gegenüber der polnischen aus verschiedenen Gründen überaus stark ist, sowohl rechtlich als auch moralisch. Nachdem ausnahmslos alle Vertriebenenverbände und auch die als revanchistisch verschrienen Parteikreise, die den Rechtsstandpunkt einnehmen, klar und unmißverständlich auf jede Gewaltlösung verzichtet haben, fällt jeder polnische Verdacht eines kriegerischen Revanchis-

mus in sich zusammen. Es müßte nicht schwerfallen, mit Geduld und viel Toleranz, nicht zuletzt fußend auf der Menschlichkeit, die in dem Schreiben der katholischen Bischöfe erkennbar wurde, eine europäische Lösung der Frage anzustreben. Man muß den chauvinistischen Kreisen in Polen klarmachen, daß sie vor folgender Alternative stehen, die unausweichlich ist:

Da der Status quo von keinem Deutschen hingenommen werden kann, weil weder die Teilung Deutschlands noch der Verzicht auf den deutschen Rechtsstandpunkt verewigt werden darf, gibt es nur folgende zwei Möglichkeiten:

> Es ist Glaube genug, zu glauben, daß Gott ist und daß er will, wir sollen die Wahrheit suchen und es ist Glaube genug, den Lichtschein zu grüßen fern über unserem Weg.
>
> Wilhelm Pleyer

Entweder:

Nach der Wiedervereinigung der beiden jetzigen provisorischen deutschen Teilstaaten DBR und DDR, die nur im Sinne der Unabhängigkeit von den beiden Machtblöcken und mit Garantieversprechen an alle deutschen Nachbarn vor sich gehen kann und bei der durchaus gewisse Gedanken von Rapacki berücksichtigt werden können, treten polnische und deutsche Kreise avantgardistisch in Aktion für die Bildung eines Vereinten Europas, in dessen Rahmen dann die Frage der deutschen Ostgebiete für beide Teile zufriedenstellend gelöst werden kann.

So wie Eupen-Malmedy, Elsaß-Lothringen, Südtirol und Nordschleswig im Westen, so werden Pommern, Schlesien, Ostpreußen und das Sudetenland im Osten Bindeglieder der Völker in einem Europa, in dem für alle Zeiten ein europäischer Bruderkrieg ausgeschaltet ist, in dem die Vergangenheit mit ihren düsteren Schatten zugunsten einer besseren Zukunft ad acta gelegt wird.

Die polnische und die deutsche Jugend, zusammen mit der Jugend ganz Europas, kann alle Ressentiments der Vergangenheit beiseiteschieben. Die Jugend wird den Alten den Haß lassen, wenn sie ihn behalten wollen. Sie wird die Alten, die in Auschwitz oder Lidice den Haß gegen Deutschland predigen, genauso isolieren, wie die Alten, die mit der Bromberger Blutnacht den Haß gegen Polen oder die mit Katyn den Haß gegen Rußland oder die mit Freudenstadt den Haß gegen Frankreich konservieren wollen.

Auschwitz und Bromberg und Katyn und Lidice und Freudenstadt sollen eines Tages nur noch Mahnmale der Versöhnung sein,

Zeugen für die Schwere der Geburt des Kindes, das Europa heißt.

Vestigia terrent!

Oder:

Man negiert oder bagatellisiert alle bösen Erfahrungen, die mit dem Versailler Diktat gemacht wurden und erzwingt bei Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands von den deutschen Unterhändlern unter Verzicht auf den deutschen Rechtsstandpunkt und gegen den neutralisierten Willen nicht nur der Heimatvertriebenen, sondern aller Deutschen die von Polen geforderte Unterschrift zur Anerkennung der jetzigen Grenzen. Die Unterzeichner werden bei nächster Gelegenheit abgewählt, der starre polnische Standpunkt ruft bei den Deutschen zwangsläufig antipolnische Gefühle hervor, die von radikal-chauvinistischen Kreisen jetzt mit Erfolg geschürt und ausgenutzt werden können.

Die dann existenzberechtigten revanchistischen deutschen Kreise erstreben entweder mit antibolschewistischem Affekt gegen die bestehenden Abmachungen eine Allianz mit anderen Kräften und eine kriegerische Lösung zur Rückgewinnung der deutschen Gebiete oder man geht unter mehr politischem Aspekt doppelgleisig wie folgt vor: Bei starkem offiziellem Ausbau guter Beziehungen zur Sowjetunion wird untergründig eine antirussische polnische Bewegung finanziert und gefördert, die systematisch auf den Bruch zwischen der Sowjetunion und Polen hinarbeitet. Das Ziel wäre, Polen erneut in seine Bestandteile aufzuteilen. Wer die polnischen Gefühle gegenüber Rußland kennt, weiß, daß diese Hypothese gar nicht so utopisch ist, wie sie jetzt erscheinen mag.

Es kommt hinzu, daß diese Ideen nicht in den nächsten 10 bis 15 Jahren verwirklicht werden müssen. Wie sich in 20 Jahren Strukturen in einem Volk und innerhalb einer Völkergemeinschaft ändern können, lehrt die Geschichte und gerade auch die Geschichte Osteuropas. Die Spuren des Versailler Diktats sollten hier wirklich schrecken.

Wir wollen und können hier nicht in letzte Einzelheiten gehen. Wir wollen weder die Curzon-Linie ins Spiel bringen und prüfen, ob West- und Ost-Polen kommensurable Größen sind, noch die sonstigen historischen und pseudohistorischen Thesen auf ihren Wert oder Unwert untersuchen. Es soll nur angedeutet werden, wie kurzsichtig und verantwortungslos die Siegermächte in Jalta und letztlich auch in Potsdam vorgingen, als sie sich selbst entlarvten und höchstpersönlich ihre eigenen Lügen widerlegten, der Zweite Weltkrieg wäre ein Krieg gegen Hitler oder den „Nazismus" gewesen. Es war ein gewollter, brutaler, imperialistischer Krieg gegen Deutschland,

genau wie der Erste Weltkrieg nicht gegen den Kaiser, sondern auch gegen Deutschland, gegen das deutsche Volk geführt wurde. Auch hier muß wieder auf die teuflische Rolle verwiesen werden, die die Vereinigten Staaten von Amerika in der Person ihres Präsidenten Roosevelt spielten, der europafremd wie Wilson, auch hier ein politisches Chaos oder — als besseres Beispiel — einen neuen schier unentwirrbaren gordischen Knoten hinterließ, der alle künftigen deutschen Staatsmänner zwingen wird, erfolglos zu sein, weil niemand ein Alexander sein möchte. Noch ist es nicht zu spät, die Fehler zu revidieren. Es kann nicht deutlich und nicht eindringlich genug davor gewarnt werden, wieder wie nach dem 1. Weltkrieg Krisenherde zu hinterlassen, die dann, zu welchem Zeitpunkt auch immer, die gleichen Folgen haben könnten,wie Danzig und der Korridor. Alle friedliebenden Völker sollten mit allen erdenklichen Mitteln auf alle ansprechbaren polnischen Kreise einwirken, bei kommenden Verhandlungen nicht auf Maximalforderungen zu bestehen, konkret gesagt, einer Wiedervereinigung Deutschlands nur zuzustimmen, wenn die deutschen Verhandlungspartner die Oder-Neiße-Grenze anerkennen.

Eine deutsche Delegation, die aus mittel- und westdeutschen Vertretern bestehen kann, die zu endgültigen Verhandlungen über die deutsche Frage, aller Wahrscheinlichkeit nach im Rahmen internationaler Gremien, vor die teuflische Alternative gestellt wird

Wiedervereinigung bei Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze

oder

Keine Wiedervereinigung, da keine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze

muß unter allen Umständen der Wiedervereinigung zustimmen, weil sie andernfalls mit Recht zum Teufel gejagt gehört. Diese deutschen Unterzeichner des Vertrages würden aber den gleichen Makel des Verrats spüren, wie ihn die Unterzeichner des Diktats von Versailles mit sich trugen. Auch der Zwang der Alternative wird sie vor den Folgen nicht schützen, so daß sie früher oder später von nationalistischen Kreisen verdrängt werden, die das „Diktat von X" dann genauso wenig anerkennen werden, wie die nationalen Kreise nach dem 1. Weltkrieg sich nicht mit dem Diktat von Versailles abfanden.

Nur wenn die polnische Regierung und als entscheidender Faktor die Regierung der UdSSR den ersten Schritt zur Wiedervereinigung Deutschlands, also die Vereinigung von DBR und DDR ohne Forderung auf Grenzbestätigung zulassen, kann eine friedliche europäische Lösung erreicht werden, wie sie vorstehend aufgezeigt wurde, weil

nur dann die dynamischen und nationalen Kräfte in Deutschland auf die europäische Aufgabe gelenkt werden können.

Es muß noch ein Wort an die andere Seite gerichtet werden, von denen entscheidend das Schicksal Deutschlands abhängt: Die heimattreuen Vertriebenen und Flüchtlinge, deren Heimatrecht unbestritten ist, sind nicht nur Objekt, sondern auch Subjekt in der gesamten deutschen Nachkriegsverworrenheit. Da eine Lösung der deutschen Frage nur in Phasen möglich ist, muß und kann der erste Schritt ausschließlich die Wiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland sein, das heißt nämlich, genauer gesagt, die dadurch allein mögliche Bildung einer einzigen deutschen Zentralregierung. Alle Fragen des deutschen Ostens können — wie auch immer — niemals von einer provisorischen teildeutschen Regierung, sondern nur von einer deutschen Zentralregierung angegangen werden. Alle Abmachungen der provisorischen Regierungen in Bonn und Pankow sind für die Zukunft nicht das Papier wert, auf dem sie niedergelegt sind.

Was die Diskussion um die deutschen Ostgebiete bis zur Unerträglichkeit steigert, ist die Tatsache, daß die berechtigten, glaubwürdigen und ehrenhaften Argumente heimattreuer Vertriebener von deutschen Vaterlandsverrätern, und zwar von den rheinbündischen Separatisten, unverändert übernommen werden. Es klingt wie Hohn und treibt einem die Schamröte ins Gesicht, wie die gleichen Personenkreise, die an Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy oder Südtirol nicht einmal mehr denken und die zum Teil offen oder versteckt, angeblich im Namen Europas, wie sie das westliche Resteuropa nennen, bedenkenlos gegen die Rückgliederung der deutschen Saar agitiert und agiert haben, geradezu heldenmütig als Vorkämpfer für den deutschen Osten auftreten. Hier ist es vor allem die Aufgabe der Vertriebenen, sich ihre Kampfgenossen sehr genau anzusehen und zu prüfen, wie weit durch die verfrühten und überspitzten Maximalforderungen, nur überaus geschickt, unter Ausnutzung echter nationaler Gefühle der Vertriebenen und anderer nationaler Deutscher, die erste Phase zur Lösung der deutschen Frage, nämlich die friedliche Wiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland, verhindert werden soll. Wie schon angedeutet, spielt der Europa-Gedanke stark in diese Frage des deutschen Ostens hinein.

6. Der Europa-Gedanke

Die Sowjets können sich keinen besseren Bundesgenossen wünschen als die Hysterie der anderen.

John Steinbeck

Wie mit Freiheit und Demokratie ist auch mit dem Begriff Europa Schindluder getrieben worden. Besatzungshörigkeit und Separatismus, Feigheit und satte Bequemlichkeit, alles wurde umschrieben mit dem Begriff, der uns Deutschen in der Substanz heilig ist und der von Deutschen, die kaum diesen Namen verdienen, so strapaziert wurde, daß ein radikaler Gegensatz von Europa und Deutschland entstand, weil das von falschen Propheten propagierte Europa nicht nur ein Resteuropa ist, sondern weil dieses Europa die Spaltung Deutschlands garantiert. Nicht allein, daß man mit der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Integration des provisorischen westdeutschen Teilstaates in ein Teil-Europa die Wiedervereinigung Deutschlands verhinderte, man spaltete zusätzlich Europa und vertiefte die bestehenden Gegensätze von Jahr zu Jahr mehr, anstatt diese innerdeutschen und innereuropäischen Gegensätze allmählich und systematisch abzubauen.

Wie die Konstruktion des westeuropäischen vielseitigen Apparates von Anbeginn nur die eine — und keine dem deutschen Volk vorgetäuschte irgendwie andere — Aufgabe hatte, Deutschland, und zwar Deutschland ohne Hitler und ohne NSDAP und ohne Kaiser, für ewig und alle Zeiten im Zustand der Knechtschaft zu halten, geht aus einem Zitat in den Memoiren eines der Hauptverantwortlichen dieser antideutschen Politik, des damaligen britischen Außenministers und späteren Premierministers Anthony Eden ,hervor. Er berichtet über die Berliner Konferenz des Jahres 1954 und schreibt:

„Am 27. Januar war Molotow bei mir zum Abendessen, so daß ich etwas von seinen Absichten über Deutschland erfahren konnte. Ich erklärte ihm, wir seien ebenso wie die Sowjetregierung darauf bedacht, jegliches Wiederaufleben der deutschen Gefahr zu verhüten. Nach unserer Überzeugung sei die EVG die beste, ja, die einzige von irgendwelcher Seite vorgeschlagene Methode. Ich zählte dann alles auf, was für die EVG sprach. Es sollten nur zwölf deutsche Divisionen aufgestellt werden, die von ausgesprochen friedliebenden Ländern, wie Frankreich, Holland und England, überwacht würden; Deutschlands Rüstungsproduktion würde unter internationaler Kontrolle stehen; die zwölf Divisionen, neben denen nur eine taktische Luftwaffe, aber keine Flotte oder Atomwaffen vorgesehen seien, würde die deutsche Wirtschaft ebenso beanspruchen wie Hitlers Streitkräfte im Jahre 1939 und nicht der Kontrolle durch eine deutsche Nationalregierung unterstehen ..."

Die deutschfeindliche und damit europafeindliche, weil separatistische Politik wurde noch zusätzlich antieuropäisch, indem man den größten Teil machtpolitischer Befugnisse in das Pentagon, das Weiße Haus und in die Wallstreet delegierte und somit das Teileuropa im Westen nicht nur zum Festlandsdegen der USA machte, sondern auch einer wirtschaftlichen und kulturellen amerikanischen Überfremdung ungehemmten Lauf ließ, mit Folgen, die heute auch Mitverantwortliche von damals teilweise schaudern lassen.

Es sollen hier weder Parteien noch Personen genannt werden, die für die Politik der westlichen Schizophrenie im wahrsten Sinne des Wortes — Schizophrenie heißt Spaltungsirresein — die Mitverantwortung auf deutscher Seite tragen. Von der bundesdeutschen politischen Prominenz wäre es leichter, die Handvoll deutschbewußter Männer zu benennen, die, leider viel zu zahm, der Entwicklung entgegenwirkten.

Es wird unser Stolz sein, die wir, verfemt, verfolgt, verketzert und verlacht, unbeirrt der Idee des ganzen Deutschland und damit des ganzen Europa die Treue hielten, wenn mehr und mehr die Politik der Narrheit und der Feigheit als solche erkannt wird und wenn die für Europa begeisterte deutsche Jugend für Europa und für Deutschland arbeiten und kämpfen kann, während sie früher nur dann für Europa sein durfte, wenn sie gleichzeitig gegen Deutschland war. Wir erhalten Mithilfe von einem Mann, der heute ein großer Europäer geworden ist: Charles de Gaulle.

So dringen heute die Thesen, die wir deutschbewußten Europäer seit fast 20 Jahren vertreten und die verfälscht oder totgeschwiegen wurden, mehr und mehr in das Licht:

Wer Europa will, muß zuerst das Deutsche Reich wollen!

und

Die Wiedervereinigung Deutschlands ist der erste Schritt zur Vereinigung Europas!

Man hat von westdeutsch-separatistischer Seite die westeuropäische Integrationspolitik auch als einen Versöhnungsakt mit unseren westlichen Nachbarvölkern verteidigt; wer sollte als Deutscher nicht aus vollem Herzen ja sagen zu einer Politik des Friedens und der Freundschaft mit Franzosen, Engländern, Holländern, Belgiern, Italienern, Schweden, Dänen und Norwegern? — Als gesamtdeutsch und gesamteuropäisch fühlende Deutsche fragen wir aber: Muß das auf Kosten der Freundschaft mit unseren osteuropäischen Nachbarn geschehen? Und man soll nicht mit deklamatorischen Phrasen vom „Frieden auch mit den osteuropäischen Nachbarn einschließlich der

Sowjetunion" kommen, wenn man gleichzeitig unbeirrt die US-amerikanische Einkreisungspolitik nicht nur mitmacht, sondern noch radikaler als der frühere Außenminister der USA, Dulles, alle politischen, wirtschaftlichen und ganz besonders militär-strategischen Maßnahmen, für jeden Osteuropäer sichtbar, ausschließlich gegen den Osten mit nur einem potentiellen Gegner richtet und diese Konzeption bei jeder Gelegenheit unmißverständlich zum Ausdruck bringt. Ich habe keinen Grund, die Politik der Sowjetunion von gestern und heute zu verteidigen. Ich gehöre auch nicht zu den intellektuellen Schwärmern und Schwätzern, die übersehen, daß im Grundsatz, in der Theorie wie in der Praxis, der Gedanke der kommunistischen Weltrevolution besteht und immer eine Gefahr für die Menschheit bedeutet, und zwar, weil sich die Dogmatiker des Marxismus aus gewisser historischer Sentimentalität und aus ideologischer Grundsatztreue nicht von der These lösen können. Mit Mao Tse-tung konfrontiert, kann es der Kreml heute weniger denn je, obwohl ich die Herren des Kreml für intelligent und nüchtern genug halte, erkannt zu haben, wie die Utopien des Marxismus sich selbst ad absurdum führten.

Die bereits angedeutete Spannung zwischen Peking und Moskau ist nur scheinbar ideologisch, in Wahrheit ist sie geopolitisch, historisch und wirtschaftlich bedingt; sie bringt auf jeden Fall eine Variante in die Politik des internationalen Kommunismus, die zum Umdenken auffordert. Es muß außerdem erkannt werden, daß die Einheit von Partei und Staat in der Sowjetunion nur bedingt besteht. Die Interessen von beiden sind nur selten kongruent, sie können sich unter Umständen diametral entgegenstehen. Der Auftrag der Partei, die Erringung der kommunistischen Weltherrschaft ist nach Lenin, gegen Trotzki, seit Stalin unter allen Umständen den Interessen des Staates untergeordnet. Gerade in der sogenannten ideologischen Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking zeigt sich, daß diese nur vorgetäuscht ist, um den staatsbedingten Pragmatismus zu bemänteln. Hier sind die Äußere Mongolei und Sinkiang neben konkreten Ansprüchen in Asien, wozu auch Sibirien zählt, interessantere Themen als alle Ideologie.

Noch etwas muß gesagt werden, und nach allem was in den letzten 15 Jahren geschehen ist, nehme ich das Recht dafür für mich in Anspruch, und hoffe weder gutwillig noch böswillig mißverstanden zu werden. Es steht heute fest, daß die USA und England, in gewissem Sinne auch Polen, die Hauptverantwortung für den Ausbruch und die Ausweitung des Zweiten Weltkrieges tragen. Wir wissen heute, daß Frankreich wenig Schuld daran trifft. Wenn es Deutschland den Krieg erklärte, dann nicht ohne Zwang. Ob es uns als Deutschen

nun angenehm ist oder nicht, ob wir die veränderte Lage 1940/41 gegenüber 1939, mit dem Finnlandkrieg, den Gebietsforderungen auf dem Balkan, dem Vertrag mit Japan, dem Molotowbesuch in Berlin und dem Truppenaufmarsch an der deutschen Ostgrenze berücksichtigen oder nicht; ob wir die Hypothese anerkennen wollen oder nicht, es wäre ein Präventivkrieg gewesen; historisch ist es Hypothese und in der Geschichtsschreibung zählt sie nicht. Da zählen nur Tatsachen und diese sind, daß Deutschland — vor der Geschichte ist es nicht Hitler, sondern Deutschland — am 22. Juni 1941 den Krieg gegen die Sowjetunion begann.

Nach den anderen europäischen Bruderkriegen begann ein weiterer, mit Opfern auf beiden Seiten, wie sie kaum ein anderer Krieg je forderte. Die Ereignisse sind in ihrer apokalyptischen Dramatik weithin bekannt. Haß und Rache in Aktion und Reaktion wirken in der Erinnerung beider Völker nach und werfen den tiefsten Schatten auf Europa, und zwar auf das ganze Europa.

Das deutsche Volk will heute Frieden; Frieden mit aller Welt und in aller Welt, ganz besonders aber mit den Völkern, mit denen jedes Volk am schwersten Frieden halten kann, mit seinen Nachbarn. Und hier nun, das kann nicht eindringlich genug gesagt werden: mit allen Nachbarn, ob im Westen oder im Osten.

So sehr die Friedensliebe des deutschen Volkes echt und spontan ist, auch aus politischer Zweckmäßigkeit, nämlich für die Wiedervereinigung Deutschlands, brauchen wir Frieden. Selbst der dümmste Fanatiker weiß, daß für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in erster Linie die Zustimmung der Sowjetunion notwendig ist. Es ist deshalb entweder dumm oder vom nationalen Standpunkt aus gesehen ein Verbrechen, wenn die Zustimmung der UdSSR zur Wiedervereinigung Deutschlands dadurch unmöglich gemacht wird, daß der zu vereinigende Westteil Deutschlands mit Aufsehen erregender Deutlichkeit in die antisowjetische Allianz integriert wird. Gleichzeitig wird die Wiedervereinigung Deutschlands von den Integrationspolitikern als ein Anschluß der „Sowjetischen Besatzungszone“ an den „Freien Teil Deutschlands“ gesehen und entsprechend deklariert, bei gleichzeitiger Betonung, das wiedervereinigte Deutschland müßte integrierender Bestandteil des „freien Westens“ sein. Was diese „Politik“ zur Komödie macht, ist die Tatsache, daß die Verantwortlichen dafür ausschließlich selbstgerühmte Widersacher Hitlers waren, die ihn nicht zuletzt wegen seiner Kriegspolitik bekämpften bzw. bekämpft haben wollen. Dieselben Leute geben sich heute unter amerikanischer Ägide antibolschewistischer als es die gesamte Reichsregierung unter Hitler war. Daß die Sowjetunion einem solchen Konzept der Wiedervereinigung niemals ihre Zustimmung ge-

ben kann, müßte selbst dem letzten Hilfsschüler einleuchten. Deshalb kann den Machthabern im Kreml kaum ein Vorwurf gemacht werden, wenn sie in Bonn das sehen, was sie bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck bringen. Wenn das deutsch-sowjetische Verhältnis verbessert werden soll, dann kann das nicht mit Friedensnoten geschehen, sondern nur durch eine radikale Änderung der Politik. Für eine Verbesserung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses könnte auch ein Studium der jüngeren Geschichte beitragen, wenn auch auf Kosten ehemaliger Alliierter der UdSSR.

Eine der wichtigsten Fragen des letzten Krieges lautet: Warum griff Hitler die Sowjetunion gegen jede Regel der Strategie und gegen eigene in „Mein Kampf" geäußerte Ansichten an, bevor England besiegt war? Ein genaues Studium der Widerstandsliteratur kann hier klärend wirken. Die Zitate, die in diese Richtung weisen, lassen den Schluß zu, daß die verschiedenen Widerstandskreise, die stark anglophil und zum Teil antislawisch eingestellt waren, systematisch und gezielt, um England zu retten, die auf England gerichtete Schwertspitze Deutschlands von der Insel weg gegen Rußland lenkten. Der Vorgang ist am Rande eine Satire in sich, wenn man bedenkt, wie dieser Personenkreis den Mann bekämpft, dessen anglophile und antislawische Haltung historisch erwiesen ist. Daher mußte es auch leichtfallen, Hitler das eigene Konzept der Rettung Englands mit satanischem Geschick beizubringen.

Ich wiederhole hier, was ich mehrfach geäußert habe: Man gebe mir die Meldungen, die der Chef der deutschen Abwehr in der Zeit nach dem Frankreichfeldzug bis zum Frühjahr 1941 über England und die Sowjetunion seinem Obersten Befehlshaber vorlegte, und ich bin bereit mit letzter Schlüssigkeit dieses Kapitel des Zweiten Weltkrieges zu schreiben, über das Phänomen, das selbst Churchill nicht verstehen konnte, weil er den „besten Mann des Secret Service" unterschätzte.

Aus der Unzahl der vorliegenden Zitate seien nur folgende angeführt:

Der Chef der deutschen Abwehr, Admiral Canaris, schrieb am 2. September 1939 in sein Tagebuch:

> „Deutschland darf diesen Krieg nicht gewinnen."

Der Biograph Canaris', Karl Heinz Abshagen, schreibt:

> „... Er sollte noch öfters in den nächsten Jahren durch die Unentschlossenheit der britischen Politik enttäuscht werden, ohne daß seine Haltung gegenüber Großbritannien dadurch geändert worden wäre. Canaris hatte sein ganzes Leben hindurch Sympathie und Hochachtung für die Engländer ..."

Der Sprecher des Kreisauer Kreises, Helmuth James von Moltke, schrieb im Jahre 1942 einen Brief nach England, der wie folgt schließt:

> „... Wir wissen, daß der Erfolg unseres Kampfes wahrscheinlich unseren vollkommenen Zusammenbruch als nationale Einheit bedeuten wird. Aber wir sind bereit, dem ins Auge zu schauen. ... Wir vertrauen darauf, daß Ihr die Sache durchsteht, ohne zu wanken, und wir sind bereit, das Wenige zu tun, das wir können. Wir hoffen, Ihr seid Euch darüber im klaren, daß wir bereit sind, Euch zu helfen, den Krieg und den Frieden zu gewinnen. Stets Dein H.v.M."

In seinem Buch „Offiziere gegen Hitler" schreibt Fabian von Schlabrendorff unter anderem, er habe vor dem Krieg bereits Churchill, Lord Lloyd und Vansittard militärische und politische Einzelheiten besonders über den Stalin-Hitler-Pakt mitgeteilt. Er schreibt dann wörtlich zu dem Plan Hitlers, in England zu landen:

> „Tresckow war überzeugt, daß ein Erfolg der Invasion Englands die Herrschaft Hitlers über Europa bedeuten würde. Diesen Erfolg unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu verhindern, auch auf Kosten einer schweren Niederlage des Dritten Reiches, war unsere vordringliche Aufgabe."

Es ist ein Prinzip jahrhundertelanger angelsächsischer Politik, sich mit der zweitstärksten Kontinentalmacht gegen die stärkste zu verbünden. Diese „Balance of Power" war mit dem deutsch-sowjetischen Pakt vom 23. 8. 1939 zerschlagen. Hitler ging offensichtlich auf den Leim der britischen Agenten und ermöglichte mit seinem Angriff gegen die Sowjetunion, Großbritannien und im Hintergrund Amerika nun die immer erfolgreiche Politik zu führen. Als Nebenprodukt dieser britischen kontinentfeindlichen Politik des Zweiten Weltkrieges lieferte man nicht nur ganz Osteuropa der Sowjetunion aus, sondern brachte dazu noch Westeuropa in absolute Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten von Amerika.

Es ist deshalb ein historischer Vorgang, wenn in diesen Tagen Frankreich die ersten Schritte tut, Europa von dem amerikanischen Imperialismus zu befreien. Nach allem, was de Gaulle von 1940 bis weit in die Nachkriegszeit hinein gegen Deutschland und die deutschfreundlichen Franzosen getan hat, fällt es mir nicht leicht, aber die Objektivität verlangt es, zu sagen, daß de Gaulle zur Zeit der größte lebende Europäer werden kann. Er tut im Augenblick für die Befreiung Europas und damit für die europäische Wirtschaft, die europäische Kultur und für die gesamte europäische Zukunft mehr als die Schwätzer zusammengenommen, die Europa sagen und die in Europa nichts anderes als das Anrainergebiet des Atlantik sehen. Die Befreiung Europas von dem amerikanischen Kolonialismus, die dazu noch friedlich vor sich geht, reiht de Gaulle ein in die lange Reihe

der großen Europäer, die unseren Kontinent gegen fremde Herrschaft verteidigten oder von fremder Herrschaft befreiten, von Karl Martell über Prinz Eugen bis hin zu den europäischen Freiheitskämpfern der jüngeren Geschichte.

Es wird noch schwere Belastungsproben geben, bis der letzte Amerikaner Europa verlassen hat. Es wird auch noch ernste Stunden für die deutsch-französische Freundschaft geben. De Gaulle wird noch vor die Frage gestellt sein, ob er tatsächlich bis zur letzten Konsequenz der große Europäer ist oder ob er nur als ein bedeutender Franzose in die Geschichte eingehen wird. Das hängt dann allerdings auch davon ab, welche Deutschen die nächsten Schritte auf der verantwortlichen Ebene tun, ob es halbdeutsche Amerikaner oder ganzdeutsche Europäer sein werden. Es hängt schließlich aber entscheidend von der westdeutschen Bevölkerung ab, ob sie den Zustand der Spaltung mit der dauernden Kriegsdrohung in satter Selbstgenügsamkeit weiter ertragen will oder ob sie mit Stolz und Entschlossenheit, in patriotischem Geist und getragen von europäischem Verantwortungsbewußtsein, endlich den Mut aufbringt, sich von den Kräften zu lösen, die in zwanzig Jahren ihre politische und staatsmännische Unfähigkeit bewiesen haben.

7. Das deutsche Wirtschaftswunder

Lieber in Armut frei,
als reich und in Ketten.
Sekou Touré

Ob die wirtschaftliche Lage des einzelnen Bundesbürgers und zwar aller Bürger mit dem Ausdruck „Wunder" umrissen werden kann, soll dahingestellt bleiben. Auch wenn man die Lage der Rentner, der Kriegsopfer und anderer Mitbürger betrachtet, die im Schatten des sogenannten Wirtschaftswunders stehen, und auch wenn man berücksichtigt, daß noch niemals in Friedenszeiten soviel Familienangehörige mitarbeiten mußten, um das heute übliche Existenzminimum zu verdienen, und auch wenn man die Unterschiede zum Lebensstandard der Bevölkerung in Mitteldeutschland bedenkt, nicht zuletzt wegen des vermeintlich höheren Lebensstandards fühlte sich die Masse der westdeutschen Bevölkerung wirtschaftlich zufrieden und existentiell geborgen, was sich zwangsläufig positiv auf das Verhalten zu den herrschenden politischen Parteien auswirkte. Es gibt ein Naturgesetz, das man bedauern kann, das aber offensichtlich ewig gültig ist, daß man nämlich nationale Fragen nur mit den sozial Unterdrückten lösen kann. Es mögen andere als sozial-psychologische Gründe mitsprechen, es bleibt dennoch die Tatsache bestehen, daß gerade im heute gespaltenen Deutschland die Lösung der nationalen Frage eng mit der Lösung der sozialen Frage verbunden ist und zwar gleich in doppelter Hinsicht; einmal, weil die Lösung der deutschen Frage an der unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Struktur in den beiden deutschen Teilstaaten nicht vorbeigehen kann und zum andern, weil hiermit ursächlich zusammenhängend, bei den Überlegungen nach einem zukünftigen Deutschland, die eigene, ganz persönliche soziale Lage sehr intensiv mit bedacht wird. Es wäre weltfremd, die Haltung zu verurteilen oder zu bagatellisieren. Wer politisch wirken will, ohne den sacro egoismo des Einzelnen ins Kalkül zu ziehen, der wird ewig Sektierer bleiben. Wer aber den unheiligen Egoismus zur alles beherrschenden Weltanschauung macht, wie es nach 1945 im Sinne des Liberalismus in Deutschland geschah, der wird nach Anfangserfolgen schließlich so jämmerlich scheitern, wie wir es jetzt bereits spüren und wie wir es in den kommenden Monaten und Jahren in aller Deutlichkeit erleben werden. Nachdem man den Eigennutz gehegt und gepflegt hatte, erkannte man zu spät, in welches soziale, wirtschaftliche und sittliche Chaos man die westdeutsche Gesellschaft geführt hat. Man hatte die Vereinigten Staaten von Amerika als abschreckendes Beispiel vor Augen. Amerika wurde aber nicht abschreckendes Beispiel, sondern Idol. Die gesamte führende

Gesellschaft der Bundesrepublik begab sich nicht nur kulturell und geistig, sondern auch materiell auf das Niveau der Prostitution und des hemmungslosen Opportunismus im weitesten Sinne.

Aus dem Wust von täglichen Ereignissen, die man seit Jahren registrieren kann, seien nur einige besonders markante Beispiele herausgegriffen, die man immer unter dem Aspekt betrachten soll, wie solche Beispiele auf die breite Masse der Bevölkerung wirken, wie schlechte Vorbilder radikal gute Sitten verderben.

Unmittelbar nach dem die gesamte Nation bewegenden heldenhaften Aufstand der deutschen Arbeiter am 17. Juni 1953 in Berlin und Mitteldeutschland werden bei Bundespräsident und Bundeskanzler die Gehälter um einen Betrag erhöht, der in keinem Verhältnis zu den Lohn- und Gehaltserhöhungen der Angestellten und Arbeiter steht.

Die laufenden Erhöhungen der Bundes- und Landtagsdiäten, die fast einstimmige Zustimmung erhalten, werden mit einem Zynismus verteidigt, der an die Geisteshaltung von bestimmten Kreisen erinnert, die auch das preisbestimmende Monopol in ihrem Milieu besitzen.

Höhepunkt oder besser Tiefstpunkt dieses in jeder Legislaturperiode fälligen Vorgangs war die Begründung aus dem Munde des Präsidenten der höchsten deutschen Legislative für die Erhöhung der Diäten: Damit solle die Unabhängigkeit der Abgeordneten gewährleistet werden; sie sollten immun gemacht werden gegen Bestechlichkeit und Käuflichkeit. Was muß man von der sittlichen und moralischen Haltung eines Parlaments halten, das nicht wie ein Mann aufsteht und dagegen protestiert, daß man sie für bestechliche und käufliche Subjekte hält; daß sie nur mit Geld gegen Käuflichkeit immun zu machen seien. Als ob es den Begriff Ehre nicht mehr gibt! Als ob man nie etwas von Preußentum gehört hat! — Ja, der einzige Abgeordnete, der ernsthaft gegen die Diätenerhöhung protestierte, mußte es sich gefallen lassen, wie ein Verbrecher beschimpft zu werden.

Eng hiermit verknüpft ist das größte separatistische Verbrechen, das man, seit dem Bau der Berliner Mauer, in Bonn vorbereitet: den Bau des neuen Bundeshauses. Dieses Bauwerk wäre, wenn es je zur Ausführung gelangt, ein schlimmeres Symbol der deutschen Spaltung als die Mauer in Berlin, das uns tiefer ins Herz trifft, weil es indirekt wirkt. Wenn es nicht gelingt, mit allen Mitteln den Bau dieser separatistischen Zwingburg zu verhindern, dann wird es die Aufgabe deutschbewußter Menschen sein, genau wie in Berlin an die Mauer, Ausländer vor das neue Bundeshaus zu

führen, um ihnen an Hand dieses Schandmals die Tragödie der deutschen Spaltung vor Augen zu führen. Wir werden genau registrieren, von den Planern über den Architekten, den Baumeister bis hin zum letzten Hilfsarbeiter, wer sich an dem Bau beteiligt. Sie werden in die deutsche Geschichte eingehen als die Handlanger der deutschen Spaltung, die auf einer Stufe stehen mit den Maurern in Berlin, die das andere separatistische Schandmal aus Stahl und Beton geschaffen haben.

Daß dieser Wahnsinnsbau bundesdeutscher Gigantomanie Hunderte von Millionen kosten wird, in einer Zeit, wo Geld für Schulen und Universitäten an allen Ecken und Enden fehlt, macht das Verbrechen noch größer, wenn man gleichzeitig vernimmt, wie von höchster Stelle die Bevölkerung angehalten wird, zu sparen und maßzuhalten. So wirkte es auf die Bevölkerung auch höchst schockierend als bekannt wurde, daß der Etat des Bundespräsidenten genau zu diesem Zeitpunkt der Sparsamkeit über Gebühr erhöht werden soll und wenn der Bundeskanzler sich auf Kosten der Steuerzahler eine Zugangsstraße zu seinem Bungalow bauen läßt.

Es geht hier nicht um die Höhe der Summe; angesichts des bundesdeutschen Etats ist sie gering. Es geht in jedem Fall um den Stil. Wenn das dann noch alles geschieht, ohne ernsthaften Widerspruch; wenn es bis auf hoffnungslose Einzelgänger keinerlei dagegen vorgehende Opposition gibt und wenn die sonst so kritische Presse, bis auf wenige Ausnahmen, nur mit verschwindenden Randnotizen solche Mißstände meldet, dann muß das verheerende Folgen auf die Geisteshaltung der Bevölkerung haben; dann ist die logische Konsequenz: Opportunismus, Prostitution und krassester Egoismus.

Wer nicht die primitivste Grundregel jeder Menschenführung beherrscht, und zwar gültig von der Familie über größere Gemeinschaften bis hin zur Massengesellschaft, daß nämlich vorleben immer die beste und wirkungsvollste Erziehungs- und Führungsmethode ist, der muß jede Verbindung zu den Geführten verlieren und damit scheitern. Ich halte die These aufrecht, die ich seit Jahren vertrete:

Die deutsche Frage ist erst in zweiter Linie ein politisches, in erster Linie ist sie ein charakterliches, ein moralisches Problem. Nicht die Partei mit den besten Rednern und Debattierern wird deshalb die deutsche Frage lösen, sondern die mit Männern an der Spitze, deren Charakter und deren unbestechliche Haltung für jeden Bürger vorbildlich ist. Man kann den jedem Menschen naturgegebenen Egoismus nicht vollständig abtöten, aber man muß ihn im Rahmen halten, man muß ihn in Einklang bringen mit den Forderungen der Ge-

meinschaft. Da nur die Elite der Nation bereit ist, Opfer zu bringen, gilt es, diese Elite mit der politischen Verantwortung zu beauftragen. Sie ist dann in der Lage, durch ihr eigenes opferbereites Vorbild von der Masse der Bevölkerung die materiellen Opfer zu verlangen, die — vielleicht — gebracht werden müssen, wenn es gilt, die beiden verschieden strukturierten Teile Deutschlands wieder zu vereinigen.

Aus praktischer politischer Erfahrung sei hier vorsorglich festgestellt: Wenn jemand sagt, diese Thesen kämen ihm bekannt vor, sie erinnerten ihn an den nationalsozialistischen Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz!", dann sage ich ihm: ja, das stimmt, und ich bekenne mich zu dieser These, weil ich die Antithese „Eigennutz geht vor Gemeinnutz" ablehne; und wer die These ablehnt, weil Hitler sie vertrat, der muß ab sofort die Milch für schwarz halten, weil ich sicher bin, daß Hitler die Milch für weiß hielt; der müßte dann aber auch sofort sämtliche Schäferhunde erschlagen, weil Hitler sie liebte und die Wagneropern bekämpfen, weil Hitler sie bevorzugt hörte, und ich hoffe, daß der Antihitlerist aus Prinzip konsequent ist und als Autofahrer die Autobahn meidet, die unter Hitler erbaut wurde. Diese Polemik sei hier gestattet aus der erwähnten Erfahrung mit Narren, die eine konstruktive politische Entwicklung in Deutschland ähnlich verhindern wie andere Deutsche, und nicht nur Deutsche, die Hitler als einziges Kriterium in die politische Problematik unserer Zeit stellen wollen.

Vertrauen wir auf unsere Jugend, deren Idealismus, deren Glaube und deren Tatkraft eines Tages über die Reaktionäre zur Tagesordnung der deutschen Frage übergehen wird.

II. Der Welt-Dualismus und Deutschland

Die deutsche Frage ist eingeklemmt in die weltumspannende Auseinandersetzung, die rein aus machtpolitischen Gründen, wegen des seinerzeitigen Atombombenmonopols der USA und der UdSSR, den dualistischen Charakter scheinbar auf die ganze Welt übertrug. Nachdem die Rooseveltsche Utopie von der einen friedlichen Welt durch die realpolitischen Gegebenheiten wie eine Seifenblase zerplatzte und die während des Krieges gegen den gemeinsamen Gegner verdeckten vielfachen Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion aufbrachen, war man bemüht, die Erde in die beiden Welten aufzuteilen: Hie Lager der „Freiheit" — Hie Lager des „Friedens". Mit allen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Druckmitteln versuchte man, Völker und Staaten, die außerhalb der beiden Machtsphären bestanden, in die eigenen Machtblöcke zu zwingen. In Europa gelang es weitgehend. Bis auf wenige Ausnahmen wurden die direkten und indirekten Nachbarn Deutschlands jeweils zusammen mit dem einen Teil Deutschlands in die antagonistischen Lager gepreßt. Die Methoden mögen verschieden gewesen sein, das Ergebnis ist das gleiche; für uns ist entscheidend, daß die Spaltung Deutschlands das Ergebnis der Ost-West-Spannung ist, die schließlich alle Beschlüsse von Potsdam über den Haufen warf. Die Politik des Dualismus, die ein besonderes Merkmal der Dulles-Ära war, wurde auch in Asien mit gewissem Erfolg angewandt, während man in Afrika weniger Erfolg hatte, nicht zuletzt durch die konsequente Neutralitätspolitik der arabischen Welt. Der Verlust des Atombombenmonopols der beiden Mächte, das Aufkommen der Volksrepublik China wie der dritten Welt in Asien und Afrika, vor allem aber die Erkenntnis, daß eine Endauseinandersetzung der beiden gegensätzlichen Systeme auf dem Schlachtfeld nicht stattfinden kann, weil es keinen Sieger, sondern nur eine vernichtete Welt geben würde, hat inzwischen der Welt den dualistischen Charakter genommen; Freiheit, Unabhängigkeit und Entspannung setzen sich überall in der Welt durch. Dort, wo geteilte Länder bestehen, ist jedoch akute Kriegsgefahr.

Wenn Deutschland als Objekt des Tauziehens zwischen Moskau und Washington eine so bedeutende Rolle spielt, dann hat das neben prestige-psychologischen ganz besonders strategische Gründe, von wirtschaftlichen natürlich ganz abgesehen. Offensiv und defensiv gesehen ist Deutschland als Kern von Mitteleuropa das einzige Gebiet, von wo aus oder durch das massierte Panzerverbände in das Herz der Sowjetunion oder aber in das Ruhrgebiet vorstoßen können. Wie sich auch im letzten Krieg gezeigt hat, geben in einem modernen Krieg nicht die Luftwaffen, sondern nach wie vor die

Heeresverbände zuletzt den Ausschlag über Sieg oder Niederlage. Gerade die moderne Atomstrategie muß diese Tatsache berücksichtigen, weil dem Einsatz von nuklearen Waffen Grenzen gesetzt sind, die vom Selbsterhaltungstrieb diktiert werden. Die Bombenangriffe in Deutschland im letzten Kriege gegen die Zivilbevölkerung hatten trotz ihrer demoralisierenden Wirkung niemals kriegsentscheidenden Charakter, denn nicht die Vernichtung eines Landes, sondern seine Besetzung entscheidet den Krieg. Es kommt hinzu, daß Bombenangriffe im allgemeinen nur auf bestimmte Kreise demoralisierend wirken; auf die Kreise, die über Krieg und Frieden entscheiden, bewirken sie eher eine größere Kriegsentschlossenheit. Die englischen und amerikanischen Terrorangriffe haben es den Machthabern im Dritten Reich leicht gemacht, die Bevölkerung von der Verlogenheit der Atlantik-Charta und der Notwendigkeit der Fortsetzung des Krieges zu überzeugen. Deshalb sind die Bombenangriffe der Amerikaner auf Nord-Vietnam nicht nur verbrecherisch, sondern auch dumm, und Dummheit ist in der Politik das schlimmste Verbrechen. Die mit den Bomben zerstörten kriegswichtigen Anlagen — im weitestens Sinne — stehen strategisch gesehen in keinem Verhältnis zu den für die USA negativen psychologischen Folgen in Vietnam und in aller Welt.

Mit Vietnam ist übrigens ein zweites Land genannt, das ein ähnliches Schicksal erlitt wie Deutschland, neben Korea, dem dritten Objekt der Ost-West-Imperialismen. Die Spaltung von Vietnam und Korea ist der beste Beweis für unsere These, daß die Spaltung Deutschlands ebenfalls das Ergebnis des west-östlichen Gegensatzes ist. Mit den asiatischen Partnern des gleichen Schicksals können wir glaubhaft den antideutschen Hetzern wie auch den deutschen Masochisten entgegentreten, die behaupten, das deutsche Schicksal sei durch die Politik des Deutschen Reiches herbeigeführt worden. Es braucht nicht untersucht zu werden, wieweit Hitler den west-östlichen Imperialismus indirekt begünstigt hat. Die Spaltung Deutschlands ist auf jeden Fall keine Bestrafung des toten Hitler, sondern des lebenden deutschen Volkes. Wir können auch diese Behauptungen mit Äußerungen kompetenter Zeugen belegen. Eden haben wir bereits an anderem Ort zitiert. Noch deutlicher kann man es bei François-Poncet in seinem Buch „Als Botschafter in Berlin“ lesen. Er schreibt auf Seite 15:

„... Es wird notwendig sein, Deutschland während mehrerer Jahre zu überwachen, es aufmerksam zu beobachten, eine eingehende Kontrolle auszuüben, um zu verhindern, daß es noch einmal Waffen schmiede, um den Frieden Europas zu bedrohen ... Ist es richtig, wieder einen Einheitsstaat aufzurichten? Das hieße meiner Überzeugung nach die gewonnene Erfahrung leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Die deutsche Einheit war seit jeher der Grundpfeiler des Alldeutsch-

tums, das Fundament seines Machtwillens und seines Expansionsdranges, seines Herrschaftsstrebens. Selbst wenn man einen in seiner Ausdehnung beschränkten Einheitsstaat erstehen ließe, würde dies das Wiedererwachen des Nazismus, das Wiederaufleben des Hitlertums unter anderer Gestalt, der Umsturz- und Revanchegelüste bedeuten. Ohne auf die Zerstückelungspolitik des Westfälischen Friedens zurückzukommen, könnte man sich vorstellen, daß Deutschland in drei oder vier große Staatsgebilde aufgeteilt würde, daß man es der partikularistischen oder föderalistischen Tradition überließe, die nie aufgehört hat zu bestehen ..."

Bei Verhandlungen muß man das wissen, um jeden Versuch, realpolitische Fakten moralisch zu verbrämen, entsprechend zurückweisen zu können. Die deutsche Frage kann nicht moralisch gelöst werden, genauso wenig wie sie militärisch gelöst werden kann. Es muß aber von deutscher Seite unentwegt mit moralischer Berechtigung die heilige Unruhe geschürt werden, damit die Verantwortlichen für die Spaltung an ihre Verantwortung vor der Geschichte erinnert werden, keinen neuen Krieg zuzulassen. Es erscheint überaus bedenklich, mit welcher Einstellung Krisen in der Welt betrachtet werden, wenn Anthony Eden in seinen Memoiren wie folgt schreibt:

Seite 144:

„... Am 5. Mai (1954) kamen Molotow und Gromyko zu mir zum Abendessen ... Im Laufe des Gespräches sagte ich ihm einmal, und Molotow stimmte mir zu, die gegenwärtige Konferenz sei die schwierigste, die ich jemals mitgemacht hätte. Ich hielte es für entscheidend, mit den Indochina-Besprechungen voranzukommen, da mir, wenn man die Dinge treiben lasse, vor den Folgen graute. Der Fall Korea, sagte ich, erschiene mir nicht so brennend. Jedenfalls werde dort nicht gekämpft, und man könnte es vorläufig beim derzeitigen Zustand belassen, wenn man in der Verständigung nicht weiterkäme ..."

Das bestätigt die Freiheitskämpfer in Südtirol, Algerien und auf Zypern, und es wäre tragisch für Europa, wenn nationalbewußte Deutsche eines Tages „das Geschwätz von der deutschen Einheit" satt hätten und mit Taten die Aufmerksamkeit der Welt auf die deutsche Not lenken müßten. Es kann mit Sicherheit vorausgesagt werden, daß die Zurückhaltung der deutschen Jugend eines Tages ihre Grenze erreicht haben wird. Das Wehklagen wird dann zu spät sein und es muß alles versucht werden, alle Verantwortlichen, ob deutsche oder nichtdeutsche, zu zwingen, Entscheidungen zu treffen und es nicht „beim derzeitigen Zustand zu belassen" weil „dort nicht gekämpft wird".

Es ist aus diesem Grunde unverantwortlich, um kein schlimmeres Wort zu gebrauchen, wenn den Besatzungsmächten und auch Zuschauern auf die deutsche Szene, zum Beispiel aus der UNO heraus, von kompetenten deutschen Stellen die Bravheit der Deutschen da-

durch vorexerziert wird, daß man mit Polizeimethoden übelster Art, unterstützt von einer gekauften Presse, jede nationale Regung als „Radikalismus" von rechts oder links verteufelt und terroristisch zu unterdrücken versucht. Wir werden in diesen Tagen Zeugen, wie die Möglichkeiten zur friedlichen Lösung der deutschen Frage, die mit der bereits erwähnten Herauslösung Frankreichs aus der NATO sich logisch ergeben können, als Nationalismus bezeichnet werden, der von aller Welt, und am meisten von deutschen Publizisten und Politikern der herrschenden Parteien, wie die Pest gefürchtet wird. Als ob dieser Nationalismus, der zwangsläufig aufgrund der Gesamtsituation niemals zum Chauvinismus pervertieren kann, etwas anderes ist, als der Wille zur Wiedervereinigung Deutschlands. Man könnte belustigt sein über das aufgeregte Gepiepse deutscher Kommentatoren, die sich wie aufgescheuchte und hilflose Küken benehmen, die von der Glucke verlassen sind, wenn man die Macht der Presse und die Einflüsse der Massenmedien nicht kennen würde, mit denen an den primitiven Herdentrieb der Deutschen appelliert wird, um sie weiterhin unter den Fittichen der Besatzungsmächte sich wohlfühlen zu lassen. Um es konkret zu sagen: Man stellt verstärkt die Alternative: USA *oder* UdSSR, die für ein wiedervereinigtes Deutschland gar nicht besteht, und man sieht die Bindung an die Vereinigten Staaten von Amerika weiterhin als die einzige politische Möglichkeit westdeutscher und gesamtdeutscher Politik ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Konsequenzen. Man verkündet weiterhin den größten politischen Irrsinn, der jemals einem Kulturvolk vorgesetzt wurde und dem das „Volk der Dichter und Denker" in 5 Bundestagswahlen, durch die Wahl der Parteien, die diesen Unsinn als außenpolitische These vertreten, zugestimmt hat: die politische, wirtschaftliche und militärische Integration der Bundesrepublik in das westliche Vertragssystem schaffe die Voraussetzungen für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands.

Jeder Biologe, Arzt oder Techniker, der auf seinem Fachgebiet eine entsprechende These vertreten oder gar praktizieren würde, der käme entweder ins Zuchthaus oder in die Heilanstalt. Nehmen wir an, ein Blitz hätte einen zwischen zwei großen Bäumen stehenden Baum in der Mitte gespalten, und der Forstbeamte würde die eine Hälfte fest an den einen Nachbarbaum binden, mit Bast umwickeln und mit Wachs bestreichen, um dann schließlich das Ganze noch mit einer Stahlmanschette zu umgeben, die tief in das Wurzelwerk des gespaltenen Baumes getrieben wird. Müßte dessen Vorgesetzter nicht seine Einweisung in die Irrenanstalt veranlassen, wenn er ihm auf Befragen erklären würde, damit wären die Voraussetzungen geschaffen, die beiden gespaltenen Teile wieder zu einem Ganzen zu vereinigen? Und

gehörte ein Arzt nicht vor Gericht, der eine ähnliche Prozedur an einem gespaltenen Körperteil vornehmen würde? Es bleibt dem Leser überlassen, sich für den Techniker ähnliche Beispiele absoluter Schizophrenie zu konstruieren, um sich vorzustellen, welchem Blödsinn die bundesdeutschen Wähler auf der politischen Ebene seit nun fast 20 Jahren nachtrotten.

Dabei ist die Wahnsinnsthese bundesdeutscher Politik deshalb noch besonders verbrecherisch, weil absolut separatistisch und völlig konsequent voraussehbar die Trennung noch mehr vertiefend, der andere Teil Deutschlands in den anderen Machtblock integriert werden mußte, und zwar politisch, wirtschaftlich und militärisch. Daß in dem anderen Teil Deutschlands die kommunistischen Separatisten diese Politik begünstigt haben, kann für Politiker, die sich für Staatsmänner halten, keine Ausrede sein, um so weniger, als es für den Chronisten Tatsache ist und noch mehr für den Historiker eines Tages Faktum sein wird, daß alle separatistischen Schritte zeitlich im Westen vor denen im Osten getan wurden: die Währungsreform, die Gründung der DBR, die Bildung der Bundeswehr usw. usw. Um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß außerdem — nicht leichten Herzens — festgestellt werden, daß der Warschauer Pakt, im Gegensatz zu den Pariser Verträgen, eine Klausel besitzt, der zufolge im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands die DDR automatisch aus dem Militärpakt entlassen ist.

Die Versuche, in Deutschland eine vernünftige Politik zur Wiedervereinigung zu entwickeln, scheitern an der systematischen Propaganda, die von den Separatisten in Partnerschaft mit einer besatzungshörigen Presse in die Bevölkerung hineingepeitscht wird und die den Separatismus im anderen Teil Deutschlands provoziert und begünstigt. Alle Maßnahmen Ulbrichts, mit dem Gipfel dieser Politik in der Errichtung der Mauer und dem Schießbefehl an die Grenzsoldaten, sind deshalb auch gleichzeitig Folgen einer verfehlten Deutschlandpolitik in Bonn.

III. Die gestörte Balance in Deutschland

„... da alle Partner Frankreichs alle Anhänger des Status quo zu sein scheinen..."

Aus dem französischen Memorandum zur NATO (März 1966)

Mit dem Verrat des Atom-Geheimnisses an die Sowjetunion und der rasanten Entwicklung auf dem Gebiet der Weltraumforschung ging das machtpolitische Übergewicht der USA mehr und mehr verloren, und es kam zu einem echten Patt der beiden Weltmächte. Es kam sogar zu einer gewissen Überlegenheit der UdSSR, die sich in der ganzen Welt psychologisch niederschlug, als diese mit dem Sputnik ihren Vorsprung in der Weltraumforschung demonstrierte und durch weitere spektakuläre Taten zeigte, daß sie militärisch nicht zu besiegen ist, wenn der Gegner nicht ein atomares Inferno im eigenen Lande riskieren will. Die Gewißheit auf beiden Seiten, daß jeder atomare Schlag den Gegenschlag hervorruft, der jeden Punkt des eigenen Landes gefährdet, macht den Atomkrieg so gut wie unmöglich.

Diese Balance auf der Weltebene hat sich in der Stimmung der deutschen Bevölkerung so gut wie gar nicht niedergeschlagen. Weder der „Geist von Camp David" noch die Ausgleichsversuche zwischen Chruschtschow und Kennedy, weder die Spannung Moskau—Peking noch die Entwicklung des Fidelismus in Süd- und Mittelamerika, also vor den Toren der USA, konnte es sichtbar bewirken, daß die deutsche Bevölkerung eine Position bezog, aus der heraus vernünftige Schritte zur Lösung der deutschen Frage abgeleitet werden konnten.

Aus der Lage der Mitteldeutschen kann man ein gewisses Verständnis dafür haben, daß sich der berechtigte Haß gegen Ulbricht auf die russische Bseatzungsmacht überträgt und dann in Sympathie für den Hauptgegner der Sowjets, die Amerikaner, umschlägt. Diese gewisse proamerikanische Einstellung ist durchaus natürlich. Wie schnell Bewohner der Sowjetzone von diesem Pro-Amerikanismus geheilt werden, kann man an einem großen Teil der Flüchtlinge erkennen, die nach kurzer Zeit des Aufenthalts in der amerikanischen Besatzungszone kein Hehl aus ihrer maßlosen Enttäuschung machen. Da sich die Stimmung der mitteldeutschen Bevölkerung nirgends echt demokratisch niederschlagen kann und nach dem 17. Juni 1953, der letzten Regung nationalen Selbstbehauptungswillens, kaum mit einer ähnlichen Aktion zu rechnen ist, nicht zuletzt, weil dort eine bittere Enttäuschung über das völlige Versagen des Westens zurückgeblieben ist, haben wir die Verpflichtung, stellvertretend auch für sie zu wirken.

Wir müssen aber unseren vielzitierten „Brüdern und Schwestern in

Mitteldeutschland" klarmachen, daß eine Beendigung ihrer jetzigen Lage weder von den USA noch von besatzungshörigen Separatisten in Bonn zu erwarten ist. Wir, als Nicht- und Antikommunisten, müssen sie überzeugen, daß eine Verständigung zwischen Deutschen kein Verbrechen sein kann, wenn es darum geht, die deutsche Frage zu lösen. Wir, als politische Flüchtlinge, müssen ihnen erklären, daß zwischen der sowjethörigen Regierung in Pankow und einer US-hörigen Regierung in Bonn nur ein gradueller Unterschied besteht, der keine reale Bedeutung hat, wenn die Wiedervereinigung Deutschlands erzwungen werden soll. Wir, als ehemalige Soldaten, müssen sie darauf hinweisen, daß Frieden auch dann eine heilige Sache bleibt, wenn Ulbricht denselben zur Propagandadirne entwürdigt hat. Wir müssen ihnen so eindringlich wie möglich vor Augen führen, daß ein Krieg um Deutschland das Ende unseres Vaterlandes und das Ende Europas bedeuten würde.

Soweit wir die Stimmung der mitteldeutschen Bevölkerung kennen, wird jede Lösung, die sie aus ihrem jetzigen Zustand befreit, von ihr begrüßt werden. Mehr als die westdeutsche Bevölkerung, hat sie einen zentralen Wunsch, der größer ist als alle Nebenwünsche nach materieller Besserstellung oder Gewährung größerer politischer Freiheiten; das ist, wieder mit Westdeutschland in einem einzigen Staat vereinigt zu sein. Ihnen geht es nicht um die Modalitäten, wie, sondern ihnen geht es darum, daß die Grenzen zwischen Deutschland und Deutschland fallen, daß die Mauer durch die Reichshauptstadt Berlin endgültig verschwindet und daß sie ihre Väter und Mütter, Söhne und Töchter, Brüder und Schwestern nicht nur mit größten Schwierigkeiten als Besuch empfangen dürfen, sondern auch frei und wo auch immer in Deutschland besuchen können.

Schwieriger ist die Situation in der Bundesrepublik. Hier kann nach Lage der Dinge eine Änderung der Politik der Wiedervereinigung Deutschlands auf parlamentarisch-demokratischem Wege erfolgen, solange ein Mindestmaß an Bewegungsfreiheit für eine wiedervereinigungswillige Partei gegeben ist. So sehr mit der 5-Prozent-Klausel, der Parteienfinanzierung, dem Meinungsterror und anderen Mitteln auch das Monopol der drei konformistischen Parteien in Bonn geschützt ist, noch bleibt genügend Raum für eine unabhängige Partei, sich den Platz im Parlament zu erkämpfen, von wo aus politischer Einfluß genommen werden kann.

Wenn wir die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands nur im Sinne der Unabhängigkeit von den beiden Machtzentren Washington und Moskau für möglich halten — und das ist unumstößliches Axiom —, dann ist der Erfolg einer Partei, die diese These vertritt, nur möglich,

wenn die Balance auf der Weltebene sich auch in Deutschland niederschlägt, das heißt, wenn der gute oder schlechte Ruf von USA und UdSSR bei der deutschen Bevölkerung etwa auf gleicher Stufe steht.

Es ist die zentrale Aufgabe dieser Schrift, dazu beizutragen, die Stimmung der Bevölkerung gerade in Westdeutschland so zu formen, daß Deutschland die Position einnehmen kann, die ihm geopolitisch, historisch und geistig gleichsam zudiktiert ist, nicht Schlachtfeld, sondern Brücke zwischen Ost und West zu sein. Wenn in ganz bestimmten Kreisen dabei der Eindruck entsteht, die Ausführungen seien antiamerikanisch und prosowjetisch, dann muß das in Kauf genommen werden; ergänzend zu dem, was früher gesagt wurde, bleibt nur festzustellen, daß sie nichts als prodeutsch und proeuropäisch sein sollen.

Wie nötig es ist, in Westdeutschland Pro-Amerikanismus und Anti-Sowjetismus in die richtige Relation für Deutschland zu bringen, zeigen Meinungsumfragen, die seit Jahren veranstaltet werden und die regelmäßig nur deshalb von der Presse gar nicht oder klein am Rande notiert werden, weil die Ergebnisse erheblich im Gegensatz zu der praktizierten völlig einseitigen prowestlichen Politik der Bundestagsparteien stehen. Sie zeigen uns auf der einen Seite, wie stark der neutrale, das heißt nationale Gedanke im deutschen Volk auch in Westdeutschland vorhanden ist, auf der anderen Seite, warum es den drei prowestlichen Bundestagsparteien dann schließlich doch möglich ist, ihre Konzeption bei Wahlen durchzusetzen.

Folgendes Ergebnis ergibt seit einer Reihe von Jahren mit geringfügigen Unterschieden die Frage: Wie wünschen Sie ein wiedervereinigtes Deutschland?

a) Neutral zwischen Ost und West	ca. 50%
b) Westlich orientiert	ca. 45%
c) Östlich orientiert	ca. 5%

Das Ergebnis wird bewußt vereinfacht wiedergegeben, weil es für unsere Überlegungen auf wenige Prozent nicht ankommt. Für die Betrachter, zu denen ohne Frage mit größter Aufmerksamkeit die Deutschland- und Europa-Experten im Kreml zählen, ergibt sich zwangsläufig das Bild einer prowestlichen und antisowjetischen westdeutschen Bevölkerung. Die Ergebnisse mildern zwar das Bild des hundertprozentig antisowjetischen und prowestlichen Bonner Bundestages; die sowjetischen Experten werden auch in Rechnung stellen, wie in der Bundesrepublik der Wahlkampf manipuliert, wie die oben gestellte Frage verfälscht und übertüncht wird und vor allem, wie die national, also neutralistisch, eingestellten Flügel in den Parteien, vor

allem bei SPD und FDP, kaum Exponenten haben, weil die Opportunisten dieser Parteien es verstehen, charaktervolle Kräfte zu überspielen, und schließlich wird man wissen, wie nationale Parteien mit gesamtdeutscher, also neutralistischer Tendenz, hoffnungslos in einem zersplitterten, mehr oder weniger konzeptionslosen oder taktisch fehlgeleiteten Lager dahinvegetieren und zum Teil durch eigenes Verschulden verhindern, daß sich ein Teil der 50 Prozent nationaler Wähler auf sie orientiert; trotzdem müssen die Sowjets mit berechtigter Sorge einem Deutschland gegenüberstehen, das nach seiner Wiedervereinigung ohne Neutralisierung einem antisowjetischen aggressiven Militärpakt beitreten könnte oder in einem NATO-ähnlichen Gebilde Mitglied wäre.

Diese Struktur in Westdeutschland gibt den Separatisten in Pankow, das heißt den wiedervereinigungsfeindlichen Kräften in der DDR, die Handhabe, die Sowjetunion zu erpressen und mit der drohenden Gefahr durch die „revanchistischen Militaristen und Faschisten" in Westdeutschland ihre eigene staatliche Satellitenrolle weiter zu spielen.

Machen wir uns frei von allen berechtigten oder unberechtigten Ressentiments, und versetzen wir uns einmal objektiv in die Lage der Sowjetunion.

IV. Die Sowjetunion

1. Die KPdSU — Impuls oder Ballast

Man kann die Lage der Sowjetunion nicht betrachten, ohne die Kommunistische Partei zu bewerten. Die KPdSU war natürlich für die gegenwärtige Weltgeltung der UdSSR ein wesentlicher Faktor. Ohne die Impulse, die von ihr ausgingen, hätte die Entwicklung in Rußland, wie im gesamten sowjetischen Bereich, sicher einen anderen Verlauf genommen. Die Partei hat aber der Bevölkerung gleichzeitig eine Bürde aufgelastet, die ein ähnlicher Ballast ist, wie die Auserwähltheit des jüdischen Volkes, ich meine die Lehre des Marxismus-Leninismus von der kommunistischen Weltrevolution. Wieweit es der starke jüdische Einfluß war, der bei der Weltherrschaftsthese des Kommunismus parallele Ideen gebar, soll hier nicht untersucht werden. Der Machtkampf zwischen Trotzki und Stalin mit dem ideologischen Hintergrund, der später deutlich wurde, als Stalin gegen die dogmatische Lehre des Marxismus-Leninismus-Trotzkismus den Sozialismus im eigenen Lande, also eine Art nationalen Sozialismus entwickelte, weist darauf hin.

Das Dogma der Weltrevolution, gewissermaßen Auftrag an jedes Mitglied der KPdSU, hat zur Folge, daß Staat und Partei nur personell und nach außen scheinbar eine Einheit bilden können. Wie bereits an anderer Stelle deutlich gemacht, können die Interessen von Staat und Partei in diametralem Gegensatz stehen, wobei die Interessen des Staates immer über den Interessen der Partei stehen. Wir haben in der Geschichte der Sowjetunion hierfür eine Reihe von Beispielen in fast allen Bereichen der Politik, wirtschaftlich, kulturell und ganz besonders außenpolitisch. Die Neue Ökonomische Politik (NEP), von Lenin begonnen und von Stalin fortgesetzt, gehört in diese Reihe von Beispielen genauso wie die Kulturmaßnahmen unter Shdanow oder wie das Abkommen mit Hitler-Deutschland, dem dann die Kriegsallianz mit den ideologischen Erzfeinden, den liberalistischen Kapitalisten, folgte. Auch die Parallele, die sich im Dogma der Partei und im russisch-imperialistischen Testament Peters des Großen nachweisen läßt, gilt nur, soweit das aktuelle Interesse des sowjetischen Staates dadurch nicht akut gefährdet wird.

So naiv es wäre, die Gefahr der bolschewistischen Weltrevolution negieren oder bagatellisieren zu wollen, so falsch und dumm ist es, in jeder Handlung des Kreml einen Schritt auf dem Wege zur Weltherrschaft zu sehen. Auch wenn man Lenins These — „Einen Schritt zurück — zwei Schritte vorwärts!" — warnend anführt, dann kann man

sie, im Gegenteil, durchaus auch als Beweis für die ideologisch untermauerte Möglichkeit ansehen, wie die Sowjets den Schritt aus Mitteleuropa zurück machen könnten. Es bleibt dann die Aufgabe der Staatskunst in dem freigegebenen Gebiet, eine Politik zu betreiben, die den Sowjets keinen Anlaß gibt, später die „zwei Schritte vorwärts" zu tun. Der Rückzug der Sowjets aus Europa kann und darf allerdings nicht so vor sich gehen, wie sich das einige nach 1945 wildgewordene Antibolschewisten der Christlich-Demokratischen Union vorgestellt haben. Alles, was sich im letzten Jahrzehnt an Militärpolitik in Bonn abgespielt hat, gehört ohnehin nicht in das Gebiet der Staatskunst, sondern in den Bereich des Kabaretts, soweit es nicht wegen der sinnlosen Vergeudung von Steuergeldern vor ein Tribunal gehört.

Wir wissen noch, wie man erklärte, die Bundesrepublik müßte im Verein mit ihren westlichen Verbündeten militärisch so stark gemacht werden, daß die Sowjets aus Angst vor dieser Stärke sich freiwillig aus Deutschland zurückziehen. Damit würde dann die „Freiheit" in der SBZ durch Anschluß an die DBR wiederhergestellt. Kabarettistisch hieran sind besonders die Personalien. Diese „Politik der Stärke" wurde nämlich von Politikern entwickelt und ernsthaft in der Öffentlichkeit vertreten, die bis 1945 Hitler nicht zuletzt deshalb bekämpft haben wollen, weil er die Politik der Stärke vorexerziert hat und von Politikern, die darüber hinaus niemals Soldat waren oder nach 1945 ihren Stolz bekundeten, niemals einem preußischen General die Hand gegeben zu haben oder aber die alle Hände zum Abfallen verdammten, die noch jemals ein Gewehr in dieselben nehmen würden.

Das natürliche Selbstgefühl und das nationale Prestige der Sowjets kann es gegenüber ihrem eigenen Volk und gegenüber aller Welt niemals zulassen, ohne Krieg als „Besiegte" ihre Truppen unter dem Druck der Bundeswehr aus Mitteleuropa zurückzuziehen. Die Zurückziehung kann nur geschehen, wenn die Herren im Kreml der Welt und ihrem eigenen Volk glaubhaft verkünden können, daß diese Truppenverlegung, parallel mit den entsprechenden politischen Vorgängen, ausschließlich im Interesse des Weltfriedens liegt. Gegenüber ihrem eigenen Volk und ganz besonders gegenüber dem ideologischen und geopolitischen Rivalen China hingegen muß darauf verwiesen werden können, daß mit dem Rückzug aus Mitteleuropa, der unter Bezugnahme auf das Potsdamer Abkommen nur bei gleichzeitigem Rückzug der Amerikaner aus Mittel- und Westeuropa möglich ist, der Einkreisungsring der Amerikaner um die Sowjetunion an der entscheidenden Stelle durchbrochen wird. Betrachten wir uns die gegenwärtige weltpolitische Lage, und zwar vom Standpunkt der Sowjetunion aus und wiederum mit der hierfür notwendigen Objektivität.

2. Die Einkreisung der Sowjetunion

Wir wollen und können hier nicht untersuchen, welche Hintergrundmotive vielfach die Aktionen begleiteten, provozierten oder auch notwendig erscheinen ließen. Wir wollen an Hand der bestehenden Militärpakte den gegenwärtigen Stand des Ost-West-Verhältnisses untersuchen, das in Wahrheit das Verhältnis der UdSSR zur USA ist. Die Dulles-Ära der amerikanischen Außenpolitik war die für den jetzigen Stand verantwortliche Epoche der Nachkriegspolitik. Wenn auch einige der sogenannten Verteidigungsorganisationen keinen praktischen Wert mehr haben, für die Sowjets sind sie Instrumente der Einkreisung, die man rings um die Sowjetunion installiert hat.

Die NATO besteht aus folgenden Mitgliedern:

Vereinigte Staaten von Amerika
Kanada
Island
Norwegen
Dänemark
Großbritannien
Niederlande
Belgien
Luxemburg
Deutsche Bundesrepublik
Frankreich *
Italien
Portugal
Griechenland
Türkei

Mit Spanien haben die USA bilaterale Verträge über die Stationierung von US-Truppen abgeschlossen, wie zum Teil auch mit anderen NATO-Mächten, die zumeist geheimen Charakter haben.

Die NATO ist eindeutig als antisowjetischer Pakt konzipiert, und alle strategischen und taktischen Pläne sehen nur einen Gegner — die Sowjetunion als Führungsmacht des Warschauer Paktes, dem alle kommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas außer Jugoslawien angehören. Er wurde nach Gründung der NATO gebildet, und es liegen maßgebliche Äußerungen vor, daß der Warschauer Pakt aufgelöst wird, wenn sich die NATO auflösen sollte.

Vom Kreml aus gesehen war und ist der geschlossene Ring von Norwegen bis zur Türkei mit den Abschußbasen für modernste Raketenwaffen eine ernste Bedrohung der West- und Südflanke der UdSSR.

Die Türkei hat zwar nach der letzten Kuba-Krise keine amerikanischen Raketenbasen mehr, bleibt aber südöstlicher Außenposten der NATO. Gleichzeitig ist sie westlicher Außenposten des nächsten antisowjetischen Militärpaktes CENTO, der als Bagdad-Pakt gegründet,

* Bei Drucklegung war der Austritt Frankreichs vollzogen.

nach dem Ausscheiden des Irak als Folge des Sturzes von Feisal und Nuri es Said, umbenannt wurde. Von den USA militärisch und finanziell unterstützt, gehören ihm folgende Staaten an:

Türkei

Großbritannien

Iran

Pakistan

Mit der CENTO bedrohen die Westmächte den Süden der Sowjetunion. Die Südküste des Schwarzen und des Kaspischen Meeres, und das Grenzgebiet nach Aserbeidschan, Armenien und Georgien in der Hand der Einkreisungsmächte ist eine tödliche Bedrohung, weil eine unmittelbare Bedrohung des Haupterdölgebiets der UdSSR besteht.

Der geographisch östliche Außenposten der CENTO, Pakistan, ist wiederum der geographisch westliche Außenposten des folgenden antisowjetischen Militärpaktes, der SEATO, der Südostasiatischen Vertragsorganisation, die den Einkreisungsring bis nach Japan schließt, die allerdings durch Strukturveränderungen in beiden Lagern ihre Bedeutung verändert hat.

Der SEATO gehören an:

USA	Thailand
Großbritannien	Australien
Frankreich	Neuseeland
Pakistan	Philippinen

Die Kontroverse zwischen Moskau und Peking hat die Bedeutung der SEATO verschoben. Sie war und ist nicht zuletzt auch gegen China gerichtet, das seit 1950 mit der Sowjetunion durch einen Beistandspakt verbunden ist. Die Spannungen zwischen China und Indien wie auch zwischen Indien und Pakistan stellen die Mitglieder der SEATO zwangsläufig immer vor neue Probleme. Noch fragwürdiger wird der Charakter derselben aber durch die Mitgliedschaft Frankreichs, das nur noch dem Namen nach der Organisation angehört. Da man im Gegensatz zur NATO niemals so etwas wie ein gemeinsames Oberkommando gebildet hatte, war die SEATO ausschließlich ein Instrument der amerikanischen Machtpolitik in Asien.

Zusätzlich schlossen die Vereinigten Staaten eine Reihe bilateraler Verteidigungspakte. Auf diese Weise bezog man zum Beispiel auch Süd-Vietnam und Süd-Korea in das schwer überschaubare amerikanische Militärsystem ein. Da sich Großbritannien trotz der Mitgliedschaft in der SEATO beinahe ausschließlich auf die Sicherung der britischen Außenposten des Commonwealth konzentriert und

beschränkt, sind die Vereinigten Staaten von Amerika gerade in Asien die absolut entscheidende Macht. Ihre Einkreisungspolitik gegenüber der Sowjetunion hat hier allerdings nicht den bedrohlichen Charakter. Schwerwiegend für die Sowjetunion ist jedoch die nicht nur ideologische sondern auch geopolitische Bedrohung durch China.

Aus dem Dualismus der fünfziger Jahre, USA gegen UdSSR/China, hat sich ein Dreiecksverhältnis entwickelt, das für Deutschland von entscheidender Bedeutung ist. Die Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking hat mit dem vertraulichen Schreiben der KPdSU an alle kommunistischen Parteien außerhalb der UdSSR mit seiner scharfen antichinesischen Diktion ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. Was in einer diesbezüglichen Analyse vor mehr als 15 Jahren vorausgesagt wurde, ist bis auf Nuancen eingetroffen. Die Sowjetunion als Staat hat damit auf Jahrzehnte hinaus das Übergewicht gegenüber der Kommunistischen Partei, was bedeutet, daß die Politik nicht von den dogmatischen Wünschen derselben diktiert wird. Es bedeutet *zur Zeit* eine Pause für den Gedanken der Weltrevolution.

Die Sowjetunion muß um ihre eigene Existenz kämpfen und befindet sich gegenüber der Volksrepublik China in der Defensive vor Gebietsforderungen, die den gegenwärtigen Bestand der UdSSR gefährden. Die Bevölkerungsexplosion Chinas mit der einzigen Ausdehnungsmöglichkeit nach Norden, bei bereits vorliegender chinesischer Betonung des asiatischen Charakters der „vom russischen Imperialismus okkupierten Kolonie Sibirien", erhöht die Bedrohung aus dem Osten für die Sowjetunion. Die doppelte wenn auch getrennte Bedrohung im Südosten und Osten durch China und Amerika sowie die Einkreisung im Südwesten und Westen durch CENTO und NATO zwingt die UdSSR förmlich dazu, die Einkreisung zu durchbrechen, wenn nicht sie zur Auflösung zu bringen.

Wie berechtigt die russischen Sorgen sind, können wir deutlich machen, wenn die Lage der Sowjetunion einmal sinngemäß auf die USA übertragen wird. Wir waren Zeugen, wie die Amerikaner reagierten, als ein einziger Staat vor ihren Toren, nämlich Kuba, sowjetische Raketen mit Schußrichtung auf den nordamerikanischen Kontinent installierte. Stellen wir uns die Reaktion im Weißen Hause vor, wenn Großbritannien und Frankreich mit Grönland und Kanada eine antiamerikanische, vom Kreml diktierte Militärorganisation bildeten, die von den englischen Kolonien Südamerikas mit den westindischen Inseln und Venezuela und Kolumbien in einem zentralen Anti-US-Pakt ergänzt und schließlich die Einkreisung mit einem antiamerikanischen sowjetisch geführten Pakt aus den mittelamerikanischen Staaten vollendet würde.

Wenn man diese hypothetische Konstruktion mit dem Wirbel vergleicht, den die 2. Kuba-Krise verursachte, dann kann man nur die guten Nerven begrüßen, mit denen die Machthaber im Kreml ihrer Einkreisung tatenlos zusahen, tatenlos soweit es einen Präventivkrieg betrifft, mit dem die Einkreisung hätte beendet werden können, so wie Kennedy den Atomkrieg riskierte, um die Raketen aus Kuba zu entfernen. Daß Kennedy für die Sicherheit seines Landes, mit der Entfernung der Raketenbasen in der Türkei, auch bereit war, Opfer zu bringen, läßt die Annahme zu, daß die Sowjetunion ebenfalls bereit ist, liebgewordene und ideologisch untermauerte Positionen in Europa aufzugeben, wenn der Preis dafür die Enfernung der Hauptbedrohung an ihrer Westflanke wäre. Um es konkret zu sagen: Die Auflösung der NATO, verbunden mit dem Abzug der Amerikaner aus Mitteleuropa und der Garantieerklärung eines wiedervereinigten Deutschland gegenüber der Sowjetunion ist ein Objekt, für das der Kreml jeden annehmbaren Preis zahlen *muß*.

3. Die Sowjetunion und Deutschland

Was früher zur UdSSR gesagt wurde, gilt sinngemäß für die USA, deren Abzug aus Mitteleuropa ebenfalls keinen diskriminierenden Charakter haben sollte. Das wiedervereinigte Deutschland mit einem unabhängigen, also neutralen Status, muß gute Beziehungen nicht nur zur Sowjetunion und seinen osteuropäischen Nachbarn, sondern selbstverständlich auch zu den Vereinigten Staaten von Amerika und allen Ländern Westeuropas haben. Wie das Verhältnis sein wird, hängt nicht nur vom Verhalten Deutschlands, sondern auch von dem seiner Nachbarn ab. Es wird vor allem davon abhängen, ob man Deutschland seine friedliche Rolle der Neutralität in der Mitte Europas spielen läßt, die dann zur Einigung und Pazifizierung Europas führen kann. Welche Rolle die Sowjetunion in diesem Prozeß einnehmen wird, hängt dann ausschließlich davon ab, ob die Dogmatiker der Kommunistischen Partei gewillt sind, ihr Dogma aufzugeben und zu erkennen, daß der Traum von der Weltherrschaft des Kommunismus eine Utopie war, daß der Nationalismus der Völker und das Selbstgefühl des Individuums dieser Chimäre entgegenstehen.

Wenn hier ein gewisses Vertrauen zur Friedensbereitschaft der Sowjetunion zum Ausdruck kommt, dann liegt das nicht nur an dem Selbsterhaltungstrieb angesichts der atomaren Bedrohung und der Kontroverse mit China. Ihre Wirtschaft braucht im Gegensatz zur liberalistisch-kapitalistischen Wirtschaftsform der Vereinigten Staaten von Amerika auf Jahrzehnte hinaus nicht expansiv zu sein. Die Bevölkerung bietet einen eigenen Absatzmarkt, der auf lange Zeit eine krisenfreie Wirtschaft garantiert. Die Planungen auf agrarischem und technischem Sektor sind so umfassend, daß ein Krieg diese gesamte Planung in Frage stellen würde.

Eine Liberalisierung und Demokratisierung des öffentlichen Lebens in der UdSSR wird automatisch erfolgen, wenn eine Bedrohung von außen nicht mehr gegeben ist. Das Verhältnis zu Mittel- und Westeuropa und besonders zu Deutschland kann sich damit nur noch mehr verbessern. Gerade die starken kulturellen Gemeinsamkeiten und historisch erwiesenen gegenseitigen kulturellen Befruchtungen können das deutsch-russische und dann auch das europäisch-sowjetische Verhältnis günstig beeinflussen. Die früher hohen Auflagen der russischen Klassiker in Deutschland sind hier genau so beredte Zeugen, wie die auch heute ungebrochen hohen Auflagen deutscher Klassiker in Rußland. Es wird für russische Historiker das gleiche Ergebnis vorliegen, wie für deutsche, daß sie bei Prüfung der Geschichte feststellen, wie positiv sich das Leben in Europa gestaltete, wenn die beiden großen Völker in Frieden lebten. Es ist deshalb

nicht nur die nahe Nachbarschaft, die den Frieden mit Rußland für Deutschland genau so wichtig macht, wie das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika.

Niemand soll diesen Ausführungen ein „Hin zu Rußland!" entnehmen, weil für Westdeutschland die Forderung „Los von Amerika!" propagiert wird. Für Mitteldeutschland gilt durchaus die These „Los von Moskau!" Nur ist die mitteldeutsche Bevölkerung niemals in eine so starke Hörigkeit gegenüber Rußland verfallen, wie große Teile der westdeutschen Bevölkerung gegenüber Amerika. Dieses unfaßbare Phänomen wird nur dann verständlich, wenn man die jüngste Geschichte betrachtet und wenn man vor allem, wie bereits erwähnt, die Politik Ulbrichts in die Betrachtungen einbezieht. Ein Vorgang allein läßt es vielen nicht nur oberflächlichen und gedankenlosen deutschen Betrachtern leicht erscheinen, für den „Westen" zu optieren, um damit die stärkste Abneigung gegen den „Osten" zum Ausdruck zu bringen, für den Ulbricht als deutscher Repräsentant steht:

Der Bau der Mauer und, was den ohnehin verbrecherischen Vorgang noch in die Potenz verschlimmert, der Schießbefehl, der laufend den Mord von Deutschen an Deutschen sanktioniert und legalisiert.

Wer denkt denn schon so weit, daß die rheinbündischen Separatisten ein erheblicher Teil Schuld mittrifft, um so mehr als eindeutig erwiesen ist, daß die Mauer nicht ohne Wissen der Amerikaner gebaut wurde.

Wie wenig deutsche Menschen sich ohne die Vergleichsmöglichkeit mit dem Staat Ulbrichts nach Amerika orientieren würden und wie es geradezu selbstmörderisch als Staat ist, die eigene Politik mit dem Schicksal der USA zu koppeln, sollen die folgenden Untersuchungen zeigen. Sie sollen vor allem dazu beitragen, dem deutschen Volk klarzumachen, daß es für den Frieden der Welt besser ist, weder für den Osten, noch für den Westen, sondern für Deutschland und für Europa zu optieren.

V. Die Vereinigten Staaten von Amerika

1. Die USA und der Frieden

> George Norris haßte jedoch den Krieg, und er fürchtete, daß die Großunternehmer die Werbekampagne für den Eintritt Amerikas in den Weltkrieg finanzierten und darauf aus waren, die Nation in ein sinnloses und blutiges Gemetzel zu treiben ...
>
> John Fitzgerald Kennedy

In der globalen Auseinandersetzung unserer Zeit haben sich die Vereinigten Staaten zwar zentral mit dem Begriff der Freiheit identifiziert. Es sind aber nicht nur die Apostel der deutsch-amerikanischen Schicksalsgemeinschaft, die immer wieder auf den friedlichen Charakter der US-Politik verweisen.

Schon mehrfach haben wir im Zusammenhang mit der Schuld am Zweiten Weltkrieg auf die Rolle der USA verwiesen. Untersuchen wir einmal genauer die amerikanische Außenpolitik auf ihren friedlichen Charakter. Um eine besondere Art amerikanischer Politik zu verstehen, können wir auf ein aktuelles Ereignis im Zusammenhang mit dem Krieg in Vietnam verweisen. Für diese Art von Vorgehen gibt es im Angelsächsischen den Ausdruck „Cant", der sie treffend umschreibt und der mit Heuchelei grob übersetzt werden kann. Man kann sagen, daß Cant eine Stufe zwischen Heuchelei und Chuzbe ist.

Den jüdischen Ausdruck „Chuzbe" hat ein jüdischer Literat einmal folgendermaßen erklärt: Chuzbe ist, wenn ein Mann seine Eltern ermordet und vor Gericht um mildernde Umstände bittet, weil er Vollwaise ist.

Um Cant zu erklären, kann man den erwähnten Vorgang in Vietnam zitieren. Um die zu Weihnachten 1965 unterbrochene Bombardierung von Nordvietnam wieder aufnehmen zu können, auf die sowohl die Militärs im Kriegsgebiet als auch die im Pentagon drängten, ordnete Johnson seine diplomatische Show an, die den Friedenswillen der Vereinigten Staaten unter Beweis stellen sollte, obwohl man weiß, daß die Forderungen Ho tschi-minhs unabdingbar sind: Erst Abzug der Amerikaner aus Vietnam. Daß die Bombenangriffe gegen Ziele in Nordvietnam wieder ohne Kriegserklärung aufgenommen wurden, sei nur am Rande vermerkt und macht die Friedensheuchelei nur noch penetranter.

Typische Beispiele von Cant sind auch bei Dexter Perkins zu finden, der in seiner „Analyse der Amerikanischen Außenpolitik" versucht,

diese zu rehabilitieren. So schreibt er, und das ist beinahe Chuzbe:

Seite 78:

„... In den Vereinigten Staaten haben jedoch niemals die großen Bankgruppen das industrielle Leben der Nation beherrscht, wenn wir auch gegen Ende des Jahrhunderts vielleicht in diese Richtung gerieten, als große Bankhäuser wie J. P. Morgan eine gewaltige Autorität und Machtfülle besaßen ..."

Oder Seite 115:

„... Daß wir auch von Eroberungsgelüsten ganz frei seien, kann keinesfalls behauptet werden. Im Kriege von 1812 spielte das Verlangen nach Gebietszuwachs eine gewisse Rolle, und im Kriege gegen Mexiko sogar eine große. Auch 1898 war der treibende ‚imperialistische' Gedanke bestimmt zu erkennen. Im Pazifik haben wir heute neue Stützpunkte als Ergebnis des Krieges von 1941—45, doch das alles besagt nicht, daß unsere Regierung jemals in zynischer Weise auf einen Eroberungskrieg ausgegangen ist ...

Oder Seite 116:

„... Abgestritten wird nicht, daß wirtschaftliche Kräfte bei einigen dieser Konflikte mitgewirkt haben. Der Landhunger des Westens war 1812 und 1846 eine dieser Kräfte. In Kuba wurden die amerikanischen Zuckerinteressen 1898 größtenteils für die Intervention eingesetzt. Im Weltkrieg 1917 sympathisierten zweifellos gewisse Bankinteressen mit der alliierten Seite, doch war in beiden Fällen der Druck dieser Gruppen nicht von entscheidendem Gewicht ...

Gerade weil Perkins völlig loyal zur amerikanischen Außenpolitik steht, er aber Fakten natürlich nicht verschweigen kann, ist er ein besonders wirksamer Zeuge, um zu beweisen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika eine der kriegslüsternsten Nationen waren und sind.

Perkins schreibt:

Seite 111:

„... Gesagt werden muß, daß es in unserer Landesgeschichte keinen einzigen langen Abschnitt ohne einen bewaffneten Konflikt gegeben hat. Im Jahre 1798 führten wir Seekrieg gegen die Franzosen, von 1801 bis 1805 fochten wir zur See gegen die Barbarypiraten, 1812 nach nur siebenjähriger Pause, führten wir Krieg gegen die Briten, kämpften 1846 gegen Mexiko und befanden uns 1861 in einem schweren Konflikt. ... Nach dem Bürgerkrieg kam unsere längste Friedensperiode, von 1865 bis 1898, bis wir gegen Spanien zu Felde zogen. Nach siebzehn Jahren fanden wir uns auf europäischem Boden in den ersten Weltkrieg verwickelt. Zweiundzwanzig Jahre später, nach Beendigung des Krieges, waren wir wiederum in einem Weltkrieg ..."

Sehr deutlich wird Perkins, indem er die wahren amerikanischen Kriegsziele im letzten Weltkrieg aufzeigt. Er schreibt:

„... Im übrigen kam zu der amerikanischen Reaktion auf den wachsenden Imperialismus in Deutschland und Japan noch die Verärgerung über die engherzige Handelspolitik der totalitären Staa-

> ten. Japan drohte, uns den chinesischen Markt zu verschließen, von dem wir uns schon so oft gewaltige Umsätze versprochen hatten. Ein von Hitlerdeutschland beherrschtes Europa hätte dem amerikanischen Außenhandel nur geringe Chancen geboten ..."

Man muß sich hier daran erinnern, wie Japan 1854 dem amerikanischen Markt erschlossen wurde, als Commodore Perry mit seinem Kreuzer für den nötigen Nachdruck sorgte, den Handelsvertrag der USA mit Japan zum Abschluß zu bringen. Und der Krieg in Asien, den die Vereinigten Staaten jetzt führen, mit der zunehmenden amerikanisch-chinesischen Spannung im Hintergrund, wird mit diesem Zitat zusätzlich in das richtige Licht gerückt. Es wird die Chinesen nicht gerade amerikafreundlicher gestimmt haben, wenn sie erfuhren, wie Roosevelt in Yalta nicht nur seinen Haß gegen Deutschland abreagierte, sondern auch China betrog, indem er die Mandschurei dem Stalinschen Imperialismus auslieferte.

Der gewaltsame Erwerb Nordamerikas und der Ausbau der US-amerikanischen Führungsrolle auf dem gesamtamerikanischen Kontinent einschließlich der mittelamerikanischen Inseln, ist eine einzige Geschichte von Verbrechen aller Art, von Betrug und Bestechung über Raub und Mord bis hin zum Genocid, also dem Völkermord an den Indianern. Es würde den Rahmen dieses Buches sprengen, auf alle Einzelheiten einzugehen. Es bleibt den interessierten Lesern überlassen, die Vorgänge zu studieren; wir wollen nur einige Hinweise geben und zitieren auch hier wieder Dexter Perkins:

Seite 100:

> „... Nehmen wir einmal den zeitlich ungeschickten Versuch des Präsidenten Grant, über Dominika ein Protektorat zu errichten (1870) ... Betrachten wir ferner die Einstellung Groover Clevelands zur Revolution auf Hawaii 1893. Diese Revolution wurde ideell gefördert, wenn nicht sogar materiell unterstützt durch den amerikanischen Gesandten in Honolulu und führte zu einem mit den USA geschlossenen Annexionsvertrag ..."

Seite 101:

> „... Im Vertrag von Guadalupe Hidalgo (1848) war stipuliert, daß die mexikanische Regierung für die Abtretung von Kalifornien den Betrag von 20 Millionen Dollar in bar erhalten sollte. Vielleicht wirft der ironische Beobachter ein, daß diese Großzügigkeit gewiß nicht reinem Altruismus entsprang, sondern wohl der Wunsch mitsprach, an der richtigen Stelle gut zu schmieren, damit Mexiko den Vertrag akzeptierte ... bei dem Vertrag von Paris 1898 ... als wir wiederum 20 Millionen Dollar bezahlten, nämlich an Spanien, für die Abtretung der Philippinen. Einen dritten Fall dieser Art finden wir in dem bekannten, 1914 mit Kolumbien geschlossenen Vertrag.
>
> Die Regierung des Landes war begreiflicherweise entrüstet über die Rolle der Vereinigten Staaten bei der Revolution in Panama 1903

und über unsere eilige Anerkennung der neuen Regierung des Landes ..."

Seite 103:

„... Der von sehr geringen Skrupeln belastete Versuch Thomas Jeffersons, die französische Regierung zu bestechen, damit sie auf die Satellitenregierung in Spanien einen Druck ausübe, um die Zession der Gebiete von Florida an die Vereinigten Staaten zu bewirken ..."

In seiner weitgehenden, vielleicht ungewollten Offenheit, gibt uns Perkins den schlüssigen Beweis, daß die amerikanische Politik einem Gesetz unterworfen ist, das sie systematisch und unausweichlich in den Krieg zwingt. Die Verzahnung der amerikanischen Politik mit außeramerikanischen Mächten muß diese damit zwangsläufig in die jeweilige Katastrophe mit hineinziehen. Was gefühlsmäßig, instinktiv gespürt wurde, wird hier wissenschaftlich bewiesen. Es dürfte sich für amerikanische Experten empfehlen, dieser Tatsache auf den Grund zu gehen und die Wurzeln dafür zu suchen, um radikal, nämlich an der radix Abhilfe zu schaffen, und zwar nicht nur um des Weltfriedens willen, sondern ganz besonders im ureigensten Interesse der Vereinigten Staaten von Amerika selbst.

So wie auch Individuen manchmal zu ihrem Glück gezwungen werden müssen, so hängt es auch von den nichtamerikanischen Nationen, die keine antiamerikanischen sein müssen, ab, ob sich die USA auf ihre Geschichte besinnt und im Geiste von George Washington und James Monroe echte nationale Politik betreibt. Nur im Rahmen einer solchen Isolationspolitik könnten alle die innerpolitischen Probleme gelöst werden, auf die später noch eingegangen wird und die offenbar die amerikanische Außenpolitik zu stark belasten, indem sie einen zu starken Einfluß auf sie ausüben. Denn nur so ist die Regelmäßigkeit zu erklären, mit der die Vereinigten Staaten unausweichlich seit nun fast 200 Jahren, das ist praktisch seit ihrem Bestehen, in Kriege verwickelt werden, in die alle Völker mit hineingerissen werden, die politisch, wirtschaftlich oder gar militärisch , direkt oder indirekt,mit den USA verbunden sind.

Folgendes Schema über die amerikanische Außenpolitik stellt Perkins auf:

1789–1810	Eine fast durchweg friedliche Periode
1810–1814	Steigende Kriegslust und Krieg
1815–1823	Nachkriegs-Nationalismus
1823–1844	Eine relativ friedliche Periode
1844–1848	Steigende Kriegslust und Krieg
1848–1861	Nachkriegs-Nationalismus
1861–1865	Bürgerkrieg
1865–1870	Nachkriegs-Nationalismus
1870–1895	Relativ friedliche Periode
1895–1898	Steigende Kriegslust und Krieg
1898–1907	Nachkriegs-Nationalismus
1907–1915	Relativ friedliche Periode
1915–1919	Steigende Kriegslust und Krieg
1919–1927	Nachkriegs-Nationalismus
1927–1937	Relativ friedliche Periode
1937–1945	Steigende Kriegslust und Krieg
1945	Nachkriegs-Nationalismus

Soweit Dexter Perkins.

Wir können das Schema fortsetzen und damit diie zwingende Logik erkennen:

1945–1950	Nachkriegs-Nationalismus
1950–1963	Relativ friedliche Periode
1963–	Steigende Kriegslust und Krieg

Um eine nicht von Perkins erwähnte Variante in dieses Schema zu bringen, die allerdings nicht auf ihren politischen Aussagewert schlüssig untersucht werden kann, ist festgestellt, welche der beiden Parteien in Amerika jeweils die Präsidenten in der Periode der steigenden Kriegslust und des Krieges stellte. Es ergibt sich das überraschende Moment, daß bis auf eine Ausnahme alle Kriegspräsidenten der Demokratischen Partei angehören. Es waren:

James Madison	1809–1817
James Knox Polk	1845–1849
Grover Cleveland	1895–1897
Woodrow Wilson	1913–1921
Franklin Delano Roosevelt	1933–1945
Lyndon B. Johnson	1963–

Der einzige Republikaner, der in einer der Kriegsperioden Präsident war, William McKinley (1897—1901), übernahm faktisch die Führung der amerikanischen Politik mit den von seinem demokratischen Vorgänger gestellten Weichen.

Dexter Perkins schreibt über diesen Krieg:

Seite 20/21:

„... Unser Eingreifen in den Konflikt wurde schon bei Amtsantritt der Regierung McKinley vielfach verlangt, und die Stimmung stieg auf Fieberhitze, nachdem im Winter 1898 das Schlachtschiff ‚Maine' im Hafen von Havanna (kein Mensch weiß durch wen) versenkt worden war. Der Präsident und seine Ratgeber wurden förmlich in den Krieg hineingerissen, obwohl die schwache spanische Regierung zu großen Konzessionen bereit war, um Waffengewalt zu verhindern ..."

Es ist schwer, aus der Tatsache gültige Schlüsse zu ziehen, weil die mangelnde Ideologie und die völlig undurchsichtigen Kontakte im Hintergrund beider Parteien jede politische Maßnahme unklar erscheinen lassen.

Wenn Perkins die These vertritt, die Periode des Krieges käme in den Vereinigten Staaten unausweichlich und wenn wir weiterhin feststellen, daß die Demokratische Partei anscheinend kriegsbereiter ist als die Republikanische, dann bleibt noch die Frage nach dem Willen des Volkes und nach der Einstellung der öffentlichen Meinung zum Krieg. Soweit aus den verschiedensten Quellen zu erkennen ist, war die Masse der amerikanischen Bevölkerung im allgemeinen friedensbetont.

Wie jede Nation, reagiert auch die amerikanische unterschiedlich gegenüber dem potentiellen Kriegsgegner und die Stimmung des Volkes ist natürlicherweise beeinflußbar und dadurch wandelfähig.

Auffällig ist, daß Kriege niemals kürzere Zeit vor amerikanischen Präsidentschaftswahlen offen von den USA begonnen oder propagiert wurden. Einige besonders aufschlußreiche Vorgänge im Senat beleuchten diese Frage und bringen dann einen Faktor mit ins Spiel, der von ausschlaggebender Bedeutung ist, und der alle Versuche Perkins zunichte macht, den Einfluß von Wirtschaftskreisen auf die amerikanische Außenpolitik zu bestreiten. Dieser Faktor ist die manipulierte amerikanische öffentliche Meinung, früher die Presse allein, heute die gesamte Publizistik mit Presse, Rundfunk, Film und Fernsehen. In Amerika mehr als in jedem anderen Land existiert die Publizistik beinahe ausschließlich von der Gnade der Wirtschaft, die entweder in den Zeitungen inseriert oder in Rundfunk und Fernsehen entsprechend wirbt. Hierin liegt die tatsächliche Macht der Wirtschaft und hiermit wird die wirkliche Macht der öffentlichen Meinung in Frage gestellt.

Die Pressefreiheit hat genau dort ihre Grenze, wo die Interessen der-

jenigen Kreise verletzt werden, die den Bestand des jeweiligen Organs durch ihren Werbeetat garantieren. Mit der völligen Kommerzialisierung der Publizistik in den Vereinigten Staaten ist die öffentliche Meinung nicht die Stimme des Volkes, sondern die von Wallstreet, die noch immer genügend prostituierte Journalisten gefunden hat, dieselbe gegenüber der Öffentlichkeit zu artikulieren. Einer der übelsten Hetzer auf diesem Gebiet, der seine Haßtiraden aus England gegen Deutschland richtete und gefragt wurde, warum er so antideutsch schreibe, nachdem er doch recht gute Kontakte zu Hitler und anderen Exponenten des Dritten Reiches hatte, gab die bezeichnende Antwort, er sei Journalist und damit eine Hure. Sein Verleger verlange heute von ihm, daß er gegen Deutschland schreibe, also schreibe er gegen Deutschland; wenn er morgen von ihm verlange, daß er für Deutschland schreibe, nun dann schreibe er eben für Deutschland.

In seinem ausgezeichneten Buch „Profiles in Courage" (Zivilcourage) beschreibt John F. Kennedy unter anderem den Kampf, den der Senator aus Nebraska, George Norris, im Jahre 1917 zusammen mit Kriegsgegnern aus beiden Parteien im Senat gegen die Bewaffnung der amerikanischen Handelsschiffe — als Akt gegen deutsche U-Boote — führte.

Lassen wir Kennedy sprechen:

Seite 209:

> „... Dennoch am 2. März 1917 stieß der Gesetzentwurf auf den entschlossenen Widerstand einer kleinen, aus Mitgliedern beider Parteien bestehenden, rebellierenden Gruppe, die von Robert Follette aus Wisconsin und George Norris aus Nebraska angeführt wurde ... George Norris haßte ... den Krieg, und er fürchtete, daß die Großunternehmer die Werbekampagne für den Eintritt Amerikas in den Weltkrieg finanzierten und darauf aus waren, die Nation in ein sinnloses blutiges Gemetzel zu treiben ... So befürchtete Norris, daß das Gesetz dazu bestimmt sei, die Gewinne amerikanischer Munitionslieferanten durch amerikanische Menschenleben zu decken, und dazu angetan, Amerika ohne weitere parlamentarische Beratung und auch ohne einen direkten Angriff Deutschlands in den Krieg zu verwickeln ...

Seite 212:

> „... Tag und Nacht währte die Debatte. Am Morgen des 4. März bot der Senat ein Bild erschöpfter Unordnung. ‚Jene letzten Minuten', schrieb Norris später, ‚leben noch immer in meiner Erinnerung ... Als der Uhrzeiger auf zwölf Uhr mittags rückte, verkündete der Vorsitzende den Schluß der Sitzungsperiode. Der ›Filibuster‹ hatte gesiegt ... Wir waren der ehrlichen Überzeugung, durch unser Vorgehen den Eintritt Amerikas in den Krieg verhindert zu haben ...'"

Seite 213:

> „... Aber sie ernteten hierfür — außer dem leidigen und abträg-

lichen Lob in der deutschen Presse — nur ‚Beschimpfungen, wie sie vordem in den Annalen der amerikanischen Journalistik noch nie verzeichnet waren'. Dem ‚Courier Journal' zufolge hatten sie ‚immerwährende Verachtung' verdient. Eine Massenversammlung in der New Yorker Carnegie-Hall verurteilte Norris und seine Kollegen als ‚verräterische und verwerfliche Leute, die sich weigerten, die amerikanische Flagge auf den Meeren zu verteidigen', und die Zuhörer schrien bei jeder Nennung der Namen von Norris, La Follette oder einem ihrer Anhänger: ‚Hochverräter'! und ‚Hängt ihn auf'! Der Bürgermeister von New York rief bei einer anderen Versammlung aus: ‚Die Zeit ist gekommen, in der die Bevölkerung dieses Landes in zwei Kategorien zu teilen ist: in Amerikaner und in Verräter.'

Der ‚Courant' von Hartford nannte sie ‚politische Landstreicher' und die ‚Sun' von New York hieß zwölf Senatoren der Vereinigten Staaten ‚eine Gruppe moralisch Abartiger'. Das ‚Journal' von Providence bezeichnete ihr Verhalten als ‚dem Landesverrat nahe' und die ‚New York Times' schrieb, daß ‚der Makel verräterischer Absichten ihrem Namen ewig anhaften wird'. Der New Yorker ‚Herald' prophezeite:

‚Sie werden von Glück reden können, wenn ihre Namen nicht mit dem des Erzverräters Benedict Arnold in die Geschichte eingehen.'

Auch die Presse von Nebraska beteiligte sich an den Angriffen auf den Senator. Der ‚World Herald' von Ohama* brachte auf der ersten Seite eine Liste der ‚zwölf Senatoren, die ein erfolgreiches Handeln in der ernsthaftesten Krise seit dem Bürgerkrieg behinderten', ...

‚Die Befürchtungen Norris', Wilson könne eine Diktatur aufrichten, sind grotesk', schrieb der ‚Star' von Lincoln, ‚und vielleicht ist alles nur ein Witz. Wenn dem aber nicht so ist, dann sollten ihn seine Freunde auf seinen Geisteszustand untersuchen lassen.' Und die ‚Bee' von Ohama* wies darauf hin, daß Norris' Furcht vor einer allzu großen Machtfülle des Präsidenten ‚dem gesunden Menschenverstand des Senators wenig Ehre antut'."

Wie wenig die veröffentlichte Meinung, das heißt die von der Kriegsindustrie gekaufte Presse, mit der wahren Volksmeinung übereinstimmte, zeigt die Reaktion dort, wo Norris die Möglichkeit hatte, direkt mit der Bevölkerung in Kontakt zu kommen, ohne den Einfluß der Presse.

Kennedy schreibt hierzu:

Seite 216/217:

„... Die Ankündigung des Senators in einer öffentlichen Versammlung in Lincoln seinen Standpunkt zu erklären, wurde von den meisten Zeitungen in seinem Heimatstaat totgeschwiegen ... Es gab weder Ausschreitungen noch Zwischenrufe, und als Norris seine Gegner geißelte, jubelte ihm die Menge zu ..."

Von seiner Partei und allen Freunden war Norris im Stich gelassen und einsam führte er seinen großen Kampf. Für seine Versammlung in Lincoln fand sich nicht einmal ein Versammlungsleiter.

---

*) „Ohama" ist in der deutschen Übersetzung des Kennedy-Buches falsch. Richtig ist „Omaha"!

Obwohl es mit der Untersuchung nach den Ursachen der amerikanischen Kriege nicht direkt zu tun hat, sei neben Norris noch eines anderen großen Amerikaners an dieser Stelle gedacht, dem wir Deutschen Dank schulden und dessen Eintreten für Deutschland ebenfalls von Kennedy gewürdigt wird: Senator Robert Alphonso Taft von Ohio. Er war Republikaner; damit wird die hohe Anerkennung, die der Demokrat Kennedy ihm zollt, noch erhöht und zeigt gleichzeitig die Größe des ermordeten Präsidenten, der anscheinend zu edel war, um geduldet zu werden.

Während Norris im Ersten Weltkrieg versuchte, Amerika aus dem Krieg gegen Deutschland herauszuhalten, führte Taft seinen genauso einsamen Kampf nach dem Zweiten Weltkrieg gegen den infernalischen Haß und gegen die Orgien von Rache und Unrecht, mit denen die Vereinigten Staaten an der Spitze der Siegermächte gegen das deutsche Volk vorgingen, denn das Nürnberger Tribunal richtete sich nicht gegen den toten Hitler und den geschlagenen Nationalsozialismus, sondern es sollte mit ihm und mit allen folgenden Prozessen bis in unsere Tage, die Entmannung des deutschen Volkes durchgeführt werden.

Daß der Kampf Tafts so einsam war, lag wiederum nicht am amerikanischen Volk, sondern, wie bei Norris, an der massierten Hetzkampagne der gleichen publizistischen Kreise. Für uns Deutsche ist es noch eine zusätzliche Genugtuung, daß es sich bei Robert Taft, im Gegensatz zu seinen haßerfüllten Gegnern, um eine menschlich hervorragende Persönlichkeit handelte.

Kennedy schreibt:

Seite 227:

„... Sein Großvater Alphonso Taft war in den Westen gezogen, um dort von 1830 an als Jurist zu wirken, und hatte einmal seinem Vater geschrieben: ‚Die berüchtigte Eigennützigkeit und Unehrlichkeit der meisten Leute, mit denen man es in New York zu tun hat, ist meiner Meinung nach ein gewichtiger Grund, sich dort nicht niederzulassen' ...

So war Bob Taft, wie sein Biograph es nannte, ‚zur Integrität geboren'. Er war im Senat dafür bekannt, niemals eine Übereinkunft gebrochen zu haben, nie einen Kompromiß in bezug auf seine republikanischen Grundsätze eingegangen zu sein und sich nie des Mittels politischer Täuschung bedient zu haben ..."

Seite 228:

„... Es wäre jedoch ein Irrtum, daraus zu schließen, daß Taft im persönlichen Umgang schroff und kalt gewesen sei. Während der kurzen Zeitspanne, in der ich mit ihm im Senat und in dessen Ausschuß für Arbeitsangelegenheiten während der letzten Monate seines Lebens zu tun hatte, beeindruckten mich sein erstaunlicher und

ungewöhnlicher Charme und sein entwaffnend schlichtes Auftreten ..."

Seite 229:

„... Zum Unterschied von Daniel Webster oder Edmund Ross hat Taft damit nicht den Lauf der Geschichte geändert; er bewirkte damit auch nicht wie John Quincy Adams oder Thomas Hart Benton den Abbruch seiner Laufbahn im Senat. Tafts mutvolles Auftreten trug sich nicht einmal wie bei den meisten anderen hier geschilderten Vorfällen im Senat selbst zu; dennoch verdient es, als Beweis der Aufrichtigkeit und des kühnen Eintretens fürs Recht in einer Zeit der Unduldsamkeit und Feindseligkeit hier gewürdigt zu werden ...

Seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen im Jahre 1948 wurde als wahrscheinlich bezeichnet ... Im Jahre 1946 nahmen die meisten politischen Beobachter an, daß Bob Taft keine Äußerung tun würde, die geeignet wäre, all seine Aussichten zu gefährden ...

Aber Taft war innerlich beunruhigt, und wenn er so bewegt war, dann pflegte er es auszusprechen. Ihn beunruhigten die Kriegsverbrecherprozesse, die eben in Deutschland zu Ende gingen und bald in Japan beginnen sollten. Der Nürnberger Prozeß, aus dem elf berüchtigte Naziführer aufgrund einer eindrucksvoll dokumentierten Anklage wegen ‚Führung von Angriffskriegen' verurteilt worden waren, hatte auf der ganzen Welt und insbesondere in den Vereinigten Staaten Zustimmung gefunden; ebenso die vom Gerichtshof verkündeten Todesurteile.

‚Gleichgültig, wie viele Bücher und Gutachten darüber verfaßt wurden', schrieb unlängst das Mitglied des Obersten Amerikanischen Gerichtshofes, Richter William O. Douglas, ‚gleichgültig, wie scharfsinnig die Untaten, derentwegen die Naziführer angeklagt waren, von den Juristen analysiert wurden, so sind diese Verbrechen nie vorher mit jener Präzision definiert worden, welche unsere Rechtsnormen gebieten, noch waren sie durch die Gemeinschaft der Völker als mit dem Tod zu ahnendes Verbrechen geächtet worden. Von unserem Rechtsstandpunkt aus fielen diese Verbrechen unter ein Ex-post-facto-Gesetz. Göring und Konsorten verdienten harte Bestrafung. Ihre Schuld berechtigte uns jedoch nicht, Rechtsprinzipien durch Macht zu ersetzen.'

Diese Erwägungen werden meines Erachtens heute von einer beträchtlichen Zahl Amerikaner geteilt, und sie wurden auch schon 1946 von einer erheblichen Zahl Amerikaner, wenigstens inoffiziell, geteilt. Doch kein maßgeblicher Politiker äußerte sich darüber und schon gar nicht nach der Urteilsverkündung und während der Vorbereitungen für die Hinrichtung — keiner außer einem: Senator Taft."

Seite 231:

„... Dennoch sprach Bob Taft darüber.

Am 6. Oktober 1946 erschien der Senator vor einer vom Kenyon College in Ohio veranstalteten Tagung über unser anglo-amerikanisches Erbe. Der Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß stand nicht auf der Tagesordnung, und von keinem der Sprecher wurde eine Äußerung darüber erwartet. Taft jedoch überwand seine wesensmäßige Abneigung, sich auf überraschend neue und dramatische

Themen einzulassen und gab seiner Ansprache den Titel: ,Gleiches Recht vor dem Gesetz'.

... teile er mit: ,Ein von den Siegern gegen die Besiegten geführter Prozeß kann nicht unparteiisch sein — in welchen Rechtsformen auch immer er gehalten wird ... Über diesem gesamten Urteil schwebt der Geist der Rache, und Rache ist selten auch Recht. Die Hinrichtung der elf Verurteilten wird ein dunkler Punkt in der amerikanischen Geschichte sein, den wir lange bedauern werden ...'

Das war zehn Tage vor dem Hinrichtungstermin. Bob Taft kritisierte in kühlen und sachlichen Worten das Urteil und meinte, daß strafweise Verbannung — in der Art wie über Napoleon verhängt worden war — weiser wäre ... Diese Rede wirkte wie eine Bombe inmitten eines hitzigen Wahlkampfes; in ganz Amerika rannten die republikanischen Kandidaten in Deckung, indes die Demokraten die Gelegenheit benützten, zum Angriff vorzugehen ..."

Seite 236:

„... Ein Vertreter Tafts gab für ihn nur folgende kurze Erklärung ab: ,Er hat seine Ansicht zu der Sache geäußert und wird niemandem das Recht verwehren, ihn deshalb zu kritisieren.' Taft konnte jedoch nicht verstehen, warum sogar ein so alter Anhänger, der Publizist David Lawrence, den Standpunkt des Senators als nur eine ,technische Haarspalterei' bezeichnete. Ebenso hat es ihn wohl besonders getroffen, daß so angesehene Verfassungsrechtler wie der Präsident der Vereinigung Amerikanischer Anwälte sowie der Vorsitzende ihres Vollzugsausschusses und andere führende Juristen seine Erklärung beklagten und Kriegsverbrecherprozesse als völkerrechtlich einwandfrei verteidigten.

Denn Taft hatte nicht ,die Nazimörder verteidigt' — wie ihm das ein Gewerkschaftsführer vorwarf — noch sich für eine Inselpolitik ausgesprochen, wie die meisten Beobachter annahmen, sondern für die Verteidigung dessen, was er als die überlieferte Auffassung von Recht und Gerechtigkeit betrachtete. Den Apostel strengster Verfassungstreue, den Hauptanwalt der konservativen Lebens- und Regierungsauffassung, Robert Alphonso Taft, schreckte dabei nicht der Schaden, den er damit seiner Partei und seinen eigenen Aussichten auf die Präsidentschaft zufügen konnte. Ihm ging es um die möglicherweise gefährdete Idee des Rechts, alles andere schien ihm nebensächlich..."

Der Vorfall zeigt uns, welche ungeheure Macht die Publizistik in den Vereinigten Staaten ausübt, und wenn das amerikanische Volk nicht aus eigener Kraft diese Hydra enthauptet, wird sie Amerika — und wenn die übrige Welt es nicht erkennt auch diese — in immer neue Katastrophen stürzen. Daß für den Kampf mit dieser Hydra ein Super-Herkules nötig ist, liegt auf der Hand, trotzdem wird die Behauptung aufrechterhalten. Und wenn das amerikanische Volk keine revolutionäre Änderung herbeiführt, dann müssen wenigstens alle Völker außerhalb der Vereinigten Staaten die Gefahr erkennen und sich von jeder Bindung mit ihnen lösen.

Wir kennen in der amerikanischen Geschichte Perioden, in denen auch

das Volk eine gewisse Kriegsbereitschaft zeigte. Mehr noch als 1917 war es jedoch in den enddreißiger Jahren stark friedensbetont.

Wir haben schon wiederholt auf die Rolle verwiesen, die Roosevelt gespielt hat. Es bleibt noch zu erwähnen, daß er im Gegensatz zu seiner inneren Überzeugung, zu den vielfachen Absprachen und den für den Krieg gestellten Weichen, den Wahlkampf 1940 mit dem ausdrücklichen Tenor führte, Amerika aus dem Krieg in Europa unter allen Umständen herauszuhalten. Erst Pearl Harbour brachte die Amerikaner in die Erregung, die Roosevelt für seinen Krieg brauchte, mit dem er die wirtschaftlich und sozial auf sich zukommende Katastrophe abwandte. Die psychologische Bedeutung, die Pearl Harbour für Amerika hatte, zeigte jede amerikanische Wochenschau während des Krieges, die regelmäßig in jeder Woche mit dem gefilmten japanischen Angriff auf die amerikanische Flotte begann, der mit dem Memento: ‚Remember Pearl Harbour!' (Denke an Pearl Harbour!) akustisch oder optisch begleitet wurde. Auch als Deutscher in amerikanischer Kriegsgefangenschaft merkte man, daß Japan eigentlich die ganzen Kriegsjahre über Feind Nr. 1 war. Wenn die Erbauer der ersten amerikanischen Atombombe und die Physiker, die als geistige Väter derselben gelten, allen voran Albert Einstein, diese auch für den Abwurf auf deutsche Städte vorgesehen hatten, in dem Massenmord von Hiroshima und Nagasaki spürt man, neben anderen geplanten Wirkungen, ganz eindeutig die Rache für Pearl Harbour.

Es wird immer schwer sein, schlüssige Beweise für die Stimmung der Bevölkerung eines Landes gegenüber dem Krieg zu erhalten; auch Meinungsumfragen sind hier kaum überzeugend. Die Stimmung hängt von vielen Faktoren ab; sie kann durch bestimmte Ereignisse über Nacht umschlagen.

Die aktuellen Ereignisse in der amerikanischen Politik sind recht aufschlußreich und decken sich im wesentlichen mit den historischen Parallelen. Die anschwellenden ersten Zeichen einer Wirtschaftskrise in den endvierziger Jahren, die mit dem Korea-Krieg zum Stillstand gebracht wurden und zu dem großen Boom führten, lassen echte Zweifel aufkommen, ob die Nordkoreaner wirklich so freundlich waren, durch ihre „Offensive" die amerikanische Wirtschaft zu sanieren. Es ist bis heute ungeklärt, wer die Verantwortung für die ersten Kriegshandlungen in Korea trägt. Die Verantwortung für den Krieg in Vietnam allerdings trägt unbestritten Amerika. Es kann durchaus sein, daß diesmal auch innerpolitische Schwierigkeiten dazu beitrugen, den Schwerpunkt der Gesamtpolitik von den Rassenunruhen im Innern der USA wieder nach Asien, diesmal nach Vietnam zu verlegen. Wie stark jedoch auch Wallstreet von dem Krieg in Vietnam bewegt wird,

konnte man feststellen, als Ho Tschi-Minh die amerikanische sogenannte Friedensoffensive mit einem eigenen Vorstoß parierte, die als Friedensbotschaft Nordvietnams verstanden wurde und die abrupt alle wichtigen Aktien der direkten und indirekten Kriegsindustrie, fast alle gleich, um rund 15 Punkte fallen ließ. Die „Friedensoffensive" Johnsons dagegen ließ die Börse weitgehend stabil; ein Zeichen, wie die Experten diese als Propaganda erkannte Aktion eingestuft hatten. Bei den zweifellos guten Kontakten zwischen dem Weißen Haus und Wallstreet ist es bester Beweis für die Behauptung, daß sie nichts als Bemäntelung der Wiederaufnahme der Bombenangriffe auf Nordvietnam war. Dem Friedensangebot der USA steht die Forderung von Nordvietnam und der Vietkong entgegen, die den völligen und endgültigen Abzug der Amerikaner aus Vietnam zum Ziel hat.

Diese ultimative Forderung, hinter der die kämpferische Entschlossenheit des Volkes in Vietnam steht, läßt die Ideallösung, wie sie sich Johnson, das Pentagon und die Wallstreet wünschen, nicht zu, nämlich den begrenzten Krieg, in dem allenfalls Südvietnamesen fallen und der genau in dem Maße am Kochen gehalten wird, daß die Bevölkerung in den USA nicht dagegen rebelliert, die Kriegsindustrie aber weiter prosperiert.

Die militärischen Erfolge der südvietnamesischen Freiheitskämpfer, die nur deshalb als Kommunisten erscheinen, weil die Antikommunisten in Vietnam ein Haufen korrupter, käuflicher amerikanischer Kreaturen sind, beruhen nicht zuletzt auf der mangelnden Moral der amerikanischen Verbündeten. Nur so war es möglich, daß die Vietkong heute rund $^4/_5$ des südvietnamesischen Raumes kontrollieren.

Es ist übrigens ein Symptom, das nicht unbeachtet bleiben darf, wenn nicht nur in Asien, sondern auch in Südamerika und Europa sich immer die Charakterschwachen, die moralisch Labilen und die für die Korruption und Prostitution empfänglichen Kreise der Bevölkerung zu dem Amerikanismus hingezogen fühlen. Es ist dabei die weltpolitische Tragik, daß die Verantwortlichen in den Vereinigten Staaten diese bequemen, weil käuflichen Partner immer auch akzeptieren. So zwang und zwingt man die nationalen Freiheitsbewegungen, die immer von den charakterstarken, den unbestechlichen, den moralisch einwandfreien Vertretern eines Volkes getragen werden, vielfach in die Partnerschaft mit dem Kommunismus. Wir erleben diese Tragödie nicht nur auf der revolutionären, sondern auch auf staatlicher Ebene.

Die Außenpolitik der USA, die besonders eng mit dem Namen Dulles verbunden ist, trieb durch ihre antineutralistische, das ist antinationale Kreditpolitik eine ganze Reihe von Staaten in das sowjetische Lager, zumindest in die engste Nachbarschaft. Wenn Südamerika für den

Kommunismus anfällig ist, dann nur weil die Vereinigten Staaten den Sozialismus und Neutralismus radikal bekämpften und den Völkern nur die Teufelsalternative „Ost" oder „West", also Wallstreet oder Kreml ließ. Ohne den Kampf gegen den Peronismus in Argentinien und darüber hinaus, gäbe es heute in Süd- und Mittelamerika nicht den Fidelismus, wie er sich jetzt präsentiert.

Wir sehen, wie komplex und völlig ausweglos die Lage für die Amerikaner in Asien ist, ausweglos allerdings nur, solange sich die Amerikaner nicht endlich auf sich selbst besinnen, den Wahn der Pax Americana ablegen und in ihrem Lande die soziale und wirtschaftliche Ordnung schaffen, die sie von dem Zwang befreit, in Experimente nach außen flüchten zu müssen, die heute eben risikoreicher sind, als sie es 1917 und 1941 waren.

Daß die Zusammenhänge von Wallstreet und Krieg keine antiamerikanische Fiktion sind, sondern historisch bewiesen werden können, hat neben vielen anderen auch unser Kronzeuge Dexter Perkins festgestellt, wenn er es an anderer Stelle auch zum Teil wieder — als treuer Bürger der USA — bestreitet.

Er schreibt:

Seite 165:

> „... Wenn wir die Perioden der steigenden Kriegslust sorgsam vergleichen, werden wir finden, daß sie offenbar mit Perioden wirtschaftlicher Störungen oder mit der Erholung von solchen Störungen zusammenfallen ...
>
> ... der Krieg von 1812 nach dem wirtschaftlichen Aufschwung, der eintrat, als die katastrophale Politik der Handelssperre aufgegeben wurde. Der mexikanische Krieg brach aus, nachdem auf die Depressionsjahre 1837—42 eine Periode der Erholung gefolgt war, der spanisch-amerikanische Krieg, nachdem auf die verheerende Depression von 1893 wieder wirtschaftlicher Wohlstand eingekehrt war; in den ersten Weltkrieg griffen wir ein, nachdem auf einen leichten wirtschaftlichen Niedergang zu Beginn der Amtszeit Wilsons der Krieg neuen Geschäftsauftrieb gebracht hatte, und schließlich nahmen wir am zweiten Weltkrieg teil, als nach den schlechten Jahren 1937—38 eine beträchtliche wirtschaftliche Erholung folgte ..."

Perkins führt dann allerdings eine Gegenthese von A. L. Macfie, Professor an der Universität in Glasgow, an, die dieser 1937 in der Zeitschrift Economic History vertritt. Mit Arbeitslosenzahlen der Gewerkschaften und dem Arbeitslosenversicherungssystem in Großbritannien will er für die Perioden 1851—72 und 1893 — 1914 beweisen, daß keiner der europäischen Kriege während einer schweren Wirtschaftsdepression ausgebrochen sei, sondern alle in Zeiten wachsender Prosperität und alle in Verbindung mit einem ungestümen Verlangen nach starker Expansion. Macfie setzt weiter auseinander, daß die

Kriege des 19. Jahrhundert in Zeiten steigender Preise begannen, während die Periode von 1820—49 und 1874—96, in denen die Preise fielen, Friedensjahre waren.

Das Bemühen Perkins, seine eigene Behauptung von Macfie widerlegen zu lassen, gleichsam um die amerikanische Politik in ihrer Verquickung mit den Wallstreet-Interessen reinzuwaschen, ist zu durchsichtig. Auch wenn man europäische Vorgänge nicht unbedingt mit amerikanischen vergleichen kann, der „ungestüme Drang nach Expansion" ist eben die Auswirkung der Komplizenschaft von Politik und Kriegsindustrie. Letztere ist als integraler Bestandteil der Gesamtwirtschaft dominierend. Außerdem haben Kühlschränke, Badewannen, Kochtöpfe und Fahrräder eine längere Lebensdauer als Panzer, Kanonen und Bombenflugzeuge, die meistens bereits überholt sind, wenn sie in die Serienproduktion gehen. Das den Umsatz steigernde Kriegsmaterial ist für die Industrie in einer liberalistisch-kapitalistischen Wirtschaft immer interessanter als die nur bedarfsgüterdeckende Industrie.

Es ist zudem erschütternd, wie technischer Fortschritt häufig nur dann möglich ist, wenn er militärisch und strategisch motiviert wird, weil die Staatshaushalte grundsätzlich dem Wehretat Vorrang geben und militärische Forschungsobjekte daher großzügiger finanziert werden können als solche, die „nur" dem menschlichen Fortschritt dienen. Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit und publizistisch völlig im Schatten der Weltraumforschung, findet zur Zeit ein Wettrennen der Großmächte um die Erforschung der Weltmeere statt. Wissenschaftler haben glaubhaft nachgewiesen, daß im Meer die große Zukunft der Menschheit liegen wird. Mit dem Meer als Rohstoff- und Nahrungsmittelreserve kann die Menschheit unbesorgt der Bevölkerungsexplosion entgegensehen. Wenn es gelingt diese Reserven zu nutzen, ist jede Hungersnot von der Erde gebannt, wie groß die Bevölkerungszahl auch sei. Mit der Meeresbiologie und der Ozeanographie wird der im Augenblick wieder einmal grassierende Malthusianismus ad absurdum geführt.

Der große Vorsprung, den die Sowjetunion auf dem Gebiet der Ozeanographie hat, läßt sich von seiten der Vereinigten Staaten nun nur dadurch aufholen, daß man die nötigen Mittel als militär-strategisch wichtig erklärt und indem man mit den russischen Atom-U-Booten vor den ungeschützten Küsten Amerikas droht. Diese Bedrohung nicht in Erwägung zu ziehen, wäre vom Standpunkt der USA aus gesehen zweifellos leichtfertig; es stellt sich aber die Frage, in was für einer Welt wir leben, wo erst eine Bedrohung durch U-Boote die Verantwortlichen überzeugt, die entsprechenden Mittel für die Meeres-

forschung zur Verfügung zu stellen, wenn damit die Hungersnot in aller Welt beseitigt werden kann.

Dieses Denken in rein militärischen Kategorien und deren absolute Priorität ist schließlich der Hauptgrund für jeden Krieg. Das im Altertum vielleicht gültige Si vis pacem para bellum — Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor! — hat heute schon deshalb keine Gültigkeit mehr, weil das Vorbereiten eines Krieges unserer Zeit die Kapazität jeder Volkswirtschaft übersteigt und keinen Platz läßt für die Aufgaben, die heute der Menschheit gestellt sind, nämlich im 20. Jahrhundert endlich dafür zu sorgen, daß jeder Mensch auf unserer Erde satt zu essen hat. Ich bin überzeugt, wenn es von strategischer Bedeutung für die Vereinigten Staaten von Amerika wäre, daß alle Inder satt werden, dann gäbe es in kurzer Zeit keinen Hunger mehr in Indien. Ob es nicht schon bald eine strategische Frage sein könnte, daß alle Völker satt zu essen haben?

Die These von Macfie widerlegt sich selbst. Auch Perkins sollte dabei bleiben, daß die Wirtschaftskreise direkten und indirekten Einfluß auf die amerikanische Politik haben. Die Behauptung, in Krisenzeiten bräche kein Krieg aus, ist eine Binsenwahrheit, aber durch die Struktur der liberalistisch-kapitalistischen Wirtschaftsform in Verbindung mit dem erwähnten Si-vis-pacem-para-bellum-Denken, beseitigt man die Krise der Wirtschaft mit militärischen Mitteln: Man rüstet auf, aktiviert und saniert damit die Kriegsindustrie in allen ihren letzten Verästelungen, erreicht eine Prosperität, aber gleichzeitig den „ungestümen Expansionsdrang“, der zwangsläufig zum Kriege führt.

Die Gefahr liegt in allen Völkern und Staatswesen, ganz gleich ob Demokratie oder Diktatur, in keinem Land ist sie aber so groß und durch ihre globale Bedeutung so weltbedrohend wie in den Vereinigten Staaten von Amerika. Das hat historische Gründe, die sich bis heute strukturell erhielten und die wiederum eng mit dem Fetisch zusammenhängen, zu dem die Amerikaner den hehren Begriff der Freiheit degradiert haben.

2. Die USA und die Freiheit

> Ich halte mich durchaus für einen Zyniker, aber auf die Idee, die Freiheitsstatue ausgerechnet im Hafen von New York aufzustellen, wäre selbst ich nicht gekommen.
>
> George Bernard Shaw

Wir haben bereits erwähnt, daß die Amerikaner sich als Vorkämpfer für die „Freiheit" oder für den „freien Westen" fühlen, und zwar für das, was sie dafür halten, also die Freiheit amerikanischer Prägung, die uneingeschränkte, individuelle Freiheit. Was für viele Bereiche gilt, muß auch hier gesagt werden: Wenn ein Volk materielle oder geistige Werte exportiert, empfiehlt es sich in jedem Fall, diese genau auf ihren tatsächlichen Wert zu untersuchen. Sie müssen sich im eigenen Lande bewährt haben. Exportierte Ware ist dabei weniger bedeutsam; taugt sie nichts, wird sie fortgeworfen, in Zukunft nicht mehr gekauft und hinterläßt allenfalls ein selbstgefälliges Lächeln im Importland. Ganz anders verhält es sich mit geistigen Werten, ganz besonders wenn man sie noch zur beherrschenden Ideologie macht, so wie man die „Freiheit" zum Götzen des Amerikanismus machte. Es wäre schlimm genug, die amerikanische Lebensart mit der Ideologisierung der persönlichen Freiheit in andere Länder ausgeführt zu haben, schlimmer ist die Pervertierung des Begriffes, indem man den ganz brutalen, merkantilen amerikanischen Imperialismus und Kolonialismus mit ihm verbrämt.

Es hieß früher von dem englischen Kolonialismus: Sie sagen Bibel und meinen Kattun. — Für den amerikanischen Imperialismus kann man es abwandeln: Sie sagen Freiheit und meinen Absatzmärkte. Es wäre eigentlich ein Objekt für Karikaturisten und Kabaretts, wenn wir nicht die Denkfaulheit und die Oberflächlichkeit in Betracht ziehen müßten, die es allein erklären, daß auch ernstzunehmende Menschen an die Mission der Amerikaner glauben. Wenn wir schon beim Abwandeln von Zitaten sind: Das am Kopf dieses Kapitels zitierte Wort von Shaw paßt abgewandelt durchaus auf die Methoden, mit denen den Völkern die „Freiheit" zum Teil aufgezwungen wird. Gefolterte Vietkong, Bomben auf Frauen und Kinder in Nordvietnam und stolze Siegesmeldungen — übrigens auch in der amerikanisierten deutschen Presse —, daß wiederum eine Einheit der Vietkong „vernichtet und aufgerieben" wurde, wobei der Feind soundsoviele Tote zu beklagen hatte, scheinen mir schlimme Vorgänge zu sein; sie mit dem „Kampf für die Freiheit" zu motivieren, ist ganz einfach pervers.

Wir sollten uns einmal mit dem Begriff Freiheit beschäftigen, wie ihn die Amerikaner verstehen und praktizieren, um zu untersuchen,

ob er mit dem übereinstimmt, was wir in Europa oder auch in anderen Teilen der Welt unter Freiheit verstehen.

Es gibt keine absolute Freiheit. Man muß unterscheiden zwischen Freiheit des Individuums und Freiheit der Nation. Beide können sich unter Umständen gegenseitig aufheben; absolute Freiheit des Individuums kann die absolute Knechtschaft der Nation bedeuten und umgekehrt. Beide Freiheiten sind nur dann berechtigt, wenn sie weder auf Kosten anderer Individuen noch auf Kosten anderer Völker beansprucht werden. Die individuelle Freiheit unterscheidet sich wesentlich, wie sie einem Fallensteller in Kanada oder dem Bewohner einer modernen Großstadt gewährt werden kann. Damit bietet sich die Grundthese für die Gesellschaft an: Freiheit ist nur in Verbindung mit Ordnung denkbar, sonst wird aus Freiheit Chaos, so wie aus Ordnung ohne Freiheit Terror wird. Das Wechselspiel von Freiheit und Ordnung ist die allein gültige Grundlage jeder Gemeinschaft, von der Familie bis zum Staat und darüber hinaus. Wenn wir die Begriffe Freiheit und Ordnung in ihrer ganzen Nuancierung graphisch, wie in einem Koordinatensystem darstellen wollten, dann hätten wir die jeweiligen Überspitzungen nicht als äußerst positive und äußerst negative Antagonismen zu verstehen, sie bildeten vielmehr als äußerste Negative den hemmungslosen Schwerverbrecher, dem jede Ordnung fremd ist und den hündischen Kriecher, dem jedes Freiheitsgefühl abgeht und stünden in ihrem sittlichen und soziologischen Wert beide auf der gleichen niedrigsten Stufe.

Wenn man je nach Gegebenheit immer soviel Freiheit zugibt, wie „man" zulassen darf und soviel Ordnung, wie „man" verlangen muß, dann steht als äußerstes Positivum, als Idealbild weder das Individuum mit dem ausgeprägtesten Freiheitsgefühl noch das mit dem stärksten Ordnungssinn, sondern der Mensch, der Freiheit und Ordnung in die gemäße Harmonie zu bringen versteht. Solange theoretisch philosophiert wird, können sich wenig Schwierigkeiten ergeben; wenn man die Gedanken in die Praxis überträgt, kommt zwangsläufig die Frage: Wer ist „man"? Wer entscheidet, wieviel Freiheit zugelassen werden darf und wieviel Ordnung verlangt werden muß? „Man" kann nur der Staat sein. Der Staat sind wir! Nichts ist in der Welt und besonders in Deutschland notwendiger, als ein ausgeprägtes Staatsbewußtsein. Die Feindschaft zum Staat — nicht etwa zu den Provisorien DBR oder DDR, sondern ganz allgemein zum Staat — und zwar von denen gepredigt, die niemals Verantwortung zu tragen bereit oder verpflichtet sind, ist eine der ausgeprägtesten Formen der Schizophrenie unserer Zeit.

In der Praxis hängt natürlich viel von den äußeren Umständen ab,

wenn Freiheit und Ordnung zugemessen werden. Nicht nur der kanadische Fallensteller in der Einsamkeit seiner Welt und der Bewohner der Großstadt in der Turbulenz seiner Umgebung stehen als Beispiele zur Wahl; dazwischen liegt die ganze Skala menschlichen Daseins, für die gewisse Narren in ihrem Größenwahnsinn glauben, jedem die gleiche gültige Norm verpassen zu können, ganz gleich, ob sie gemäß ist oder nicht. Diese Narretei wird nicht nur von den Amerikanern praktiziert und von gewissen Deutschen nachgeäfft, sondern sie ist auch ein entscheidender Grund, warum der Bolschewismus scheitern mußte. Da sich alles im Leben dialektisch entwickelt, hängt bei der „Festsetzung" der Dosierung von Freiheit und Ordnung in ihrer Wechselbeziehung zum Wohlbefinden der Betroffenen und den Interessen der Gemeinschaft viel von der „These" ab, der man die „Antithese" entgegensetzt. Je mehr Freiheit bisher zugestanden war, je mehr Ordnung wird jetzt entgegengesetzt werden müssen, und je mehr Ordnung bisher verlangt wurde, je mehr Freiheit kann jetzt zugestanden werden.

Wie jedes geordnete Staatswesen, mußten auch die Vereinigten Staaten von Amerika früher oder später sich den Gesetzen unterordnen, die für eine normal gesittete Gesellschaft gelten. In Jahrhunderten zog Amerika alles an, was sich in Europa in der persönlichen Freiheit mit Recht oder Unrecht eingeschränkt fühlte: sozial Unterdrückte, religiös Verfolgte, Abenteurer, Glücksritter und Verbrecher aller Schattierungen. Die uneingeschränkte persönliche Freiheit war ihnen garantiert, und sie machten regen Gebrauch davon. Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, das reiche und landschaftlich so herrliche Land — das heißt überall dort, wo es Menschen nicht mit Schildern und Plakaten, mit Kitsch und Pornographie verschandelt haben — konnte sich die Großzügigkeit lange Zeit leisten, ohne in nationale Schwierigkeiten zu kommen. Mit Zunahme an nationalem Selbstverständnis über die Landesgrenzen hinaus vollzog sich eine Wandlung. Mehr und mehr Gesetze schränkten die bedingungslose persönliche Freiheit ein, und mit dem, was man „McCarthyismus" nennt, erreichte diese Entwicklung ihren bisherigen Höhepunkt im Frieden. Im letzten Kriege hatte man Japaner ohnehin in Konzentrationslagern zusammengefaßt, und die Bewegungsfreiheit der Deutschamerikaner war teilweise auch eingeschränkt. Der McCarthyismus war über das Ziel hinausgeschossen und mußte deshalb seinen Tribut zollen; wenn aber John F. Kennedy als neugewählter Präsident seinen Landsleuten damals sagen konnte: „Fragen Sie nicht immer, was das Land für Sie tut, überlegen Sie lieber, was Sie für das Land tun können!", dann unterscheidet sich das nur noch in Nuancen von den Thesen einer vielgeschmähten deutschen Epoche, die da hießen: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz!" und

„Du bist nichts, dein Volk ist alles!" — Quod licet Ami, non licet Nazi!

Wir wollen keine Überlegungen anstellen, wie sich die amerikanischen Verantwortlichen in der Exekutive verhalten hätten, wenn sie vor ähnlichen Situationen gestanden wären, wie die deutschen in ihrer jüngsten Geschichte. Daß jeder Staat, der nicht in Wolkenkuckucksheim existiert, seinen Bestand gegen innere und äußere Zersetzung sichern muß, hat sich heute auch in den USA durchgesetzt. Eine solche Prozedur geht nicht ohne Beschneidung der persönlichen Freiheit, und das bedeutet eine weitere Zunahme an Ordnung. Es ist die Tragödie unserer Zeit, daß Amerika im Zustand dieser Pubertät, gleichsam als Halbstarker unter den Völkern, den Führungsanspruch in der Welt erhob. Mit seiner Art, der ganzen Welt den „American way of life" aufzuzwingen, eigenständige Kulturen zu zerstören, schlechtes Benehmen und Unerzogenheit als heilige Güter der individuellen Freiheit auszugeben und den brutalen Wallstreet-Imperialismus als Kampf für Demokratie und Menschenrechte zu kaschieren, provoziert der Amerikaner bei allen Völkern Gefühle der Abneigung, die bis zum Ekel gehen. Wir haben keinen Grund, die Politik Hitlers, zum Beispiel gegenüber der Sowjetunion, zu verteidigen. An anderer Stelle ist kein Zweifel gelassen worden, daß sie falsch war. Verglichen mit der amerikanischen Politik ist sie jedoch moralisch deshalb weniger angreifbar, weil sie zwar falsch, aber ohne Heuchelei war. Hitler sagte, tausendjährigen Regeln folgend, aus der räumlichen Enge Deutschlands heraus: Deutschland braucht Land und Rohstoffe; beides ist im Überfluß im relativ menschenleeren Osten, also werden wir uns nach Osten ausdehnen. Da war nicht die Rede von Menschenrecht, Freiheit und Christentum; das macht alles deshalb nicht friedlicher und nicht humaner, aber es macht es weniger widerlich als die Heuchelei, mit der die amerikanische Politik ihren Imperialismus gestern und heute verbrämte und verbrämt.

Der amerikanische Kreuzzug für die Freiheit ist deshalb eine Lüge, weil er nicht für die Freiheit der Völker geführt wird, sondern für die Interessen einer Nation, nämlich der Vereinigten Staaten von Amerika. Persönliche Freiheit in anderen Ländern genießen nur, die sich bedingungslos den von Amerika diktierten Thesen unterwerfen. Daß es in allen Völkern nur die Charakterschwächlinge sind, wurde schon gesagt. Es wurde auch erwähnt, daß Exportware im eigenen Land bewährt sein muß. Alle Erfahrung, die man im eigenen Lande mit der hemmungslosen und zügellosen Freiheit gemacht hatte, hätte eine Warnung sein sollen, dieses Chaos, soziologisch und kulturell gesehen, in andere Länder zu bringen, wenn es auch im vitalen Interesse der amerikanischen Wirtschaft liegen mag, die individuelle auf Kosten der nationalen Freiheit in anderen Völkern zu überspitzen,

weil damit der ungehemmte Absatz amerikanischer Güter garantiert wird.

Wir haben heute, nach einigen Jahrzehnten amerikanischer Kolonialpolitik in Europa und in Asien, die Erfahrung und das Recht, um festzustellen: Wo der Amerikaner herrscht, regiert das Chaos. Die Freiheit, die der Amerikaner über die Erde verbreiten will, ist — uninteressant, ob vom Weißen Haus gewollt oder nicht — in Wahrheit die Freiheit der Pornographie, die Freiheit der Nachtbarbesitzer, die Freiheit der Unmoral, die Freiheit von Sex and Crime. Nichts mußte einen Deutschen, der auch noch aus Mitteldeutschland stammt, mehr erschüttern, als die Berichte über die „Liberalisierung in der DDR", die sich angeblich dadurch zeigt, daß die Pornographie in Film, Presse und im öffentlichen Leben Raum gewinnt, daß die schizophrene „Kunst" sich durchsetzt und daß der Beat der Jugend geduldet wird.

Symptomatisch waren die Vorgänge um die Verurteilung der beiden sowjetischen Dichter Daniel und Sinjawski. Der unerhörte Wirbel, der in der gesamten westlichen Presse veranstaltet wurde, wies darauf hin, daß hier die Internationale der Pornographie getroffen wurde. Man konnte mit Sicherheit auf eine Bestätigung warten. Die in Deutschland erscheinende Zeitung „Die Welt" veröffentlichte die Erzählung von Daniel „Hier spricht Moskau". Es gab zwar Stellen, die in die Richtung der Pornographie deuteten, sie waren aber lesbar und erträglich. Kurze Zeit später bestätigt „Die Welt" die Vermutung und verwahrt sich gegen eine Unterstellung der auch in Deutschland erscheinenden Zeitung „Die Zeit", die in ihrem Feuilleton folgendes geschrieben hatte:

> „Die Redaktion (der Welt) hielt es für nötig, auch aus den verbliebenen Kapiteln mehrere Passagen zu entfernen, die ihr offensichtlich allzu gewagt oder unsittlich zu sein schienen. Sogar einen Satz, in dem lediglich intimere weibliche Kleidungsstücke aufgezählt werden, hat man in der Welt gestrichen. Also: in der Sowjetunion inhaftiert, bei Springer zensiert."

Wenn die ZEIT sich zum Verteidiger der Pornographie macht, dann ist das nichts Neues, und wenn die WELT zu feige ist zu erklären:

Jawohl, wir haben es unseren Lesern nicht zumuten wollen, die Zeitung vor jungen Menschen verstecken zu müssen!, dann liegt das in der Linie der Springer-Presse, eben keine Linie zu haben. Wenn aber in Westdeutschland außer Pater Leppich und Herrn Süsterhenn keiner der Exponenten aus Politik, Publizistik und den Kirchen einmal hergeht und *ernsthaft* Schritte unternimmt, den Schweinestall in der Bundesrepublik auszumisten und endlich unsere Jugend vor Schmutz und Widerlichkeit zu schützen, dann kann man nur mit Grauen in die Zukunft schauen.

Vergebens wartet die Masse der Bevölkerung, ob sich nicht einmal ein einziger Vertreter der großen Presse offen von seinen pornographischen Kollegen distanziert. Die Verkommenheit scheint hier vollkommen zu sein.

Die Zersetzung der Moral ging immer parallel mit dem Untergang der Kulturen. Wer Moral und Sittlichkeit untergräbt, zerstört nicht nur die Kultur, sondern er bereitet den Weg für die Kräfte, die auch politisch an die Stelle der demoralisierten Macht treten. Der Amerikanismus ist deshalb keine Antithese gegen den Kommunismus, sondern, im Gegenteil, er bereitet überall dort, wo er sich ausbreitet, das Feld für ihn. Der Kampf gegen den Amerikanismus ist darum Grundvoraussetzung, wenn man die Weltherrschaft des Kommunismus verhindern will. Der Kommunismus sowjetischer Prägung, mit dem wir uns in Europa in erster Linie auseinanderzusetzen haben und dessen wirtschaftliche und soziale Praktiken für Europa abgelehnt werden müssen, hat dabei eine gefährliche Eigenart: Er zerstört die bestehende Kultur nicht. So wie die ethnographisch verschiedenen Kulturen in der Sowjetunion nicht nur nicht zerstört, sondern sogar stark gefördert werden, so ist sowohl aus Asien als auch aus Europa kaum ein Fall bekannt, wo Volkstum und kulturelle Tradition zerstört wurden. Gerade für Asien mit seiner hohen Kultur und seiner tiefen Sittlichkeit ist diese Tatsache von ausschlaggebender Bedeutung für die weltweite Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Amerikanismus. Es hat sicher eine Rolle bei der Konsolidierung des Systems gespielt, daß nach langen inneren Kulturkämpfen die russische Kultur und die Bräuche der Völker der UdSSR sich gegenüber einer zentralen, volksfremden, nämlich künstlichen neuen Kultur durchsetzten. Wenn der Kampf gegen die Kirche und damit die Gottlosenbewegung jede Bedeutung verloren hat, dann liegt das auf gleicher Ebene. Die Ereignisse auf diesem Gebiet in Italien deuten eine interessante Entwicklung an.

Kulturen zerstören sich nicht, sie befruchten sich gegenseitig. Der Todfeind jeder Kultur ist die Zivilisation, und zwar nicht der selbstverständliche technische und zivilisatorische Fortschritt, sondern wenn Kultur mit Zivilisation verwechselt wird, wenn Zivilisation die Kultur verdrängt, ein Vorgang typisch für die USA.

3. Die USA und die Kultur

> Wenn in tausend Jahren zukünftige Generationen die Reste unserer Kultur ausgraben, was werden sie dann finden? Badewannen und Spülmaschinen.
> Frank. L. Wright (USA)

Die Amerikaner haben ohne Frage eine überaus hohe Zivilisation, dagegen keinerlei Kultur. Während die Zivilisation der USA typisch amerikanisch ist, werden alle kulturellen Erscheinungen importiert. Bis auf wenige krampfhafte Bemühungen in der modernen Musik — wenn man den größten Teil dieser Werke als Musik gelten lassen will — und bis auf einige literarische Ansätze, hat Amerika keine Produkte vorzuweisen, die sein Volk als schöpferische Kulturnation ausweisen würden. Ja, sie haben in der Musik bis heute nicht einmal mehr als eine Handvoll im Lande geborene international anerkannte Interpreten hervorgebracht. Ohne die importierten europäischen Spitzenkräfte an Dirigenten, Sängerinnen und Sängern wäre die Metropolitan Opera ein besseres Provinzunternehmen. Es ist aber nicht nur die mangelnde Schöpferkraft, sondern nicht zuletzt der gesamte Lebensstil, der die USA als ein Musterbeispiel dafür erscheinen läßt, wie die Zivilisation die Kultur erschlagen hat.

Es mag zwar — wie man sagt — günstig für den Blutkreislauf sein, die Beine beim Sitzen auf den Tisch zu legen, weder dem kultivierten Asiaten noch dem Europäer kann es genehm sein, und die Unsitte des Kaugummikauens bleibt trotz der wohltuenden Wirkung auf die Zähne eine ausgesprochene Ungezogenheit. Kultur ist ohne Selbstdisziplin nicht denkbar. Die Disziplin ist integrierender Bestandteil jeder Kultur.

Nirgends kann man die Vergewaltigung der Kultur durch die Zivilisation zwingender erleben als in den amerikanischen Publikationsorganen. Persönliche Erlebnisse haben hier einen unauslöschlichen Eindruck hinterlassen. Wir hatten in amerikanischer Kriegsgefangenschaft eines Tages die Möglichkeit, gebrauchte Radios zu kaufen, wurden damit Hörer der amerikanischen Radioprogramme. Keiner der Zeugen wird vergessen haben, wie der erste Apparat in unserer Baracke angeschlossen war und plötzlich Beethovens Musik aus dem Lautsprecher ertönte. Man stelle sich die Stimmung vor, mit welcher Andacht wir vor dem Apparat saßen, nicht ohne Stolz auf die Macht des deutschen Genius, der selbst den Haß des Krieges überwand. Mit einem Schlag: Schlußakkord und ohne auch nur den Bruchteil einer Sekunde Zeit zur Besinnung zu lassen, brüllt eine schneidende, gel-

lende, jedes Gefühl erschlagende Stimme in einer Sprache, amerikanischer ging es nicht, eine Reklamesendung für amerikanische Zigaretten: L.S.M.F.T. — L.S.M.F.T. — Lucky Strike means fine tobacco ... und dann eine Litanei über den besonderen Wert dieser Zigarettenmarke. Schluß, und mit der gleichen Abruptheit wie zuvor folgt erneut klassische Musik. Ich kann mich nicht entsinnen, in meinem an schokkierenden Ereignissen gewiß nicht armen Leben jemals so erschlagen gewesen zu sein wie in diesem Augenblick. Wir konnten feststellen, daß dies nicht etwa eine einmalige Entgleisung eines einzelnen Senders war, es war absolut typisch für Sendungen dieser Art überall in den Vereinigten Staaten von Amerika. Nun, wir laufen ja heute in Westdeutschland und in Westeuropa Gefahr, in einem ähnlichen, von Amerika inspirierten kulturellen Barbarentum zu ersticken.

Daß diese Ansichten nicht etwa Kriegsgefangenen-Ressentiments oder einer Überempfindlichkeit entspringen, läßt sich mit Äußerungen lebender prominenter Amerikaner beweisen. Hören wir uns deshalb an, was einige dieser Zeitgenossen zu diesem Thema zu sagen haben, das für die Zukunft der Welt von so großer Bedeutung ist. Die Zitate stammen aus dem 1963 erschienenen Buch „So sieht sich Amerika", einer Sammlung von Interviews, die der englische Korrespondent der SUNDAY TIMES Henry Brandon mit führenden Vertretern aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens in den endfünfziger und anfangsechziger Jahren geführt hat.

Seite 38:

Peter Ustinov, viel in den USA lebender Schauspieler, Regisseur und Schauspielautor auf die Frage, ob es eine amerikanische Kultur gibt:

> „Man wartet wohl noch auf den großen amerikanischen Roman, auf die große amerikanische Symphonie und die große amerikanische Oper ... Jedenfalls ist es ganz unverkennbar, daß die Amerikaner an ihrer ‚Kultur' hartnäckig und bewußt arbeiten ..."

Seite 102:

Edmund Wilson, Literaturkritiker, auf die Frage Brandons nach der englischen Nachkriegsliteratur:

> „... Ich möchte die Engländer nicht so kritisieren, als meinte ich, wir Amerikaner seien ihnen überlegen. Denn ich finde unsere Leistungen nicht besonders interessant oder hervorragend ... Ich lese allerdings mehr englische als amerikanische Gegenwartsliteratur, weil das amerikanische Zeug häufig schlecht geschrieben und formal überhaupt nicht gelöst ist ..."

Seite 110:

Arthur Miller, Schriftsteller und Dramatiker:

> „... Sex bringt es offensichtlich auch fertig, die Leute ins Theater zu locken, und das Theater ist ja bis zu einem gewissen Grade ein

Geschäftsbetrieb. Ich glaube, die Sex-Besessenheit ist inzwischen schon konventionell geworden. Zahlreiche Stücke werden darauf abgestellt, da es eine Art Kurzschrift ist, mit deren Hilfe wir in das Leben der Leute eindringen können, die wir darstellen. Wir denken, wir können über ihre sexuellen Komplexe in ihr Leben eindringen. Für viele Leute ist es sogar das einzige, das überhaupt echt ist ..."

Seite 137:

Frank Lloyd Wright, führender Architekt:

„... Wenn in tausend Jahren zukünftige Generationen die Reste unserer Kultur ausgraben, was werden sie dann finden? Badewannen und Spülmaschinen ..."

Seite 143:

Noch F. L. Wright:

„... Wir Amerikaner haben eine hohe Zivilisation und doch keine Kultur, weil wir keine eigene Architektur besitzen ..."

Seite 158:

Dr. Reinhold Niebuhr, führender amerikanischer Theologe, über den amerikanischen Wanderprediger Billy Graham:

„... Ich glaube darum nicht, daß Billy Graham viel Nützliches beiträgt. Für mich ist es die reinste Ironie, daß man in einer Riesenstadt wie New York erwartet, er würde kommen und die Stadt ‚erleuchten'. Kein Problem, über das er sprach, hatte irgendeinen Bezug zur Wirklichkeit, weder zu der schwierigen Frage: Kann es eine religiöse Gemeinschaft in der Großstadt geben? noch zu den anderen, den umfassenderen Problemen unserer Zeit, denen wir gegenüberstehen. Hier leben so viele Juden — das ist übrigens ein anderer Gesichtspunkt, den wir im Zusammenhang mit dem religiösen Leben Amerikas erwähnen müssen, denn der jüdische Einfluß ist hier stärker als irgendwo sonst —, diese Juden, also glaube ich, haben den größten Beitrag geleistet zum — ganz allgemein gesprochen — liberalen, demokratischen und geistigen Leben jeder anderen Gruppe ..."

Seite 259:

Dr. Isidor Rabbi, Physiker, Nobelpreisträger 1944:

„... Grundsätzlich muß die Öffentlichkeit erst einmal lernen, die Bedeutung der Wissenschaft als Bestandteil der Kultur zu würdigen.

Daraus würde sich eine Revision der Lehrpläne der Schulen — sowohl hier als auch in England ergeben — ... Wir müssen die Wissenschaft als eine geistige Arbeit lehren, nicht als ob es dabei um Tricks und Kunstgriffe ginge.

In Rußland sieht man die Wissenschaft für unentbehrlich in der Erziehung an. Wie ich die Sache ansehe, erhalten die Russen eine Erziehung, die dem 20. Jahrhundert entspricht, während die amerikanische und englische Jugend sich mit einer Erziehung aus der Mitte des 19. Jahrhunderts behelfen muß ..."

Seite 282:

James Thurber, Schriftsteller und Zeichner.

Thurber ist erblindet; deshalb sind seine Ausführungen über die Sprache der Amerikaner besonders gewichtig, weil er dem Gehörten gegenüber empfindsamer sein wird als andere, obwohl es immer bedeutende Männer gegeben hat, die meinten, „amerikanisch" sei keine Sprache, sondern eine Halskrankheit. Thurber antwortet Brandon u. a.:

> „... Was mir heute jedoch am meisten Sorgen macht, sind unsere Kinder... Unseren Schulkindern fehlt, fürchte ich, die geistige Disziplin. Wir haben eine erschreckende Unfähigkeit, die Disziplin richtig einzuschätzen und zu würdigen. Selbst die grundlegende geistige Disziplin nennen wir sofort Reglementierung und verwerfen sie als kommunistisch. Wir verwechseln sie mit politischer Reglementierung. Unsere Kinder arbeiten nicht mehr ernsthaft... Meine eifrigsten Bemühungen gelten heute der Verteidigung der englischen Sprache gegen die Verfallserscheinungen, die sie in diesem Jahrhundert und besonders seit Ende des Krieges zeigt. Unser Land hat immer wenig auf Genauigkeit der Sprache gegeben und hat gutes Englisch immer als Buchgelehrsamkeit mißachtet. Diejenigen von uns, die sich für gutes Englisch einsetzen, sind mit allen Namen, vom ‚Streber' bis zum ‚Federfuchser' belegt worden, und am meisten schuld daran sind die Mitglieder des Kongresses.... Die Sprache ist die Basis menschlicher Kommunikation und Verständigung. Und wenn ich das Radio andrehe und die Debatten in den Vereinten Nationen verfolge, dann sprechen die englischen Delegierten sehr gutes Englisch und die Ausländer ebenfalls, die Orientalen und alle anderen. Ihr Englisch ist ausgezeichnet. Der Amerikaner aber spricht nachlässig und mit vielen Slangausdrücken.
>
> Ich war immer sehr beeindruckt, wenn ich sah, mit welchem Bedacht in englischen Zeitungen die Theater-, Buch- oder sonstigen Kritiken geschrieben sind, mit liebe- und mühevoller Sorgfalt; nur bei uns scheint das Englisch vor die Hunde zu gehen. Wir scheren uns nicht darum, was wir sagen und wie wir es sagen... Wenn wir auf die Straße gingen, so angezogen, wie wir sprechen, würde man uns wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses festnehmen..."

Diese Ausführungen wurden bewußt so breit zitiert, weil sie uns Deutsche unmittelbar angehen. Auf keinem Gebiet ist der schädliche Einfluß des amerikanischen Zivilisations-Barbarismus so zu spüren wie in der Sprache. Es liegt durchaus im Wesen unserer Zeit, daß die Nomenklaturen der verschiedensten Fachgebiete amerikanischen Ursprungs Amerikanismen aufweisen. Es wäre absurd, die terminologische Klarheit und Unmißverständlichkeit etwa durch eine Germanisierung beseitigen zu wollen, darauf käme es nämlich hinaus. Um so entschlossener muß jedoch die deutsche Umgangssprache und vor allem die Sprache als Artikulation der Kultur in ihrer Reinheit verteidigt werden. Hier liegt genau die Grenze zwischen Kultur und Zivilisation, zwischen Sauberkeit der sprachlichen Ausdrucksweise auf

allen Gebieten und entweder billiger Sprachtümelei oder intellektuellen Banausentums. Eine wissenschaftliche Abhandlung ohne Fremdwörter zu fordern, kann genauso kulturlos, weil sprachvergewaltigend, sein wie die bewußte oder oberflächliche Zersetzung der Sprache durch künstliche Verfremdung.

James Thurber macht noch einige interessante Ausführungen über den kulturellen, nämlich den Bildungsstand der Amerikaner. Er sagte: Seite 274 bei Brandon:

> „... Deshalb behaupte ich, daß die durchschnittliche amerikanische Frau bei Ausbruch des Krieges dachte, Pearl Harbour sei der Name eines Filmstars. Wir diskutierten einmal mit einem Mann vom Rundfunk und einigen anderen Leuten über die durchschnittliche Frau. Einer fragte: ‚Was meinen Sie zum Beispiel mit ›die durchschnittliche amerikanische Frau?‹ Wer ist sie?' Der Rundfunkmann antwortete: ‚Das ist ganz einfach. Die durchschnittliche amerikanische Frau wünschte, ihr Mann wäre tot und sie beim Film'..."

Der Amerika-Korrespondent einer großen deutschen Tageszeitung schrieb über den gegenwärtigen amerikanischen Präsidenten, Lyndon B. Johnson, die liberalen Freunde seiner Berater hätten „immer mit intellektuellem Hochmut auf den Mann aus Texas geblickt, dem sie zutrauen, daß er Kuala Lumpur für eine ägyptische Bauchtänzerin hält".

Das erscheint übertrieben, gibt aber doch eine Ergänzung zu den historischen Erfahrungen, die wir mit amerikanischen Präsidenten in entscheidenden Phasen des europäischen Schicksals machen mußten, wenn sie ihre völlige Ignoranz europäischer Geschichte und Geographie dokumentierten. Interessant ist es vor allem im Hinblick auf die Führungsrolle, die sich die Amerikaner anmaßen, mit der sie sich nicht nur an die Spitze der sogenannten „freien", sondern der ganzen Welt setzen wollen.

4. Die USA als Führungsmacht

Du hast es besser, Amerika?
Johann Wolfgang von Goethe schrieb es ohne Fragezeichen.

In den Vereinigten Staaten selbst setzen sich zwar immer mehr Kräfte durch, die dem Streben nach der Beherrschung der Welt entgegenwirken; sie sind aber noch eine zu große Minderheit, um die Pläne der expansiven Chauvinisten ernsthaft gefährden zu können und Amerika zu einem gesunden Isolationismus zurückzuführen. In der Selbstbesinnung einer „spendid isolation" könnten die Amerikaner, für die Senator Fulbright als Beispiel steht, mit Vernunft und Selbstkritik erkennen, wie wenig sie die Voraussetzungen mitbringen, die Welt auch geistig zu führen, wie sie es militärisch und handelspolitisch vielleicht könnten.

Wenn der Führungsanspruch einer Nation von den autochthonen Völkern anerkannt werden soll, dann ist Voraussetzung, daß jene nicht nur zivilisatorisch, sondern vor allem kulturell, geistig und moralisch diesen überlegen sein muß, daß jeder einzelne Angehörige Vorbild der beherrschten Völker ist. So nur konnten — bei aller Ablehnung von Imperialismus und Kolonialismus — Rom oder Mazedonien im Altertum, England und Frankreich in ihren Kolonialreichen der Gegenwart, Deutschland in Mitteleuropa oder China in Asien die in den äußeren Formen verschiedenartige Führungsrolle spielen.

Die verlangten notwendigen Voraussetzungen fehlen den Vereinigten Staaten von Amerika völlig. Wenn der Zusammenbruch der meisten Weltreiche in ursächlichem Zusammenhang mit Demoralisierungs- und Verfallserscheinungen des Führungsvolkes steht, dann kann Amerika schon vorher gar nicht in eine anerkannte Führungsrolle kommen, weil die Demoralisierung und der zivilisationsbedingte Verfall mit der erstrebten Übernahme der Führungsrolle parallel laufen.

Wir wollen auch zu diesem Thema eine Reihe schon bekannter Quellen heranziehen, um so objektiv wie möglich vorzugehen und jeden Verdacht zu vermeiden, in dieser nicht nur für Deutschland so wichtigen Frage könnten Subjektivismen oder Ressentiments eine Rolle spielen.

Wir wollen damit beweisen, wie notwendig eine Isolationspolitik für die USA und wie dringend die Forderung an alle ihre Partner ist, in beiderseitigem Interesse die Allianzen zu lösen.

In Kennedys Buch „Zivilcourage" heißt es auf Seite 30:

„... Vorher schon hatte ein Regierungsmitglied in seinem Tagebuch

aufgezeichnet (Ende des 19. Jahrhunderts): ‚Ich zögere, an die völlige Verkommenheit des Senats zu glauben, noch weniger kann ich mich darauf verlassen, daß auch nur ein großer Teil der Senatoren ehrlich und vertrauenswürdig ist. Viele sind geistig unbedeutend, charakterschwach und für ein hohes Amt vollkommen ungeeignet. Einige sind gemeine Demagogen und andere nichts als reiche Leute, die ihre Stelle erhauft haben. Andere wiederum sind Männer von eng begrenztem Horizont, beschränkter Auffassungsgabe und niedrigen parteiischen Vorurteilen.' ... Walter Lippmann ist nach fast einem halben Jahrhundert sorgfältiger Beobachtung in seinem jüngsten Buch zu einem harten Urteil gelangt:

‚Abgesehen von Ausnahmen, die ebenso selten wie Naturwunder vorkommen, sind erfolgreiche Politiker in einer Demokratie unsichere und eingeschüchterte Geschöpfe. Ihr politischer Fortschritt wird nur dadurch ermöglicht, daß sie faule Zugeständnisse machen, bestechen, verführen, schwindeln oder sonst irgendwie die fordernden und bedrohenden Elemente unter ihren Wählern zu manipulieren versuchen.' ..."

Mit dem Buch „Zivilcourage" beweist Kennedy schlagend die Ansichten, die er nicht gern zitiert, wenn er aus der Unsumme von Senatoren der amerikanischen Geschichte gerade ein knappes Dutzend findet, die als positive Charaktere zu rühmen sind. Die geschlossene negative Phalanx der Gegner dieser charaktervollen Einzelgänger zeichnet ein trübes Bild amerikanischer Geschichte und Soziologie.

Aufschlußreiche Zeugnisse amerikanischer Selbstkritik finden wir auch hier bei Brandon in seinem ebenfalls schon erwähnten Buch „So sieht sich Amerika".

Die führende amerikanische Anthropologin Margaret Mead urteilt u. a. wie folgt über ihre Landsleute:

Seite 19:

„... Denn unser Land ist sich der Gefahr des nuklearen Krieges und der Möglichkeit totaler Vernichtung bewußt — wenn auch nicht so sehr, wie es eigentlich nötig wäre. Es scheint beinahe, als wollten sie ein Leben von fünfzig Jahren in zehn oder fünfzehn Jahren führen ..."

Seite 24:

„... Irgendein kluger Europäer bemerkte einmal, die Amerikaner hätten die Anthropologie an Stelle der Geschichte gesetzt — die vergleichende Betrachtung zeitgenössischer Völker an Stelle des Studiums der Vergangenheit, auf das die Europäer bauen ..."

Seite 29:

„... Keiner weiß, wie man Städte regiert, keiner weiß, wie man große Menschenansammlungen lenkt. Wir wissen nicht, wie man die Durchschnittsbürger in einem Land von dieser Größe dazu bewegen kann, selbst Verantwortung zu übernehmen. Wir wissen es nicht, und in der Sowjetunion wissen sie es auch nicht. Die Sowjetführer

bedienen sich der Geheimpolizei und aller möglichen Druckmittel, weil sie sich vor der Unwissenheit und dem fehlgeleiteten Tatendrang der Massen fürchten. Unsere Methoden kann man eigentlich gar nicht als solche bezeichnen: Sie äußern sich vielmehr in einem Mangel an Methoden. Darum lassen wir es zu, daß Untaten und Verbrechen, Alkoholismus und politische Korruption herrschen und uns unfähig machen, uns wie ein Volk zu benehmen."

Auf die hierauf von Brandon gestellte Frage, ob sie darin ein Regierungsproblem oder eines, das unter die Verantwortung der Familie falle, sehe, antwortete Margaret Mead:

„Ich halte es für völlig überflüssig, über die Verantwortung der Familie zu diskutieren. Was heißt das: ‚Die Familie'? Für mich sind Gemeinde und Staat dafür verantwortlich, Bedingungen zu schaffen, unter denen die Familie ihre Aufgabe wirklich erfüllen kann ..."

Auf Seite 32 unterstreicht sie dann flagrant die hier vertretenen Ansichten, wenn sie antwortet:

„... Natürlich wissen wir noch nicht, wie wir diese Probleme anfassen sollen: Wir wissen gar nicht, wie wir einem Land wie Indonesien bei seinem Bemühen, sich zu einer neuen nationalen Einheit durchzuringen, wirklich helfen können. Darum haben wir in den unterentwickelten Ländern Fehler gemacht und sind mit nutzloser technischer Hilfe unangenehm aufgefallen. Wir wissen auch nicht, wie wir Verständigung zwischen einzelnen Volksgruppen schaffen können. Wir wissen nicht, wie wir die Beziehung zwischen öffentlicher Meinung und öffentlicher Reaktion lenken können ..."

Der schon früher zitierte James Thurber trägt auch zu diesem Thema sein Teil bei. Er erklärt Brandon wie folgt seine Ansichten über die Schwächen Amerikas:

Seite 273:

„... Im Vergleich zu den anderen Ländern ist es in Amerika so, daß die Frau über ihren Mann herrscht ... In Amerika haben wir das Matriarchat. Das ist immer so gewesen und wird immer so sein. Ich merkte schon als kleiner Junge, daß die amerikanische Frau den Ton angibt ... Ich glaube, das ist eine der Schwächen Amerikas — das große Übergewicht der amerikanischen Frau. Nicht wegen dieser Tatsache an sich, sondern weil die amerikanische Frau, wie mir eine vornehme chinesische Dame vor etwa zwanzig Jahren einmal sagte, die an nationalen und internationalen Fragen am wenigsten interessierte ist und dazu noch die ungebildetste ..."

Das alles sind Argumente gegen den Führungsanspruch der Vereinigten Staaten und für die Forderung, in ihrem eigenen Lande Ordnung zu schaffen. Die Partner, die in die Allianz mit ihnen durch politische, wirtschaftliche und militärische Mittel gezwungen wurden, haben das Recht zu dieser Forderung, weil sich alle negativen Erscheinungen in den Vereinigten Staaten von Amerika zwangsläufig auch in den Satellitenstaaten ausbreiten. Diese Auswüchse hängen im Kern mit all den negativen Erscheinungen zusammen, auf die hier in verschiedener

Form verwiesen wurde. Wir wollen nur noch auf zwei Gebiete hinweisen, die gerade uns Deutsche angehen, weil in der ABZ — der amerikanisch besetzten Zone — auf diesen Sektoren beinahe amerikanische Zustände herrschen.

Auch hier wieder ein unverdächtiger Zeuge, der Staatsbürger der USA Hans Habe, der völlig loyal und positiv zu Amerika steht. Seine Kritik dient ausschließlich seiner jetzigen Heimat — richtiger dem Staat, dessen Staatsbürgerschaft er seit dem letzten Kriege besitzt, denn so loyal ist er wiederum nicht, daß er in Amerika auch seine Steuern zahlt. Er wohnt in der steuergünstigeren Schweiz. In seinem lesenswerten Buch „Der Tod in Texas", das sicher ungewollt ein für die USA vernichtendes zeitgeschichtliches Dokument ist, schreibt er auf Seite 153:

„... Nie zuvor in der Geschichte der Wirtschaft waren so viele so vielen soviel schuldig. Im Jahre 1962 wurde die Summe der privaten Schulden auf 300 Milliarden Dollar geschätzt; davon entfielen rund 180 Milliarden auf die Ratenzahlungen von Häusern, welche die Amerikaner ihr eigen nennen, ohne sie zu besitzen, rund 45 Milliarden auf andere Ratenzahlungen und Baranleihen, rund 75 Milliarden auf Automobile, Ärzterechnungen sowie jene ‚laufenden Konten', von denen ich eben gesprochen habe ..."

Welche Folgen ein Rückgang der Konjunktur haben muß, kann man ahnen, ohne Nationalökonomie studiert zu haben. In diesem einen Zitat ist das ganze Problem der amerikanischen Wirtschaft erfaßt, das wiederum unlösbar mit der gesamten Struktur der Vereinigten Staaten verbunden ist, von der liberalistischen Wirtschaftsform bis hin zur Erziehung. Daß jede mit der amerikanischen Wirtschaft verbundene Nation nicht nur auf Gedeih, sondern noch mehr auf Verderb an sie gekettet ist, liegt genauso auf der Hand. Der Zusammenbruch der amerikanischen Wirtschaft kommt — unter den jetzigen Umständen — mit Beendigung des Krieges in Vietnam. Vielleicht muß Amerika durch diese Hölle, um dadurch zu den innerpolitischen Reformen gezwungen zu werden. Für alle Partner der USA kann das nur heißen: schnellste und weitestgehende Lösung von Amerika.

Das weitere Gebiet, das wir anführen wollen und das uns Deutschen so unerhört auf den Nägeln brennt und das mit ein wesentlicher Faktor bei der Ablehnung des Amerikanismus ist: die ungehemmt zunehmende Kriminalität. Hans Habe schreibt hierzu auf Seite 239:

„... Die Kriminalität in den Vereinigten Staaten ist in ständigem Ansteigen begriffen, sie wächst jährlich um rund fünf Prozent. In einem einzigen Jahr werden in Amerika rund zwei Millionen serious crimes, ‚ernste Verbrechen', begangen, in jeder Minute des Tages durchschnittlich vier. Im Jahre 1961 sind in Amerika 5847 Fälle von Mord, 2456 Fälle von Totschlag, über 16 000 Fälle von Notzucht,

> 92 000 Fälle von Raub bekannt geworden. Die Jugendkriminalität ist in solchem Maße angestiegen, daß in New York allein in einem Jahr 1669 Schüler vom Unterricht ausgeschlossen wurden ... Obwohl gegenwärtig rund eine Viertel Million Personen in den amerikanischen Strafanstalten sich befinden und jährlich etwa fünfzig Verbrecher hingerichtet werden, ist es bisher nicht gelungen, mit den ‚kriminellen Syndikaten' fertig zu werden.“

Wir sehen Berge von Problemen, vor denen die Amerikaner innenpolitisch stehen und die jede Außenpolitik zum Scheitern bringen müssen, wenn diese Fragen nicht gelöst werden. Dabei ist das größte Problem der amerikanischen Innenpolitik bisher nur erst am Rande erwähnt worden: das Rassenproblem, das gelöst werden muß, ohne daß jemand die Lösung weiß. Wie die Dinge heute liegen, mit dem unversöhnlichen Haß der Weißen, vorwiegend in den Südstaaten, gegenüber den Black Muslims, den Fanatikern der Gegenseite, drohen die dazwischenstehenden gemäßigten Kräfte beider Seiten mit zunehmender Verschärfung des Kampfes zerrieben zu werden. Das Ende wäre der Rassenbürgerkrieg, der den gesamten amerikanischen Kontinent in ein Chaos stürzen würde, größer als das des Sezessionskrieges. Wie schon an anderer Stelle erwähnt, wird es hierbei am Rande zu getrennt geführten Pogromen gegen die amerikanischen Juden kommen. Die Farbigen werden, genau wie in Los Angeles, gegen ihre Haus- und Ladenbesitzer und alle Geschäfte vorgehen, die fast ausschließlich in jüdischer Hand sind, und die Weißen werden in „dem Juden“ den Verantwortlichen für die Befreiung der Neger sehen.

So sehr diese Entwicklung, nicht nur vom Humanitären her, befürchtet wird, so muß es gestattet sein, darauf hinzuweisen, wie sich hier eine Einstellung der Amerikaner rächt, die mit Heuchelei jahrzehntelang die Neger für gut genug befanden, auf allen Gebieten des Sports und der Unterhaltungsindustrie Weltmeistertitel, Goldmedaillen und internationalen künstlerischen Ruhm für die amerikanische Nation zu erkämpfen, zu erspielen oder zu ersingen, um sie dann in ihrem eigenen Lande als Menschen zweiter Klasse zu behandeln. Ohne die Politik Südafrikas in allen Punkt gutheißen zu wollen, wenn aber gerade aus den Vereinigten Staaten Kritik an Südafrika kommt, dann muß man feststellen, daß die Südafrikaner zumindest ehrlicher und damit moralischer vorgehen, weil sie nicht heucheln. Sie lassen eben nur weiße Sportler internationalen Ruhm für Südafrika erkämpfen. Man hat bisher noch von keinem weißen Amerikaner gehört, der sich von den Goldmedaillen distanziert hätte, mit denen die farbigen Sportler die Vereinigten Staaten zur Leichtathletik-Weltmacht gemacht haben und ohne die Amerika bei Olympiaden eine dritt- oder viertrangige Nation wäre. Von ihrer Vormachtstellung im Boxen bliebe ohne die Farbigen überhaupt nichts.

Niemand wird bestreiten, wie problematisch die Lage für die USA auf diesem Gebiet ist. Sie wird aber nicht mit Heuchelei gelöst, und vor allem können wir Deutschen uns energisch gegen die Schulmeisterei wenden, mit der man uns gerade aus Amerika Rassismus in unserer Geschichte vorwirft. Es soll hier ein konstruiertes Beispiel angeführt werden, mit dem ich in politischen Diskussionen wiederholt die amerikanische Heuchelei in ihrer Rassenproblematik aufgezeigt habe. Wenn auch erfunden, so könnte es doch auch Nichtamerikaner zum Denken anregen:

> Dort, wo in den Vereinigten Staaten die strenge Rassentrennung herrscht, stehen an einer Bus-Haltestelle zwei Amerikaner, ein farbiger und ein weißer. Der Bus kommt; der Weiße steigt stolz in den Wagen für Weiße, der Farbige, gedrückt und deklassiert, in den Wagen für Farbige. — Wer sind die beiden? — Der Weiße ist ein Schwerstverbrecher, der wegen Raub und Sexualverbrechen zwanzig Jahre verbüßt hat und aus dem Zuchthaus nach Hause fährt; der Farbige ist Olympiasieger und Gewinner einer Goldmedaille bei den letzten Olympischen Spielen.

Wir Europäer haben kein Recht, uns in die innerpolitischen Angelegenheiten der Vereinigten Staaten einzumischen; wir haben aber die Pflicht, unseren Kontinent davor zu bewahren, daß er in den Strudel hineingezogen wird, in dem die amerikanische Politik unweigerlich landen muß, wenn sie sich nicht schnellstens auf die Monroe-Doktrin zurückorientiert und — ich wiederhole es erneut — durch eine isolationistische Politik der Selbstbesinnung alle ihre innerpolitischen Probleme, frei von außenpolitischen Belastungen, löst. Daß dieser Prozeß revolutionären Charakter hat, liegt in der Natur der Dinge, daß er so spät kommt, erschwert die Lage, er kann aber allein von den Amerikanern vollzogen werden im Sinne des amerikanischen Nationalismus, der die Nation aus der Pubertät zur Reife führt.

Nachwort

Heute fordern wir für alle außeramerikanischen Völker und Staaten:

Los von Amerika! Nach dem angedeuteten Prozeß der Reife wird eine neue Generation von Amerikanern erkennen, wie nur der Nationalismus, als die Demokratie der Völker, die Basis für das Zusammenleben aller Nationen in Gleichberechtigung und Frieden sein kann. Die nationalen Demokraten oder die demokratischen Nationalisten werden dann – *vielleicht* – von der Entwicklung gezwungen, die eine freie sozialistische Welt schaffen, von der alle Völker seit langem träumen und die bisher mit falscher Politik verhindert wurde, eine Welt ohne Krieg, ohne Ausbeutung, ohne Haß und Rache.

Fangen wir noch heute an, dafür zu arbeiten! Noch immer mußte man das Unmögliche verlangen, um das Mögliche zu erreichen, und noch immer werden die Utopien von heute die Realitäten von morgen sein.

Anhang

Der Schönborn-Gerstenmaier-Prozeß

Der vielfache Wunsch, den langjährigen Prozeß zu veröffentlichen, wird am besten dadurch erfüllt, daß wir das Rundschreiben abdrucken, mit dem sich Erwin Schönborn vor Antritt seiner Gefängnisstrafe im November 1965 von seinen Freunden verabschiedete. Der Gesamtprozeß in allen juristischen Einzelheiten wird zu gegebener Zeit veröffentlicht werden.

E. Bierbaum Verlag

Rundschreiben

Liebe Freunde,

mit diesem Rundschreiben verabschiede ich mich für fünf Monate von Ihnen. Vom 4. November 1965 bis 3. April 1966 verbüße ich die fünfmonatige Gefängnisstrafe, zu der ich in letzter Instanz rechtskräftig verurteilt wurde, in der Strafanstalt Dieburg. Ich halte es für notwendig, Ihnen in aller Kürze den Tatbestand darzustellen, und zwar einmal, um Sie in den Stand zu setzen, sich ein Urteil über mein Vorgehen zu bilden, zum anderen, um Ihnen zu zeigen, wie wenig Grund ich sah, den direkten und indirekten Wünschen verschiedener Schwätzer des „nationalen Lagers" nachzugeben, mich politisch zurückzuhalten, weil ich in ein Gerichtsverfahren mit Dr. Gerstenmaier verwickelt bin.

Grundmotiv meines persönlichen Kampfes gegen Dr. Gerstenmaier brachte ich in einem Schreiben an den Vorsitzenden der CDU vom 26. 4. 1964 zum Ausdruck, um zu verhindern, daß Dr. Gerstenmaier zum Bundespräsidenten gewählt würde. Ich schrieb u. a.:

> „... Vorher möchte ich Ihnen aber noch grundsätzlich schreiben, warum ich mit soviel Verbissenheit gegen Dr. Gerstenmaier vorgehe. Es gehört zu einer meiner Grundthesen, die ich seit Jahren vertrete und immer wieder betone: Die deutsche Frage ist weniger ein politisches als vielmehr ein menschlich-charakterliches Problem.
>
> — Bei der Suche nach Leitbildern wird vor allem die Jugend neben ihren — negativ wie positiv wirkenden — Vorbildern aus Sport, Film und anderen öffentlichen Erscheinungen ganz besonders auf diejenigen Menschen schauen, die kraft ihrer staatlichen Funktion aus sich heraus Leitbilder sind. Hier muß es nun katastrophale Folgen haben — auch in seiner Wirkung auf das Ansehen dieses Staates —, wenn an der Spitze desselben ein Mann stehen soll, der ...
> als SA-Mann, Mitglied der NSV, Beauftragter des Auswärtigen

Amtes im Dritten Reich, gleichzeitig entschiedener Widerstandskämpfer gegen sein Staatsoberhaupt war oder gewesen sein will;

als protestantischer Oberkonsistorialrat stark zur Una-Sankta neigt;

als Mitglied der CDU gleichzeitig geistig und taktisch im Lager von SPD und FDP steht;

als Mitverschwörer zum Mord an seinem Staatsoberhaupt Hitler gleichzeitig als erster demonstrativ im Fernsehen sich zum Sprecher gegen den Mord am amerikanischen Staatspräsidenten Kennedy macht;

als Großwildjäger gleichzeitig Tierschützer Nr. 1 sein will.

Sie wissen, wie man einen Mann solcher Couleur gemeinhin nennt.

Ich hoffe Sie mit mir einig, daß ein solcher Mann nicht an die Spitze eines Staates gehört und sei dieser auch noch so provisorisch, wie es die Deutsche Bundesrepublik ja ist..."

Ich lasse keinen Zweifel, daß ich — gleichsam als Widerstandskämpfer — bemüht war, bin und bleibe, Dr. Gerstenmaier von politischer Einflußnahme auszuschalten. Ich nehme hierfür die einschlägigen Paragraphen des Grundgesetzes für mich in Anspruch und könnte mich darüber hinaus auf eine Reihe von historischen Erscheinungen berufen, die man gerade nach 1945 als verbindlich für das deutsche Volk erklärt hat.

Wenn ich es abgelehnt habe, durch eine Emigration der Gefängnisstrafe auszuweichen, was mir ein Leichtes gewesen wäre, dann nicht nur aus einer tiefen Abneigung gegen Emigranten, sondern gleichzeitig, um die Art und Weise meines Kampfes zusätzlich deutlich zu machen. Sie ist nicht durch Konspiration, Unterweltsmethoden oder gar Mord mit Bomben charakterisiert, sondern sie war, ist und bleibt bis zum letzten legal.

Nachstehend nun kurz die Geschichte meiner Auseinandersetzung mit Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier:

Durch die Beschäftigung mit der Widerstandsliteratur im Rahmen der Erforschung der jüngeren deutschen Geschichte stieß ich immer wieder auf den Namen Dr. Gerstenmaier, der selbst ja auch bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit sich als Widerstandskämpfer vorstellte. Unter anderem las ich bei Ulrich von Hassel in seinem Buch „Vom anderen Deutschland", daß Dr. Gerstenmaier bei einem seiner mehrfachen Besuche in Schweden während des Krieges auch in Gegenwart des englischen Geschäftsträgers über deutsche Widerstandsbemühungen berichtet haben soll. In einer öffentlichen Versammlung in Berlin im Sommer 1956 erwähnte ich diese Tatsache am Rande und sagte dazu, das wäre Landesverrat gewesen. Die Staatsanwaltschaft Berlin eröffnete ein Ermittlungsverfahren gegen mich, teilte mir jedoch im Dezember 1956 mit, das Verfahren sei eingestellt worden.

Im Januar 1957 erwähnte ich diese Tatsache — ebenfalls am Rande — in Versammlungen im Raum Göttingen. Grund dafür sah ich darin, daß Dr. Gerstenmaier begann, vom „Vaterland" und vom „Reich" zu sprechen. Ich vertrat — und vertrete — den Standpunkt, wer dazu beitrug, das Deutsche Reich zu zerschlagen, hat für ewig und alle Zeiten die Legitimation verloren, das Deutsche Reich wiederherzustellen und ist unglaubwürdig, wenn er von der Wiedervereinigung Deutschlands spricht. Mein Angriff gegen Dr. Gerstenmaier erfolgte also nicht, um ihn zu verunglimpfen oder zu beleidigen, sondern aus tiefer Sorge um Deutschland.

Ein ehemaliger HJ-Gefolgschaftsführer, der als Polizeibeamter immer wieder sein antifaschistisches Alibi erbringen muß, gab einen entstellenden Bericht („Schönborn sagte: ‚Gerstenmaier *ist* nichts als ein *gemeiner* Landesverräter.' "), der Dr. Gerstenmaier vorgelegt wurde, worauf dieser Strafantrag stellte. Am 3. April 1957 wurde ich verhaftet, und es kam zum „Göttinger Prozeß" vom 10. bis 13. September 1957. Ich wurde zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Entscheidend für die Verurteilung war die Zeugenaussage Dr. Gerstenmaiers, die er am 30. August 1957 bei einer Vernehmung gemacht hatte. Mein Rechtsanwalt berichtete mir über die Vernehmung, und genau wie in der Hauptverhandlung wurde berichtet, Dr. Gerstenmaier habe u. a. gesagt, er hätte niemals mit Spionen und dergleichen Leuten zu tun gehabt. In dem mir später bekanntgewordenen Protokoll fehlt zwar dieser Satz expressis verbis, es heißt aber dort u. a.:

> „... In allen Gesprächen dieser Art im Ausland wie im Inland wurde — jedenfalls soweit ich daran beteiligt war — sorgfältig darauf Bedacht genommen, daß keine Äußerung getan wurde, die dem Gegner (Kriegsgegner) irgendeinen militärischen Vorteil gegen die kämpfende deutsche Truppe hätte erbringen können. Nicht nur ich, sondern auch alle meine Freunde haben mit größter Aufmerksamkeit schon vor und auch während des Krieges darauf geachtet, daß unser politischer Gegensatz zu Hitler nicht zur Schwächung der militärischen Widerstandskraft Deutschlands von irgendeiner Seite ausgewertet werden konnte. Unser Ziel war es von Anfang an, Deutschland nicht nur die Ordnung des freiheitlichen Rechtsstaates wiederzugeben, den Frieden zu erhalten bzw. wiederherzustellen, sondern auch Deutschland von einer militärischen Niederlage im Feld zu bewahren bzw. später die militärische Katastrophe unter Aufbietung aller Kräfte vom deutschen Volk abzuwenden ..."

Gegen das Urteil wurde Revision eingelegt. Noch vor Entscheidung des Bundesgerichtshofes (am 6. Mai 1958) stellte ich am 16. März 1958 bei der Staatsanwaltschaft in Bonn Strafantrag gegen Dr. Gerstenmaier wegen falscher eidlicher Aussage. Neben bekannten Tatsachen war mir von verschiedenen Seiten erdrückendes Quellenmaterial zugegangen, das m. E. eindeutig im Gegensatz zu den eidlichen

Aussagen des Zeugen Dr. Gerstenmaier am 30. 8. 1957 stand. Eine Abschrift des Strafantrages sandte ich an den Bundesgerichtshof in Berlin, vor dem mein Revisionsverfahren zur Entscheidung stand.

Gegen Dr. Gerstenmaier wurde ermittelt — übrigens ohne Aufhebung seiner Immunität. Erst nach mehrfachen Mahnungen erhielt ich Bescheid des Oberstaatsanwaltes Bonn, das Verfahren gegen Dr. Gerstenmaier sei eingestellt. Hiergegen legte ich am 19. Oktober 1959 Beschwerde ein. In einem weiteren Schreiben an den Generalstaatsanwalt Köln fügte ich zusätzliches Material bei, das meinen Antrag stützen sollte. Mit Schreiben vom 5. Februar 1960 wurde die Beschwerde vom Generalstaatsanwalt zurückgewiesen. Die gegen diesen Bescheid von mir eingelegte Dienstaufsichtsbeschwerde beim Justizminister Nordrhein-Westfalen wurde mit Schreiben vom 26. April 1960 als „unbegründet" zurückgewiesen.

Den gesamten Vorgang brachte ich niemals und in keiner Weise der Öffentlichkeit zur Kenntnis. Ich war bemüht, nur juristische Stellen zu informieren. So hatte ich teilweise Abschriften an den Bundesgerichtshof und an den Bundesjustizminister gerichtet.

Nachdem der Revision vom Bundesgerichtshof stattgegeben wurde, fand am 29. Juli 1958 vor dem Landgericht in Göttingen erneut Verhandlung statt. Anstelle von „falscher Anschuldigung" wurde nur die „Beleidigung" aufrechterhalten. Am Strafmaß änderte sich nichts. Es blieb bei acht Monaten Gefängnis; die restlichen ca. dreieinhalb Monate verbüßte ich vom 1. Juni bis 19. September 1959, nachdem ich von April bis August 1957 in U-Haft war.

Am 4. November 1959 hatte Dr. Gerstenmaier Strafantrag gegen mich wegen „falscher Anschuldigung" gestellt.

Es kam zu dem neuen „Gerstenmaier-Prozeß"; hierzu folgende Chronologie:

30. 9. 1960: Zustellung der Anklageschrift („wegen falscher Anschuldigung")

Mein Antrag auf Voruntersuchung wurde abgelehnt.

Beschwerde dagegen wurde vom Oberlandesgericht Köln abgelehnt.

20. 6. 1961: Erste Verhandlung: Antrag auf Untersuchung, ob bei mir querulative Entwicklung vorliege, weil offensichtlich, wie der Anwalt des Nebenklägers (Dr. Gerstenmaier) formulierte, ich „von einem krankhaften Haß gegen die Leute vom 20. Juli 1944 im allgemeinen" und seinen „Mandanten im besonderen" befallen sei.

Nachdem festgestellt wurde, daß keinerlei querulative Entwicklung bei mir gegeben ist:

25. April 1963 neue Verhandlung. Urteil: Acht Monate Gefängnis (der Staatsanwalt hatte ein Jahr beantragt!).

Ich legte Berufung ein, da das Urteil für meine Begriffe völlig haltlos war.

Am 15. Dezember 1963 — unmittelbar vor meinem Urlaub — erhielt ich die Ladung für die Berufungsverhandlung für den 3. Januar 1964. Ich beantragte Vertagung. Der Antrag wurde abgelehnt. Wegen Erkrankung fiel die Verhandlung aber dann doch aus. Völlig überraschend wurde dann bereits für den 20. Januar neuer Verhandlungstermin anberaumt. Ob die Eile mit dem für Anfang Februar angesetzten Sensationsprozeß Ramcke/Gerstenmaier in Zusammenhang stand, kann ich nur ahnen. Eines steht fest, nach den mir bekanntgewordenen Einzelheiten des Ramcke-Prozesses wäre meine Verurteilung wahrscheinlich unmöglich gewesen, wenn mein Prozeß danach verhandelt worden wäre. Wegen Krankheit fiel auch die Verhandlung am 20. Januar aus. General Ramcke verglich sich mit Dr. Gerstenmaier!

Die Berufungsverhandlung fand dann am 12. und 15. Juni 1964 statt. Das Urteil wurde revidiert. Ich erhielt nur noch sechs Monate Gefängnis.

Ich legte Revision ein.

Am 5. März 1965 fand die Revisionsverhandlung vor dem Oberlandesgericht in Köln statt.

In der Ladung zu dieser Verhandlung hieß es plötzlich im Gegensatz zu allen bisherigen *nicht mehr*

wegen falscher Anschuldigung

sondern

wegen übler Nachrede

Ich hatte Erfolg, indem die Übersendung des Strafantrages in Abschrift an den Bundesgerichtshof mir unter Berufung auf § 193 (Wahrung berechtigter eigener Interessen) nicht zur Last gelegt wurde, während das Urteil aus der Berufungsverhandlung

wegen Übersendung des Strafantrages

an den Bundesjustizminister

mit fünf Monaten Gefängnis aufrechterhalten wurde.

Diese Strafe ist rechtskräftig, die ich nun zu verbüßen habe.

Ich tröste mich mit einem arabischen Sprichwort, das da lautet:

> In einem besetzten Land ist das Gefängnis der natürliche Aufenthalt für einen freien Mann!

Ich brauche nicht zu versichern, daß ich vom April 1966 an weiterhin meinen Kampf für Wahrheit, Recht und Freiheit der Nation führen werde.

Mit kameradschaftlichen Grüßen

gez. Erwin Schönborn

Nach Vorlage des in der „Klausur" geschriebenen Manuskriptes wurde diskutiert und erwogen, die Lücken zu schließen, die sich zwangsläufig zeigen mußten, weil Quellen nur begrenzt zur Verfügung standen. Es wurde schließlich darauf verzichtet, um den Charakter des Buches zu erhalten, zu dem auch gehört, daß es „Anweisung für die Tat" sein will.

E. Bierbaum Verlag